Volkswacht

für Schlesien · Organ für die werktätige Bevölkerung

AKTIVITÄT DISZIPLIN EINIGKEIT

Gegen Hitlerbarone

Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer" und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0.45 Reichsmark, monatlich 1.55 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter [illegible] Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen [illegible] Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen [illegible] 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr [illegible] Expedition Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle abgegeben werden. — Fernsprecher [illegible] Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38. Postscheckkonto: Breslau 5852. Bank [illegible] Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf. Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang — Freitag, den 23. September 1932 — Nr. 224

Nazi-Theater im Landtag

Große Lärmszenen der Nazis aus Angst und Verlegenheit
Sie verhindern Deutschnationalen am Reden
Präsident Kerrl führt parteiisch die Geschäfte

Der Preußische Landtag war am Donnerstag eine Tummelplatz nationalsozialistischer Rowdies und nationalsozialistischer Willkür. Es war den Herren um Kube nicht wohl in ihrer Haut bei den Anfragen über die Gehorsamspflicht der Beamten, nachdem Herr von Papen verlangt hat, daß die Nazis zu Kreuze zu kriechen haben — oder er den Landtag auflösen werde. Um ihren Umfall etwas zu verbergen, hatten die Nazis zur Frage der Gehorsamspflicht einen stark verklausulierten Antrag eingebracht. **Die Deutschnationalen errichteten jedoch mit einem eigenen Antrag ein kaudinisches Joch für die Nazis.**

Als der deutschnationale Abg. Steuer, der Adjutant Hugenbergs, zur Begründung dieses Antrages die Rednertribüne betrat, schickten sich die Nationalsozialisten zu geschlossenem Auszug aus dem Saal an. Von der Linken erschallten höhnische Zurufe: „Der Harzburger Käse läuft auseinander." **Ein Teil der Nazis blieb darauf im Saal, vollführte aber solchen Lärm, daß Steuer nicht sprechen konnte.** Nach einigen vergeblichen Klingelzeichen verließ der Nazipräsident Kerrl seinen Stuhl und hob damit die Sitzung auf. Auf der Linken erregte das Schauspiel stürmische Heiterkeit.

Nach fünf Minuten eröffnete Präsident Kerrl die Sitzung von neuem und erteilte Steuer das Wort. **Wiederum vollführten die Nazis solchen Lärm, daß Steuer sich nicht verständlich machen konnte, wiederum mußte der Präsident Kerrl nach einigen zaghaften Beruhigungsversuchen, durch das Gebahren seiner Fraktion veranlaßt, seinen Stuhl verlassen und die Sitzung aufheben.**

Kerrl, der am Mittwoch den Kommunisten Kasper wegen des Scherzwortes Bracht-Kerrl sofort von der Sitzung ausschloß, übte gegen keinen einzigen seiner tobenden Parteigenossen eine Ordnungsmaßnahme.

Bei der dritten Sitzungseröffnung kann Steuer endlich reden — die Nazis haben geschlossen den Saal verlassen. Steuer vergießt bittere Tränen über den Undank der Harzburger Brüder. Er, Steuer, habe doch als erster den Antrag mit unterschrieben, daß Hitler in Preußen reden dürfe! (Stürmische Zurufe links: „Undank ist der Welt Lohn!") Nach Steuer sprach der Nationalsozialist Dr. Nicolai, um den Umfall seiner Partei zu begründen. Von Bedeutung ist, daß dieser gewesene Regierungsassessor, der jetzt Leiter der innerpolitischen Abteilung der Reichsleitung der NSDAP. ist, persönlich bemüht wurde, die Sache einzurenken. Mit allerlei Spitzfindigkeiten redete er sich darauf hinaus, der seinerzeit angenommene Antrag habe eine „mißverständliche juristische Fassung", die jetzt durch eine bessere ersetzt werden solle.

Mit Ironie überschüttete der sozialdemokratische Abg. Bugdahn sowohl die Deutschnationalen als auch die Nazis. Unter großer Zustimmung sagte er, die Deutschnationalen hätten jetzt wenig Freude an ihren ungeratenen Nazikindern. **Dann protestierte er gegen den Landtagspräsidenten Kerrl und dessen politische Vorträge beim Reichspräsidenten. Dazu habe der Präsident keinerlei Auftrag gehabt und er sei dazu auch nicht berechtigt gewesen.**

Heute zittern die Nazis vor einer Landtagsauflösung, die die Sozialdemokratie nicht schrecke!

Es folgt eine lange Debatte, wobei sich **Deutschnationale und Nationalsozialisten in allen Tonarten beschimpfen.** Den Staatsparteiler Nuschke wollten die Nationalsozialisten nicht mehr hören. Sie stellten deshalb den Antrag auf Schluß der Debatte. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit des Hauses abgelehnt. Als dann Nuschke das Wort erhielt, gab es **Radau. Die Nazis riefen ihm „Filzlaus" zu.**

Kerrl schritt wiederum nicht gegen die Ruhestörer ein,

sondern unterbrach die Sitzung, als er dem Redner kein Gehör verschaffen konnte. Nach der Wiederaufnahme forderte Leinert (Soz.) den Zusammentritt des Aeltesten-Ausschusses. **Es sei notwendig, gegen diese Art der Nationalsozialisten und über das Verhalten des Präsidenten Kerrl im Aeltesten-Ausschuß zu sprechen; der Landtag könne sich solche Zustände nicht länger gefallen lassen. Der Antrag Leinert wurde angenommen.**

Im Aeltesten-Ausschuß gab es gegenseitige Beschuldigungen, bei denen die Nationalsozialisten frühere Vorfälle anführen wollten, um ihr jetziges Verhalten zu beschönigen. **Ergebnislos ging der Aeltestenrat auseinander.** Die Plenarsitzung wurde fortgesetzt.

Nuschke erhielt wieder das Wort. Er begann mit den Worten: „Ich habe icht die Absicht, auf das Niveau ..", sofort setzt **ein ungeheurer Tumult der Nationalsozialisten ein. Ihr Fraktionsführer Kube gebärdete sich wie ein Wilder. Anstatt aber gegen die Ruhestörer einzuschreiten, wurde Präsident Kerrl plötzlich energisch — gegen Nuschke. Er entzog ihm wegen „provokatorischen Verhaltens" das Wort und schloß ihn kurzerhand von der Sitzung aus. Ein Willkürakt, der zweifellos noch ein Nachspiel haben wird.**

Die Abstimmung ergab die Ablehnung des klaren deutschnationalen Antrages und die Annahme des nationalsozialistischen. Außerdem wurde ein Teil des Zentrum-Antrages angenommen. Ob dieses Ergebnis Herrn von Papen genügen oder ob er die Nationalsozialisten zu einem weiteren Rückzug zwingen wird, bleibt abzuwarten. **Der Antrag der Nazis auf Aufhebung der Immunität des Ministerpräsidenten Otto Braun wegen angeblicher Beleidigung Hitlers wurde mit 200 gegen 197 Stimmen abgelehnt.**

Weiterberatung Freitag 10 Uhr.

Die Deutschnationalen über die Nazis — Aus den Reden des Abgeordneten Steuer

Als Abg. **Steuer** (Dnat.) das Wort nimmt, verlassen die Nationalsozialisten wiederum den Sitzungssaal. Nach seinen ersten Worten wird ihm von der äußersten Rechten zugerufen: „Judenjunge!" (Große Heiterkeit.) Der Abgeordnete Kube, so erklärt der Redner, hat Fragen gestellt, deren Beantwortung er ausdrücklich wünschte. Jetzt aber sind er und seine Parteifreunde verschwunden. **Die Einstellung des Abgeordneten Kube zu Herrn Dr. Bracht hat sich sehr beträchtlich geändert. Unmittelbar nach der Wahl des neuen Landtages, als das große Rätselraten begann, wen die Nationalsozialisten als Kandidaten für die Ministerpräsidentenwahl herausstellen würden, hat mir ein sehr maßgebendes Mitglied dieser Partei gesagt: Wir haben nicht die Absicht, einen Parteimann herauszustellen, sondern einen sehr hervorragenden Oberbürgermeister einer westlichen Großstadt.** (Lebhaftes Hört! Hört! bei den Dtn. — Zuruf bei den Nat.-Soz.: Der war schlecht orientiert!) **Dieser schlecht orientierte Mann war Ihr** (zu den Nat.-Soz.) **eigener Fraktionsführer!** (Heiterkeit.) **Wenn die Nationalsozialisten den deutschnationalen Antrag ablehnen, und von einem kaudinischen Joch reden, so muß man doch feststellen, daß sie seit gestern im Dauerlauf durch das kaudinische Joch des Eingeständnisses ihrer Fehler gehen.** (Heiterkeit.)

Internationales Arbeitsamt für 40-Stundenwoche

Beschluß des Verwaltungsrates des Arbeitsamtes

Genf, 22. September. (Eig. Drahtb.)

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat am Donnerstag nach heftigem Widerstand der Unternehmer und der englischen Regierung in der Schlußabstimmung mit 16 Stimmen der Arbeitnehmer, Regierungsvertreter und des italienischen Unternehmers Olivetti gegen 6 Stimmen der Unternehmer und des englischen Regierungsvertreters die Entschließungen über die Ausarbeitung einer Konvention für die 40-Stundenwoche und die Ratifizierung der schon bestehenden Arbeitszeitkonvention angenommen.

Die paritätische technische Kommission zur Ausarbeitung des Konventionsentwurfes wird im Januar 1933 zusammentreten. Dazu werden auch die außerhalb der Arbeitsorganisation stehenden Länder eingeladen werden, wie Sowjetrußland und die Vereinigten Staaten. Ob das Ergebnis dieser Konferenz der Weltwirtschaftskonferenz vorgelegt und die Konvention auf die Tagesordnung der nächstjährigen Arbeitskonferenz gesetzt werden soll, wird erst endgültig auf der ordentlichen Oktobertagung des Verwaltungsrats in Madrid entschieden werden. Schiffahrt und Landwirtschaft sollen aus der Konvention herausbleiben, während die Einbeziehung der Bergarbeiter und Angestellten mit starken Mehrheiten ausdrücklich beschlossen wurde, trotz der auch für diese Gruppen bestehenden Sonderkonventionen über die Arbeitszeit. Endlich wurde der Generalsekretär des Völkerbundes beauftragt, die Kommission für internationale öffentliche Arbeiten einzuberufen, die von der Europakommission im Vorjahre eingesetzt worden war, um endlich zu praktischen Ergebnissen für die Eindämmung der Arbeitslosigkeit zu kommen.

Kleiner Papen — was nun?

Was soll an die Stelle der Papen-Aktion treten?

A. Kr. Wir haben vor einigen Tagen in mehreren Artikeln gezeigt, daß die Wirtschaftsaktion der Regierung Papen unmöglich die Wirkung auf die Wirtschaftslage haben kann, die die Regierung Papen selbst von ihrer Durchführung erwartet. Daß sie also nicht geeignet ist, etwas Wesentliches zur Ueberwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und zur stärkeren Belebung der Konjunktur beizutragen. Das bedeutet nun aber nicht, daß deshalb eine Besserung der Konjunktur in den nächsten Monaten bzw. im nächsten Jahr ganz ausgeschlossen ist. Denn es ist sehr wohl möglich, daß eine Besserung der Konjunktur in dieser Zeit trotz der Papenaktion eintritt, gleichsam sich gegen sie durchsetzt. Wir haben ja in dem ersten jener Artikel selbst darauf hingewiesen, daß, vor allem weltwirtschaftlich gesehen, aber in mancher Beziehung auch in bezug auf die deutsche Volkswirtschaft im besonderen, die wirtschaftlichen Vorbedingungen für eine solche Neubelebung der Konjunktur sich in der letzten Zeit nicht unerheblich gebessert haben, daß rein wirtschaftlich gesehen, zahlreiche Symptome dafür sprechen, daß der Tiefpunkt der Krise überschritten ist. Man muß allerdings in dieser Beziehung sehr vorsichtig sein, da manche dieser Belebungserscheinungen auch nur augenblickliche Scheinverbesserungen sein können, die wieder verschwinden werden. Das gilt insbesondere von der Wirtschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, wo in der letzten Zeit versucht worden ist, in außerordentlich starkem Maße auf dem Wege der Kreditinflation künstlich eine Belebung der Wirtschaft noch vor den Präsidentenwahlen herbeizuführen und wo infolgedessen sehr leicht die dort zu beobachtende, gegenwärtig bereits vorhandene Belebung ein bloßes Strohfeuer sein kann, das nach einiger Zeit wieder erlischt. Wenn also, etwa im kommenden Frühjahr, sich dennoch eine merkbare Belebung der Wirtschaft zeigen sollte, so würde das keineswegs beweisen, daß die Papenaktion tatsächlich doch wirksam gewesen wäre. Denn das kann dann auch darauf zurückzuführen sein, daß die natürlichen, aus sich selbst wirkenden Auftriebskräfte in der Wirtschaft so stark geworden sind, daß sie alle Hindernisse überwinden konnten. Andererseits ist das aber völlig unsicher, und es ist ebenso gut möglich, fast sogar wahrscheinlicher, daß diese Auftriebskräfte wieder erstickt werden.

Infolgedessen ist es natürlich auch nicht überflüssig, sondern bleibt es umgekehrt dringend notwendig, mit anderen wirksamen wirtschaftspolitischen Maßnahmen dieser Entwicklung nachzuhelfen, damit sich die wirtschaftlichen Auftriebskräfte, die gegenwärtig noch schwach sind, auch wirklich durchsetzen können. Dazu ist, wie wir dargelegt haben, die Papenaktion nicht geeignet. Im Gegenteil, ihre Durchführung kann ebenso wie die Außen- und Innenpolitik des Kabinetts Papen diese Entwicklung sogar gefährden.

Es bleibt daher notwendig, sich nach anderen Mitteln zur Belebung der Wirtschaft umzusehen. Das für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Arbeiterschaft tragische ist nun, daß solche anderen Mittel im letzten Jahr bereits aufgezeigt worden sind und daß es nur nötig wäre, diese Mittel nun auch endlich einmal anzuwenden, daß aber die gegenwärtigen Machthaber das ablehnen. Es sei hier nur an den Arbeitsbeschaffungsplan der Gewerkschaften erinnert, der in seiner endgültigen Gestalt, wie früher in diesen Spalten gezeigt, all die Fehler vermeidet, die gerade der Papenaktion anhaften. Deshalb muß der Kampf für die Wiederaufnahme bzw. die Durchführung des von den Gewerkschaften ausgearbeiteten Arbeitsbeschaffungsplanes mit aller Kraft fortgesetzt werden. Denn es ist natürlich nötig, über die Kritik an dem Papen-Plan hinaus auch positiv dafür zu kämpfen, daß das Nötige zur Belebung der Wirtschaft geschieht.

Aber die bloße Bereitstellung von Mitteln zur Arbeitsbeschaffung durch unmittelbare Vergebung von Aufträgen und Neuschaffung von Konsumtaufkraft genügt nicht, wie ebenfalls schon vor Monaten hier festgestellt worden ist. Sie kann wohl eine Milderung der Krise, eine gewisse, sogar nicht unbeträchtliche Verringerung der Erwerbslosigkeit herbeiführen. Eine wirkliche Beseitigung aber des ungeheuren Erwerbslosenheeres von fünf bis sechs Millionen ist auf diese Weise allein doch nicht möglich. Die Sozialdemokratie hat immer betont, daß dazu sehr viel mehr notwendig ist, nämlich ein grundlegender Umbau der Wirtschaft in der Richtung auf eine wenigstens teilweise Ueberwindung der Anarchie des Monopolkapitalismus und der Ausbeutung durch ihn und auf eine planmäßige Regelung der gesamten deutschen Volkswirtschaft in sozialistischem Sinne. Das ist der Grund, weshalb sich die Sozialdemokratie nicht damit begnügt hat, das Volksbegehren gegen den zweiten Teil der neuen Notverordnung der Regierung Papen vom 4. September mit

seinen Lohnabbaumaßnahmen und seiner Durchlöcherung des Tarifvertragsrechts einzuleiten, sondern gleichzeitig in dem alten Reichstag auch eine Reihe von Anträgen eingebracht hat, die Maßnahmen in dem eben geschilderten Sinne zur Durchführung bringen wollen. Diese Anträge sind seinerzeit in unseren Spalten veröffentlicht worden. Es ist deshalb nicht notwendig, sie im einzelnen zu schildern. Es sei deshalb nur daran erinnert, daß solche Anträge vorliegen auf Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft, auf Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und aller vom Staat subventionierten Unternehmungen, auf den Umbau der Wirtschaft, auf Verstärkung der Kartell- und Monopolaufsicht und Schaffung eines Kartell- und Monopolamtes, auf Schaffung eines sozialen Wohn- und Mietrechts und ähnliches. Besonders wichtig ist dabei auch der eingereichte Gesetzentwurf über den Umbau der Wirtschaft. In ihm wird eine Vereinheitlichung der öffentlichen Wirtschaft, die Schaffung einer Planstelle, die Verstaatlichung der Großbanken und der Versicherungen sowie Schaffung eines Bankenamtes, die Enteignung des Großgrundbesitzes, über das hinaus noch, was eben schon erwähnt wurde, gefordert. Ferner ist eine Reihe von grundlegenden Anträgen eingebracht worden, die die systematische Zerstörung der Konsumkaufkraft durch die Regierung Papen wieder beseitigen und an ihrer Stelle zu einer Steigerung der Konsumkaufkraft führen sollen. Dahin gehört der Antrag auf Erlaß eines Gesetzes über eine Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung, der Antrag auf Erlaß eines Gesetzes über planmäßige Arbeitsbeschaffung auf dem Wege der öffentlichen Arbeiten, des Kleinwohnungsbaues, der Hausreparaturen, der Siedlung usw., auf Aufhebung der Hungernotverordnung der Regierung Papen vom 14. Juni mit ihren Maßnahmen zur Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung. Dahin gehört vor allem auch der Gesetzentwurf, der bezweckt, Notsteuern zur Sicherung der Sozialleistungen, also aller Unterstützungen für Erwerbslose, zu erheben und zwar sowohl eine Notabgabe auf die hohen Einkommen, als auch auf die hohen Vermögen, ferner eine Luxussteuer und eine Verschärfung der Vermögenssteuererhebung. Endlich seien noch erwähnt die Anträge der Sozialdemokratie auf Erlaß von Gesetzen zur Entlastung notleidender Schuldner und zur Verkürzung der Arbeitszeit. Diese zahlreichen Gesetzentwürfe, die die Sozialdemokratie bereits in ausgearbeiteter Form eingereicht hat, bilden ein einheitliches Ganzes, in dem eine große Arbeitsbeschaffungsaktion, eine große Aktion zur Verbeischaffung von Mitteln für sie und ein, wenn auch den Kapitalismus noch nicht abschaffender, so ihn doch in nicht unerheblichem Maße in der Richtung auf eine Gemeinwirtschaft umgestaltender Umbau der gesamten Volkswirtschaft gefordert wird.

Wenn die ungeheure Wirtschaftskrise, die wie ein Sturmgewitter über die Welt hinweggebraust ist und auch heute noch dauernd die größten Verheerungen anrichtet, etwas gelehrt hat, so ist es das, daß der Kapitalismus allein nicht mehr in der Lage ist, das Wirtschaftsdurcheinander auf der Welt zu beseitigen und die arbeitende Menschheit menschenwürdig zu versorgen. Der Kampf darf deshalb gegenwärtig sich nicht darauf beschränken, kleine Einzelmaßnahmen zur Belebung der Wirtschaft durchzuführen, sondern es muß ein entschlossener Schritt vom Kapitalismus zum Sozialismus hin gemacht werden. Dafür müssen wir uns in diesen Monaten und Jahren des Kampfes, die uns bevorstehen, mit aller Kraft einsetzen. Nicht nur negative Ueberwindung der Krise, sondern auch positiver Kampf für den Sozialismus ist mehr als je die Parole. Eine solche Aktion wäre wirklich eine zur Belebung der Wirtschaft, sie würde tatsächlich zu einer Krisenüberwindung führen. Wenn Papen uns also auf unsere Kritik an seinem kümmerlichen und verfehlten Plan hin fragen wird, was denn statt dessen geschehen soll, so werden wir ihm die Antwort durchaus nicht schuldig bleiben.

Auf die große Frage „Was nun?" gibt es unserer wirtschaftlichen Schreckenszeit nur eine Antwort: Umbau des Kapitalismus von Grund auf, Aufbau des Sozialismus! Sie sind die Forderungen des Tages

Die Arbeiten der Abrüstungskonferenz

Man nimmt von Deutschlands Forderungen gar keine Notiz

Das Büro der Abrüstungskonferenz hat am Donnerstag in zwei Sitzungen die praktische Erledigung seines Arbeitsprogramms durchberaten. Mit der Erledigung der wesentlichen Fragen wurden die Kommissionen betraut. Der Rest wurde vertagt bis nach der Vollversammlung des Völkerbundes, während deren Dauer das Büro seine Arbeiten aussetzt und Präsident Henderson nach England fährt.

Am Vormittag wurde Bourquin, Belgien, zum Berichterstatter über die Frage der Abrüstungskontrolle ernannt. Er soll in Zusammenarbeit mit den übrigen Delegationen seinen Bericht nach der Vollversammlung vorlegen. Litwinow verlangte, daß der russische Vorschlag auf Beteiligung der Arbeiterschaft in der Kontrollkommission in den Bericht einbezogen werde. In bezug auf die Abschaffung der Luftbombardements wies Madariaga, Spanien, darauf hin, daß ohne Abschaffung der Bombenflugzeuge gar nichts erreicht werde. Auch könne ohne Teilnahme Deutschlands die Frage der Zivilluftfahrt nicht entschieden werden. Man vertagte daher die Aussprache hierüber auf Montag in der Hoffnung, bis dahin mit der am Donnerstag in Genf eingetroffenen deutschen Völkerbundsdelegation doch noch zu einer Verständigung über deren Teilnahme an den Büro-Beratungen kommen zu können. Buero, der Präsident der Landkommission, wurde zum Berichterstatter über die Begrenzung der schweren Artillerie und der Tanks ernannt. Die Erörterung der Kontrolle von Waffenhandel und Waffenherstellung wurde einem Komitee überwiesen, in dem 17 Staaten vertreten sind. Da die großen Seemächte sich bisher über irgendeine Seeabrüstung noch nicht einigen konnten, soll diese Frage vorläufig weiter offen bleiben. Die Seemächte sollen das Büro jedoch auf dem laufenden halten. Dem italienischen Juristen Pilotti wurde die Berichterstattung über das Verbot der chemischen Kriegsführung sowie die Maßnahmen bei Verletzung dieses Verbots übertragen. Endlich wurde der Versuch Litwinows, nunmehr die politischen Fragen als Grundlage jeder Abrüstung zuerst zu beraten, von Sir John Simon sofort erstickt mit dem von der Mehrheit erleichtert aufgenommenen Vorschlag, **während der Tagungspause gewisse Fragen erst einmal durch Verhandlungen zwischen den interessierten Delegationen zu klären.**

Wiederum hat also die deutsche Regierung eine große Gelegenheit nicht wahrnehmen können, um mit der Darlegung ihres Gleichberechtigungsanspruchs vor die Weltöffentlichkeit zu treten. Man versteht die Genugtuung Paul Boncours, mit der er auf die ständige Bereitschaft Frankreichs hinwies zu jedem gewünschten Zeitpunkt seinen Sicherheitsanspruch öffentlich zu diskutieren, man versteht auch, daß Herriot am Mittwoch abend beruhigt nach Paris fuhr, nachdem er sich den Tag über nur in Genf bereitgehalten hat, sofort in die Debatte über Deutschlands Ablehnungsgründe eingreifen zu können.

Paris, 22. September. (Eig. Drahtbericht.)

Fast alle Pariser Zeitungen sprechen ihre Genugtuung darüber aus, daß die ersten Sitzungen des Büros der Abrüstungskonferenz ohne Zwischenfall und ohne jede Debatte über die Abwesenheit Deutschlands verlaufen sind, daß Herriot es nicht für nötig gehalten habe, länger in Genf zu bleiben. Mit dieser Genugtuung wird in einigen Blättern der Ausdruck der Schadenfreude darüber verbunden, daß die Reichsregierung mit ihrer Taktik hereingefallen ist und daß alle ihre Hoffnungen, durch ihre Abwesenheit eine Vertagung der Konferenzarbeiten herbeizuführen, zunichte geworden sind.

SPD.-Protest gegen Brachts Kommunaldiktatur

Die Berliner sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat dem Stadtverordnetenvorsteher einen Dringlichkeitsantrag übersandt, worin sie gegen die Absicht der kommissarischen preußischen Staatsregierung, Aenderungen der Berliner Bezirksverfassung und Bezirkseinteilung auf dem Verordnungswege herbeizuführen, scharfen Protest erhebt. Die Stadtverordnetenversammlung wolle positiv an der Regelung der Frage mitarbeiten. Der Oberbürgermeister müsse daher zunächst einmal eine Zurücknahme der Erlasse des Herrn Bracht herbeiführen.

Verlegenheit der Entlarvten

Schrecken über Otto Wels Enthüllungen

Nationalsozialisten und Zentrum haben sich bisher zu den Enthüllungen des Feührers der Sozialdemokratie, Otto Wels, über die schwarz-braunen Koalitionsverhandlungen mit keinem Wort geäußert. Sie werden wissen warum! Statt dessen versucht das Organ der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche", am Donnerstagabend die Richtigkeit der Enthüllungen anzuzweifeln. Es führt zu diesem Zweck einen Verlegenheitstanz auf, der die Absicht des Ablenkungsmanövers deutlich erkennen läßt und schließlich doch auf eine Bestätigung der Enthüllungen von Otto Wels hinausläuft.

Tatsächlich sind diese Enthüllungen in keinem Punkt zu bestreiten. Wer dennoch einen Versuch dazu macht, handelt entweder aus Unkenntnis oder wider besseres Wissen. Jedenfalls raten wir dem „Deutschen", sich über den Verlauf der schwarz-braunen Verhandlungen bei Herrn Stegerwald genauer als bisher zu informieren und über die Vorstellungen Strassers bei Schleicher bei Herrn Imbusch sich die notwendigen Informationen einzuholen.

Sozialistische Minderheits-Regierung in Schweden

Am Donnerstag hielt die schwedische Sozialdemokratie zur Feier des Wahlsieges im Stockholmer Konzerthaus einen Festabend ab. Im Verlauf des Abends machte Per Hansson die Mitteilung, daß eine rein sozialdemokratische Regierung zustande gekommen sei. Die Ministerliste werde am Freitag veröffentlicht.

Die Nazis müssen warten

und erst brav werden, sagt Papen — Kerrl wieder zu Papen gelaufen

Der nationalsozialistische Präsident des Preußischen Landtages, Kerrl, ist, wie das Dortmunder Zentrumsorgan „Tremonia" meldet, sofort, nachdem die Nazis im Landtag vor der Papenfront den Rückzug angetreten hatten, zu Papen gelaufen, um sich wieder mit den „feinen Leuten" zu vertragen. Er wollte nochmals eine Rücksprache mit Papen wegen der Verhältnisse in Preußen führen. Der Reichskanzler soll, wie die „Tremonia" mit Bestimmtheit versichert, dem Präsidenten Kerrl nahegelegt haben, bis nach den Reichstagswahlen zu warten. Dann werde sich sicher schon ein Weg zur Verständigung zwischen Reichsregierung und Nationalsozialistischer Partei finden lassen.

Nach den Wahlen wird das Kriegsbeil zwischen Papen und Hitler begraben werden. Das Spiel mit verteilten Rollen kann dann in neuer Form vor sich gehen.

Natürlich entlassen!

Königsberg, 22. September. (Eig. Drahtber.)

Der Rittergutsbesitzer Albert von Perbandt, Pomedien und Helfershelfer der Königsberger SA.-Bombenwerfer ist wegen Nervenleidens aus der Haft entlassen worden.

Der ostpreußische Junker wurde vor einigen Wochen wegen Begünstigung der Königsberger Attentäter und Mörder in Haft genommen. Auf seinem Schloß hatten die Hitlerbanditen nach der blutigen Nacht vom 1. August Unterschlupf und Schutz gefunden. Gegen Perbandt-Pomedien wurde deshalb die Anklage der Begünstigung erhoben. Sie kann vom Sondergericht, nach der Terrorverordnung des Herrn von Papen, mit hoher Zuchthausstrafe bestraft werden. Trotzdem ist der Rittergutsbesitzer freigelassen worden.

Imán Kampf um Marokko

Roman von Ramon J. Sender

Berechtigte Uebersetzung

aus dem Spanischen von G. H. Neuendorff

16] (Nachdruck verboten)

Sie schweigen. Ein Maschinengewehr rattert wie der Auspuff eines Kraftwagens. Leise bewegen sich die Marokkaner in ihren Gräben; sie wissen, daß die abgelöste Truppe jetzt abrückt. Hinter den Staubwänden, die der Wind emporweht, sieht man dunkle Gestalten nach rechts eilen und sich von der spanischen Stellung entfernen. Sie wollen die Abziehenden überholen, die immer noch unter der schweren Last des Gepäcks, mit gekrümmtem Rücken und vorgestrecktem Kopfe, wie müde Landstreicher dastehen und warten.

Von Schlafsucht und Durst gequält, starren manche in die Weite und schlucken Tränen hinunter, als ob sie Schnupfen hätten. Ordonnanzen führen drei Pferde vor. Offiziere gehen mit Papieren hin und her. Zum letzten Male wird wer-weiß-was nachgesehen.

Wenn man das Schweigen und die gemacht energischen Schritte beobachtet, mit denen der Leutnant dem Hauptmann, der Hauptmann dem Kommandanten seinen militärischen Geist zeigen will, kommt man zu dem Schluß, daß das ganze Zeremoniell mit Nicht euch, Läusen, Hunger, Lumpen, Elend aller Art ein übler Witz von Tollhäuslern sei. Im Grunde weiß jeder Bescheid. Nicht ein einziger glaubt an die Notwendigkeit von alledem. Alle wissen, was sie draußen erwartet. Sie haben Lust, zu schreien: „Es ist das Beste für uns alle, wegzutreten und sich eine Kugel in den Kopf zu schießen!"

Unser diensttuender Feldwebel gibt die Papiere mit den Bescheinigungen einem Offizier; der reicht sie weiter an den bisherigen Kommandanten, der sie entfaltet und unterschreibt, ohne sie gelesen zu haben. Der Feldwebel der alten Besatzung sieht ungeduldig zu. Ob sie was merken, — ob der ablösende Kamerad an das Oel denkt? Aber der neue Kommandant blättert die Papiere nur flüchtig durch, steckt sie in die Brusttasche und dankt seinem Kameraden. Dann tritt er an den Wall heran und sieht lange durchs Fernglas. Die weißen Hügel färben sich golden. Seltsame Einsamkeit schweigt rundum. Ueber die Ebene streicht verhalten der Atem des Todes, der bald nach dem Ausmarsch, pfeifend und brüllend wie ein Nordsturm, ausbrechen wird.

Jetzt merkt man, daß manche ernüchterten Offiziere — schlechte Offiziere! — darunter leiden, sich selber eingestehen zu müssen, daß sie für eine karge Monatslöhnung und den Ruhm eines uneigennützigen, romantischen Soldatentodes zu sterben haben.

Wieder tackt das Maschinengewehr an der Ecke des Walls. Alle suchen eine gewisse Unruhe zu verbergen. Es ist schon spät, kaum anderthalb Stunden bleibt es noch hell. Die Mannschaften warten immer noch, auf die Gewehre gestützt. Hin und wieder wischt sich einer mit dem Ellenbogen eine Fliege aus Nase oder Auge. Das Traggerüst drückt auf die Lungen; um das dauernde Schnaufen zu unterdrücken, das an Schmiedeessen und alte Blasebälge erinnert, räuspert man sich alle Augenblicke.

„Banderin!"*)

Der vom Kommandanten Angerufene reckt den kleinen Kopf mit dem grünlichen Gesicht aus dem Marschgepäck heraus und tritt vor.

„Sagen Sie Herrn Leutnant Ijerna, daß der Signalschuß abgegeben werden soll!"

Dann gibt der Kommandant dem ältesten Hauptmann einen Wink; die Offiziere begeben sich an ihre Plätze. In das Schweigen klingt dumpf das Stampfen der Offizierspferde.

Der Nachmittag ist jetzt honigfarben. Man vergißt alles für einen Augenblick und versenkt sich in die milde Harmonie von Himmel, Luft und eigenem reinem Bewußtsein. Man sehnt sich danach, die Herdenglocken in der spanischen Ebene zu hören. Vielleicht hört sie mancher Soldat wirklich in der letzten Tiefe der Gleichgültigkeit und Ermüdung nach drei schlaflosen Nächten, drei fast wasserlosen Monaten und zweitausend Jahren sozialer Ungerechtigkeit.

Der Hauptmann hebt sich auf den Fußspitzen, drückt die Hände an die Hosennaht.

„Herhören! — Still! — Stand!"

Was jetzt folgt, ist kein kräftiger Ruck, sondern ein langes Gleiten und Scharren. Die Truppe ist ausgerichtet. Plötzlich steckt einer den Kopf aus der Front und fällt vornüber, ohne mit den Beinen einzuknicken. Als er mit der Stirn auf den Erdboden schlägt, gibt es einen lauten, trockenen Hall. Der Hauptmann bleibt auf seinem Platze und befiehlt: „Aufheben! Hakt ihm das Riemenzeug auf! Er bleibt mit den Verwundeten bei der dritten Kompagnie, bis ihn der Transport abholt. Dann, zum Unteroffizier vom Dienst: „Sobald wie möglich ins Lazarett schaffen!"

Der Signalschuß ertönt. Unmittelbar darauf belegen die Batterien in Annual die gefährdetsten Punkte der Marschstraße treffsicher mit Granaten. Eine Patrouille rückt als Spitze zum ab, dazu zwei Gruppen in Schwarmlinie als Seitendeckung. Die Leute trotten mühsam dahin und richten sich am Tanken Lederzeugs und am Klappern des Gepäcks auf, was an jämmerlichen Gäule beim Stiergefecht erinnert. Unsere eigenen Geschütze feuern jetzt ebenfalls auf nahe Entfernung; schon nach wenigen Einschlägen sieht man auseinanderspritzende dunkle Gruppen, die unsere Maschinengewehre zu fassen suchen. Außerhalb der Stellung, in dem Grabengewirr, das das Tor zu Schüssen sichert, tritt der Feldwebel der abrückenden Truppe unseren zu, drückt ihm die Hand und sagt leise: „Danke, Kamerad. Also, wenn der Kommandant was sagen sollte, bezahl' ich das Oel".

Während die Kompagnien den Drahtverhau passieren, wird der Sicherungsdienst eingeteilt. Hinter dem letzten Mann schließt sich der Verhau. Ungefähr dreihundert Mann sind ausgerückt, ebenso viele bleiben zurück. Die kleine Kolonne marschiert weiter, ohne auf ein Hindernis zu stoßen, flott und voll Ungeduld vorwärts. Zur Rechten sieht Viance die Erde unter den einschlagenden Granaten aufspritzen. Weiter weg, bereits in der Ebene, taucht ein Reitertrupp auf, klein wie Bleisoldaten. Maschinengewehre reichen nicht bis dahin, aber man hat ihn auch in Annual bemerkt, und die überaus beweglich und wirksame Schnellfeuerartillerie setzt eine Gruppe Schrapnells hin. Unter ihren weißen Wölkchen bäumen sich die Gäule und schlagen aus. Ueber den Reitern stehen dauernd neue Flocken, wie Wattebäusche, immer zu vieren. Die beiden Geschütze unserer Stellung bestreichen jetzt die Gräben, in denen uns die Marokkaner am Vormittag aufgelauert haben, mit Granaten. Tieftönende, weiche Abschüsse, als ob die Geschützrohre in Watte gewickelt seien, — und dann, einen Meter vom Erdboden entfernt, oberhalb der Furchen, die feindlichen Gräben darstellen, zweimal ein heller, trockener Knall.

*) Unteroffizier, der Befehle weitergibt und Munition verteilt. Er trägt am aufgepflanzten Seitengewehr eine kleine Fahne — banderin —, daher der Name.

Preußische Verwaltungsreform

Von Dr. Ernst Hamburger, M. d. L.

Dem Reichskommissar in Preußen fehlt es nicht an Lobrednern, die die Verwaltungsreform vom 1. September 1932 als ein großes Werk preisen. Die Bürokratie kann nicht nur verwalten, sondern auch regieren und reformieren, das Parlament konnte es nicht: das ist der Ton, auf den die öffentliche Meinung durch Rundfunk und Presse gestimmt wird, und der die laute Frage nach der Verfassungsmäßigkeit auch dieser Reform der Kommissare übertönen soll. Und doch ist nichts trügerischer und unwahrhaftiger als diese Gegenüberstellung. Die Aeußerung Papens, daß die jetzige Regierung durch ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der Verwaltungsreform den Beweis erbringe, daß sie mehr zu handeln wisse, als jede andere Regierung der letzten 14 Jahre, spekuliert auf das kurze Gedächtnis der Menschen. In Wirklichkeit hat der Preußische Landtag auf dem Gebiet der Reform der Verwaltung Leistungen vollbracht, die die Beziehungen zwischen Volk und Verwaltung viel stärker und nachhaltiger beeinflußt und umgestaltet haben, als es diese notverordnete Reform tun wird. Von der Auflösung der Gutsbezirke bis zum rheinisch-westfälischen Umgemeindungsgesetz, vom Polizeibeamtengesetz bis zum Beamtendisziplinargesetz, von den Aenderungen der Gemeindeverfassungsgesetze bis zum Polizeiverwaltungsgesetz hat das Parlament sich seiner gesetzgeberischen Aufgabe gewachsen gezeigt. Die Anahme, daß mit der jüngsten Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung etwas ganz Neues und Großes geschaffen worden sei, hält nicht einmal der ersten kritischen Prüfung stand. Die Ministerialdirektoren von Leyden und Klausener, die in der Börsenzeitung und in der Vossischen Zeitung die Reform als die größte Tat seit dem Werke des Freiherrn vom Stein priesen, haben mit diesem Dithyrambus sogar Herrn Dr. Bracht erschreckt, der in seinem Rundfunkvortrag den Vergleich ablehnte und die allzu laute Begeisterung dämpfte.

In der Tat ist seine Bescheidenheit durchaus angebracht. Die drei großen Aufgaben, deren Lösung dem Parlament bisher nicht gelungen war, obwohl die republikanischen Regierungen Preußens wiederholt entsprechende Vorlagen eingebracht hatten, sind die Vereinheitlichung des kommunalen Verfassungsrechts, die Neuregelung der Beziehungen zwischen Selbstverwaltung und Staatsverwaltung und die Vereinheitlichung der Mittelinstanz in Preußen unter Beseitigung der Doppelarbeit, die von den beiden Behörden, Oberpräsidium und Regierung geleistet wird. Aber eben diese Aufgaben hat auch die Notverordnung nicht gelöst, ja nicht einmal angepackt. Dafür mögen ihre Väter diese oder jene guten oder schlechten Gründe anführen. Aber wenn sie selbst sich an diese Probleme zurzeit nicht heranwagen, haben sie am allerwenigsten Veranlassung, die früheren Regierungen und das Parlament zu schmähen, in dem auch gerade die Rechte das Zustandekommen dieser Reformgesetze sabotiert hat. Was in Wirklichkeit die Verordnung enthält, stellt nicht die Lösung der wirklich wichtigen und entscheidenden Probleme, sondern von Aufgaben zweiten, dritten und vierten Ranges dar.

Damit soll nicht behauptet werden, daß diese neuen Regelungen völlig nebensächlich sind, es soll auch nicht bestritten werden, daß manche Aenderung eine Verbesserung darstellt. Aber das Studium der Reform zeigt dem Kenner der Entwicklung der Vorarbeit mit erschreckender Deutlichkeit, wie weit sich die Beschlüsse der Kommissare von den Gesetzesgängen entfernt haben, in denen Severing und Grzesinski in ihrer Amtstätigkeit eine Lösung der großen Komplexe der Verwaltungsreform erblickt haben. Glaubte man an die Möglichkeit nicht, eine der beiden Mittelinstanzen zu beseitigen, so mochte man in der Tat an die Vereinigung der Tätigkeit der allgemeinen Landesverwaltung beim Regierungspräsidenten und die Zurückführung des Oberpräsidenten auf sein ursprüngliches Arbeitsfeld der Beobachtung und Beeinflussung der einheitlichen Verwaltung in der Gesamtprovinz denken. Aber dieser Plan ist ja gar nicht durchgeführt worden; denn man hat dem Oberpräsidenten, den man als künftigen Chef der Reichsverwaltungen nach durchgeführter Reichsreform von allen Einzelaufgaben entlasten wollte, nur einige Dinge in zweiter Instanz abgenommen, ihm dagegen eine Fülle von Arbeitsgebieten belassen oder neu gegeben: höhere Schulen und höhere Landwirtschaftsschulen, die Aufsicht über den Provinzialverband, Landwirtschafts-, Handwerks-, Aerzte- und Apothekerkammern, sowie die zahlreichen anderen Körperschaften und Einrichtungen, die sich über die ganze Provinz erstrecken, Wasserstraßen- und Polizeiverordnungsrecht; auch in das Siedlungswesen bleibt er eingeschaltet. Die geplante Eingliederung der Sonderverwaltungen in die Regierungen erstreckt sich in der Mittelinstanz in erster Linie auf die Landeskulturbehörden; und da diese bisher provinziell organisiert sind, so bekommt man mit Recht Angst vor der eigenen Courage, große Verwaltungskörper zu zerschlagen und will einem der einzelnen Regierungspräsidenten die Landeskultur für mehrere Bezirke oder für eine ganze Provinz geben. In der Mittelinstanz hat man also hier und da Reibungen vermindert, den neuen Anlaß für Gegensätze anderer Art zu schaffen.

Die Vereinigung der Sonderbehörden in der Kreisinstanz mit den Landratsämtern hat man nicht in der von den Verwaltungsbeamten geforderten krassen Form der Unterstellung der Kreisschulräte, Kreisärzte usw. unter den Landrat vollzogen. Aber es wird außer der Herbeiführung einer engeren Fühlungnahme, die zu begrüßen ist, ein wenn auch begrenztes Aufsichts- und Weisungsrecht des Landrats geschaffen, das der Zusammenarbeit nicht förderlich sein wird. Ueberhaupt ist überall eine Verstärkung der Rechte des politischen Beamten gegenüber den „Technikern" zu erkennen. Der Verwaltungsjurist, der alles kann, hat sich gegenüber dem „technischen" Beamten in den zwei Monaten des Kommissariats in einer Weise durchgesetzt, wie man es noch vor kurzem nicht für möglich halten konnte. Auch die Auflösung der Provinzialschulkollegien und Schulabteilungen der Regierungen und die Bearbeitung dieser Angelegenheiten unter alleiniger Verantwortung des Chefs der Behörde, ohne Entscheidungen durch ein mehrköpfiges Kollegium, fällt in dieses Gebiet. Das hängt mit der „autoritären Staatsführung" zusammen, die bis zur Prinzipienreiterei ausartet. Es ist durchaus richtig, Entscheidungen in der Exekutive, z. B. auf polizeilichem Gebiet auf zwei Augen zu stellen, aber der Landtag im Polizeiverwaltungsgesetz auch uneingeschränkt anerkannt hat. Die Aufhebung des dem Ausgleich dienenden Kollegialsystems in der Schulverwaltung kann jedoch angesichts der konfessionellen und weltanschaulichen Zerrissenheit nur als ein sehr bedenkliches Symptom für eine Abkehr von der Pflege des Toleranzgedankens gewertet werden.

Herr Dr. Bracht hat in seinem Rundfunkvortrag in Wendungen, die in der Sprache der „konservativen Oberschicht" unmißverständlich sind, erkennen lassen, daß die in § 48 enthaltene Auswirkung der Verordnung auf die Verminderung der Beamtenzahl wiederum zu einer Siebung des Verwaltungskörpers unter parteipolitischen Gesichtspunkten benutzt werden wird. Abermals werden Sozialdemokraten und Republikaner den personalpolitischen Konsequenzen der Reform zum Opfer fallen, abermals werden Beamte aus dem Verwaltungskörper entfernt werden, die der Idee der Schaffung einer besseren Wirtschafts- und Gesellschaftsform durch Zusammenfassung aller mit Hand und Kopf Tätigen nachstreben. Von der Organisationskraft des Freiherrn vom Stein weit entfernt, seinem Geiste entgegengesetzt; ohne große Zielsetzung; in dem freiwillig begrenzten Rahmen unvollkommen und mit schweren Mängeln behaftet; in ihren personellen Absichten engherzig und reaktionär: so stellt sich die Verwaltungsreform dem deutschen Volke außerhalb des Herrenklubs dar.

Namenlose Roheit der Nazis

Was sie als ihre Kampfmittel ansehen

Rohe Mißhandlungen an einem Kriegsbeschädigten

Aachen, 22. September (Eigener Drahtbericht)

In dem nationalsozialistischen „Westdeutschen Grenzblatt" waren unter den sportlichen Mitteilungen folgende „Verteidigungsbewegungen" gegen die Eiserne Front empfohlen worden: **Beintreten, Beinstellen, Faustschläge nach dem Magen, nach der Leber, Milz und nach den Augen, „auch Tritte gegen den Unterleib bewähren sich gut".** Die Folgen dieser Belehrung zeigten sich am gleichen Tage, als **sechs Nazis über einen Kriegsbeschädigten, Vater von vier Kindern, herfielen,** weil er ein Flugblatt der Nazis nicht angenommen hatte. **Die Nazis versetzten dem Ueberfallenen den berüchtigten Kehlkopfschlag und mit einem harten Gegenstand Schläge über den Kopf, so daß der Kriegsbeschädigte zusammenbrach.** Nach ihrer feigen Tat flüchteten die Nazis. Der Ueberfallene wurde von Straßenpassanten in seine Wohnung gebracht.

Deutsche Sozialistische Kampfbewegung

Die APK. meldet:

Am Freitag, dem 23. September, wird die „Deutsche Sozialistische Kampfbewegung", die von ehemaligen führenden Mitgliedern der NSDAP. gegründet worden ist, mit einer Versammlung vor die Berliner Oeffentlichkeit treten. Als Redner ist der Kapitänleutnant von Mücke angekündigt.

Aus der Entstehungsgeschichte und über die Ziele dieser Organisation erfahren wir u. a. folgendes: die Bemühungen um eine Einigung und um eine organisatorische Zusammenfassung der einzelnen Gruppen, die sich im Laufe der Zeit von der Hitler-Partei getrennt haben, ohne den Anschluß an eine andere Partei zu gewinnen, sind durch die seit dem 13. August erfolgten **Massenaustritte aus der NSDAP. (die auf rund 35 000 geschätzt werden)** in ein akutes Stadium getreten. Die maßgebenden Leute der neuen Gruppe, die sich von Dr. Otto Strasser scharf distanziert, sind vor allem der **frühere braunschweigische Staatsminister Franzen,** der frühere sächsische Landtagsabgeordnete von Mücke, der frühere Redakteur des Dresdener Naziblattes, Franke, der frühere Redakteur des Hamburger Naziblattes, Dr. Krebs, der frühere Berliner Nazi-Redakteur Oldenburg, der frühere Reichsredner Klute und der Stadtverordnete Schild. In diesen Tagen ist die grundsätzliche Einigung der verschiedenen Gruppen erzielt worden; der organisatorische Zusammenschluß ist nur noch ein technisches Problem.

Ueber die Ziele der neuen Organisation teilt Herr von Mücke unserem Mitarbeiter mit, daß es sich für ihn und seine Freunde vor allem darum handle, die sozialistischen Elemente aus der Hitlerpartei loszulösen und sie an die sozialistischen Parteien der Linken und an das Reichsbanner heranzuführen.

Es bleibt abzuwarten, wie weit die Franzen, Mücke und Genossen imstande sein werden, dieses Ziel zu erreichen und — zunächst einmal — in sich die sozialistische Romantik zur Klarheit zu bringen.

Die Untersuchung des Ueberwachungsausschusses

Hat Papen sich rechtzeitig zum Wort gemeldet?

Am Donnerstag tagte der Ueberwachungsausschuß des Reichstags unter dem Vorsitz des Abgeordneten Löbe als Untersuchungsausschuß. Er will zwei Fragen klären: 1. in welchem Zeitpunkt ist in der letzten Sitzung des aufgelösten Reichstages die Wortmeldung des Reichskanzlers erfolgt, vor oder nach Eintritt in die Abstimmung? 2. zu welcher Zeit und in welcher Form erfolgte die Uebergabe der Urkunde über die Auflösung des Reichstages und welches war das Verhalten des Präsidenten bei der Entgegennahme der Urkunde.

Als Zeugen sollen auch der Reichskanzler, der Reichsinnenminister und der Staatssekretär der Reichskanzlei gehört werden. Ihnen hat der Vorsitzende Löbe die Ladung mündlich überbracht und sie gleichzeitig auf ihre gesetzliche Zeugenpflicht aufmerksam gemacht. Sie haben gebeten, zuerst die anderen objektiven Zeugen zu vernehmen. Der Ausschuß hat sich damit einverstanden erklärt. Die Minister sollen jedoch noch einmal schriftlich geladen werden. Dagegen sprachen sich nur die Deutschnationalen aus. Das Zentrum nahm an der Abstimmung nicht teil.

Der deutschnationale Abg. Laverenz erklärte im Verlauf der Zeugenvernehmung, der Reichskanzler habe sich vor der Abstimmung über den Mißtrauensantrag der KPD. zum Wort gemeldet. Die Zeugen, Abg. Schwarz (Ztr.) und Lindner (Nazi) sagten, bei der Wortmeldung Papens hätte die Abstimmung bereits begonnen. Reichstagspräsident Goering selbst wiederholte seine bekannte Ansicht und erklärte, es habe ihm fern gelegen, den Reichskanzler nicht zu Wort kommen zu lassen. Er habe von einer rechtzeitigen Wortmeldung nichts gemerkt und die Auflösungsorder sei ihm von dem Reichskanzler mit zitternden Fingern **mit der unbeschriebenen Seite nach oben** auf den Platz gelegt worden. Goering dachte, es sei eine Wortmeldung, weshalb er das Blatt Papier dem Schriftführer zugeschoben habe. Inzwischen sei die Abstimmung im Gang gewesen und von ihm zu Ende geführt worden.

Als Goering von einem Deutschnationalen gefragt wurde, ob es wahr sei, daß er sich am gleichen Abend bei einem Diner in der italienischen Botschaft über die Reichstagsauflösung ausführlich gegenüber Ausländern geäußert und dabei gesagt habe, es sei von vornherein seine Absicht gewesen, den Reichskanzler unter keinen Umständen reden zu lassen, wurde Goering sehr erregt. Er bestritt dies gesagt zu haben, aber es sei sein Recht, ebenso wie es Papen getan, mit Ausländern über die Vorgänge zu sprechen.

Die weiteren Zeugenaussagen ergeben ebensowenig ein klares Bild, wie die Grammophonplatten, die von der letzten Sitzung des aufgelösten Reichstags aufgenommen worden sind und dem Ausschuß vorgeführt wurden. **Der Reichskanzler hat zu seiner Wortmeldung nicht gesprochen, sondern den Finger erhoben.** Am Dienstag sollen der Reichskanzler und die Reichsminister vernommen werden.

Für das Opfer der Sonder-Justiz

Kundgebung aller Berliner Jungbannerführer für Max Rothe

Die Führer des Berliner Jungbanners im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold haben an ihren Kameraden **Max Rothe,** der jetzt im Zuchthaus Luckau die vom Sondergericht verhängte Strafe von fünf Jahren Zuchthaus angetreten hat, einen Brief gerichtet, in dem es heißt: „Wir geloben, alle Kräfte anzuspannen und nicht eher zu ruhen, bis der Augenblick da ist, da Du und alle Kameraden, die für uns in den Gefängnissen und Zuchthäusern leiden, wieder als freie Menschen in der Front der Freiheit wieder neben uns stehen. Von Deiner Schuldlosigkeit überzeugt, senden wir Dir in Verbundenheit und echter Kameradschaft die Grüße des Berliner Jungbanners. Unsere Unterschriften sollen Dir ein Pfand unserer Treue sein. Es lebe die soziale Republik! Es lebe die Freiheit!"

Das Schreiben, das Max Rothe durch seinen Verteidiger zugeleitet werden wird, **trägt die Unterschriften sämtlicher Führer des Berliner Jungbanners.**

Röhm soll gehen!

München, 20. September.

Auf Grund des für den Hauptmann Röhm vernichtenden Ausgangs des Prozesses gegen Dr. Klotz ist dem Stabschef dringendst nahegelegt worden, sein Amt niederzulegen und aus der NSDAP. auszuscheiden. Herr Röhm hat dieses Ersuchen maßgebendster Funktionäre der Hitlerpartei jedoch abgelehnt und erklärt, daß für ihn nicht der geringste Anlaß zum freiwilligen Rücktritt gegeben sei, „man müsse ihn schon gewaltsam entfernen, das aber würde niemand wagen!" — Herr Hitler, der um ein Einschreiten gebeten wurde, hat es verweigert, irgendetwas gegen Röhm zu unternehmen. Hierzu wird uns ferner berichtet, daß das Drängen zahlreicher Unterführer der NSDAP. auf eine Absetzung des Röhm sich zu ultimativen Drohungen zu verdichten beginnt und daß man im „Braunen Haus" über seltsame Beziehungen zwischen Hitler und Röhm munkelt.

Neuer Rundfunkreferent

Zum Rundfunkreferenten im Reichsinnenministerium wurde als Nachfolger des Reichsrundfunkkommissars Scholz, Oberregierungsrat Dr. Konrad, ernannt. Bisher war der Rundfunkkommissar zugleich sein eigener Referent.

In die von Scholz organisierte Programm-Abteilung der Reichsrundfunk-Gesellschaft wurde der Leiter der Literarischen Abteilung des Mitteldeutschen Rundfunks in Leipzig berufen. Außerdem ist der Sohn des Direktors der Berliner Funkstunde, Fritz Knöpfke, der bisher das Schallplatten-Archiv der Funkstunde betreute, in die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft übergetreten.

Solange der Reichsrat das Gesetz, das den einzelnen Landessendern kulturpolitische Selbständigkeit zusichert, noch nicht verabschiedet hat, hat die neue Funk-Personal-Politik nur einen stark provisorischen Charakter.

Ein aufrechter Mann

Die Sitzung des Ueberwachungs-Ausschusses des Reichstags begann am Donnerstag mit einem Zwischenfall, der verdient, in der Oeffentlichkeit bekannt zu werden. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbat Oberregierungsrat Dr. Radlauer das Wort zu folgender Erklärung:

„Seit zwölf Jahren habe ich als Delegierter der Presse-Abteilung der Reichsregierung die offiziöse Presseberichterstattung über die Sitzungen der Reichstags-Ausschüsse ausgeübt. Da jedoch der politische Kurs der jetzigen Reichsregierung meiner politischen Ueberzeugung widerspricht, habe ich mich entschlossen, daraus die Konsequenzen zu ziehen und meine vorgesetzte Behörde gebeten, mich zur Disposition zu stellen. Die Arbeit in Ihrem Kreise war nicht immer ohne Schwierigkeiten; handelte es sich doch um eine möglichst objektive Berichterstattung, die über den Parteien stehen mußte. Wenn ich diese Schwierigkeiten überwinden konnte, so verdanke ich das in erster Reihe Ihrer Mithilfe und Ihrem Wohlwollen. Ich bitte Sie, mir ein freundliches Andenken zu bewahren."

Der Vorsitzende des Ausschusses, Reichstagsabgeordneter Löbe, dankte dem aufrechten Republikaner und Beamten für seine Worte und für seine in vorbildlicher und parteiloser Weise geleistete Arbeit. Auch die Presse muß Herrn Dr. Radlauer ihre Anerkennung aussprechen. Daß für einen solchen Mann und seine Arbeitskraft unter der Papen-Regierung kein Platz mehr ist, kennzeichnet die neuen Regierungsmethoden und bestätigt den Geist und die Luft, die hinter den Kulissen herrschen.

Wasserstand

	22. 9.	23. 9.		22. 9.	23. 9.
Ratibor	0.90	0.78	Kanitzen (Unter-Pegel)	1.40	1.40
Neiße (Stadt)	—0.82	—0.80	Dyhernfurth	0.68	0.67
Neißemünd (Unt.-Pegel)	1.56	1.62	Durchflußmenge sekundl.	48	47
Brieg (Mastenkran)	1.67	1.94	Fürstenberg vom 21. 9. 0.19		
Treschen	0.94	0.17	Wasserwärme + 15,5°		

seinen Lohnabbaumaßnahmen und seiner Durchlöcherung des Tarifvertragsrechts einzuleiten, sondern gleichzeitig in dem alten Reichstag auch eine Reihe von Anträgen eingebracht hat, die Maßnahmen in dem eben geschilderten Sinne zur Durchführung bringen wollen. Diese Anträge sind seinerzeit in unseren Spalten veröffentlicht worden. Es ist deshalb nicht notwendig, sie im einzelnen zu schildern. Es sei deshalb nur daran erinnert, daß solche Anträge vorliegen auf Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft, auf Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und aller vom Staat subventionierten Unternehmungen, auf den Umbau der Wirtschaft, auf Verstärkung der Kartell- und Monopolaufsicht und Schaffung eines Kartell- und Monopolamtes, auf Schaffung eines sozialen Wohn- und Mietrechts und ähnliches. Besonders wichtig ist dabei auch der eingereichte Gesetzentwurf über den Umbau der Wirtschaft. In ihm wird eine Vereinheitlichung der öffentlichen Wirtschaft, die Schaffung einer Planstelle, die Verstaatlichung der Großbanken und der Versicherungen sowie Schaffung eines Bankenamtes, die Enteignung des Großgrundbesitzes, über das hinaus noch, was eben schon erwähnt wurde, gefordert. Ferner ist eine Reihe von grundlegenden Anträgen eingebracht worden, die die systematische Zerstörung der Konsumkaufkraft durch die Regierung Papen wieder beseitigen und an ihrer Stelle zu einer Steigerung der Konsumkaufkraft führen sollen. Dahin gehört der Antrag auf Erlaß eines Gesetzes über eine Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung, der Antrag auf Erlaß eines Gesetzes über planmäßige Arbeitsbeschaffung auf dem Wege der öffentlichen Arbeiten, des Kleinwohnungsbaues, der Hausreparaturen, der Siedlung usw., auf Aufhebung der Hungernotverordnung der Regierung Papen vom 14. Juni mit ihren Maßnahmen zur Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung. Dahin gehört vor allem auch der Gesetzentwurf, der bezweckt, Notsteuern zur Sicherung der Sozialleistungen, also aller Unterstützungen für Erwerbslose, zu erheben und zwar sowohl eine Notabgabe auf die hohen Einkommen, als auch auf die hohen Vermögen, ferner eine Luxussteuer und eine Verschärfung der Besitzsteuererhebung. Endlich seien noch erwähnt die Anträge der Sozialdemokratie auf Erlaß von Gesetzen zur Entlastung notleidender Schuldner und zur Verkürzung der Arbeitszeit. Diese zahlreichen Gesetzentwürfe, die die Sozialdemokratie bereits in ausgearbeiteter Form eingereicht hat, bilden ein einheitliches Ganzes, in dem eine große Arbeitsbeschaffungsaktion, eine große Aktion zur Verbeischaffung von Mitteln für sie und ein, wenn auch den Kapitalismus noch nicht abschaffender, so ihn doch in nicht unerheblichem Maße in der Richtung auf eine Gemeinwirtschaft umgestaltender Umbau der gesamten Volkswirtschaft gefordert wird.

Wenn die ungeheure Wirtschaftskrise, die wie ein Sturmgewitter über die Welt hinweggebraust ist und auch heute noch dauernd die größten Verheerungen anrichtet, etwas gelehrt hat, so ist es das, daß der Kapitalismus allein nicht mehr in der Lage ist, das Wirtschaftsdurcheinander auf der Welt zu beseitigen und die arbeitende Menschheit menschenwürdig zu versorgen. Der Kampf darf deshalb gegenwärtig sich nicht darauf beschränken, kleine Einzelmaßnahmen zur Belebung der Wirtschaft durchzuführen, sondern es muß ein entschlossener Schritt vom Kapitalismus zum Sozialismus hin gemacht werden. Dafür müssen wir uns in diesen Monaten und Jahren des Kampfes, die uns bevorstehen, mit aller Kraft einsetzen. Nicht nur negative Ueberwindung der Krise, sondern auch positiver Kampf für den Sozialismus ist mehr als je die Parole. Eine solche Aktion wäre wirklich eine zur Belebung der Wirtschaft, sie würde tatsächlich zu einer Krisenüberwindung führen. Wenn Papen uns also auf unsere Kritik an seinem kümmerlichen und verfehlten Plan hin fragen wird, was denn statt dessen geschehen soll, so werden wir ihm die Antwort durchaus nicht schuldig bleiben.

Auf die große Frage „Was nun?" gibt es unserer wirtschaftlichen Schreckenszeit nur eine Antwort: Umbau des Kapitalismus von Grund auf, Aufbau des Sozialismus! Sie sind die Forderungen des Tages

Die Arbeiten der Abrüstungskonferenz

Plan nimmt von Deutschlands Forderungen gar keine Notiz

Das Büro der Abrüstungskonferenz hat am Donnerstag in zwei Sitzungen die praktische Erledigung seines Arbeitsprogramms durchberaten. Mit der Erledigung der wesentlichen Fragen wurden die Kommissionen betraut. Der Rest wurde vertagt bis nach der Vollversammlung des Völkerbundes, während deren Dauer das Büro seine Arbeiten aussetzt und Präsident Henderson nach England fährt.

Am Vormittag wurde Bourquin, Belgien, zum Berichterstatter über die Frage der Abrüstungskontrolle ernannt. Er soll in Zusammenarbeit mit den übrigen Delegationen seinen Bericht nach der Vollversammlung vorlegen. Litwinow verlangte, daß der russische Vorschlag auf Beteiligung der Arbeiterschaft in der Kontrollkommission in den Bericht einbezogen werde. In bezug auf die Abschaffung der Luftbombardements wies Madariaga, Spanien, darauf hin, daß ohne Abschaffung der Bombenflugzeuge gar nichts erreicht werde. Auch könne ohne Teilnahme Deutschlands die Frage der Zivilluftfahrt nicht entschieden werden. Man vertagte daher die Aussprache hierüber auf Montag in der Hoffnung, bis dahin mit der am Donnerstag in Genf eingetroffenen deutschen Völkerbundsdelegation doch noch zu einer Verständigung über deren Teilnahme an den Büro-Beratungen kommen zu können. Buero, der Präsident der Landkommission, wurde zum Berichterstatter über die Begrenzung der schweren Artillerie und der Tanks ernannt. Die Erörterung der Kontrolle von Waffenhandel und Waffenherstellung wurde einem Komitee überwiesen, in dem 17 Staaten vertreten sind. Da die großen Seemächte sich bisher über irgendeine Seeabrüstung noch nicht einigen konnten, soll diese Frage vorläufig weiter offen bleiben. Die Seemächte sollen das Büro jedoch auf dem laufenden halten. Dem italienischen Juristen Pilotti wurde die Berichterstattung über das Verbot der chemischen Kriegsführung sowie die Maßnahmen bei Verletzung dieses Verbots übertragen. Endlich wurde der Versuch Litwinows, nunmehr die politischen Fragen als Grundlage jeder Abrüstung zuerst zu beraten, von Sir John Simon sofort erstickt mit dem von der Mehrheit erleichtert aufgenommenen Vorschlag, **während der Tagungspause gewisse Fragen erst einmal durch Verhandlungen zwischen den interessierten Delegationen zu klären.**

Wiederum hat also die deutsche Regierung eine große Gelegenheit nicht wahrnehmen können, um mit der Darlegung ihres Gleichberechtigungsanspruchs vor die Weltöffentlichkeit zu treten. Man versteht die Genugtuung Paul Boncours, mit der er auf die ständige Bereitschaft Frankreichs hinwies zu jedem gewünschten Zeitpunkt seinen Sicherheitsanspruch öffentlich zu diskutieren, man versteht auch, daß Herriot am Mittwoch abend beruhigt nach Paris fuhr, nachdem er sich den Tag über nur in Genf bereitgehalten hat, sofort in die Debatte über Deutschlands Ablehnungsgründe eingreifen zu können.

Paris, 22. September. (Eig. Drahtbericht.)

Fast alle Pariser Zeitungen sprechen ihre Genugtuung darüber aus, daß die ersten Sitzungen des Büros der Abrüstungskonferenz ohne Zwischenfall und ohne jede Debatte über die Abwesenheit Deutschlands verlaufen sind, daß Herriot es nicht für nötig gehalten habe, länger in Genf zu bleiben. Mit dieser Genugtuung wird in einigen Blättern der Ausdruck der Schadenfreude darüber verbunden, daß die Reichsregierung mit ihrer Taktik hereingefallen ist und daß alle ihre Hoffnungen, durch ihre Abwesenheit eine Vertagung der Konferenzarbeiten herbeizuführen, zunichte geworden sind.

SPD.-Protest gegen Brachts Kommunaldiktatur

Die Berliner sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat dem Stadtverordnetenvorsteher einen Dringlichkeitsantrag übersandt, worin sie gegen die Absicht der kommissarischen preußischen Staatsregierung, Aenderungen der Berliner Bezirksverfassung und Bezirkseinteilung auf dem Verordnungswege herbeizuführen, scharfen Protest erhebt. Die Stadtverordnetenversammlung wolle positiv an der Regelung der Frage mitarbeiten. Der Oberbürgermeister müsse daher zunächst einmal eine Zurücknahme der Erlasse des Herrn Bracht herbeiführen.

Verlegenheit der Entlarvten

Schrecken über Otto Wels Enthüllungen

Nationalsozialisten und Zentrum haben sich bisher zu den Enthüllungen des Feührers der Sozialdemokratie, Otto Wels, über die schwarz-braunen Koalitionsverhandlungen mit keinem Wort geäußert. Sie werden wissen warum! Statt dessen versucht das Organ der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche", am Donnerstagabend die Richtigkeit der Enthüllungen anzuzweifeln. Es führt zu diesem Zweck einen Verlegenheitstanz auf, der die Absicht des Ablenkungsmanövers deutlich erkennen läßt und schließlich doch auf eine Bestätigung der Enthüllungen von Otto Wels hinausläuft.

Tatsächlich sind diese Enthüllungen in keinem Punkt bestritten. Wer dennoch einen Versuch dazu macht, handelt entweder aus Unkenntnis oder wider besseres Wissen. Jedenfalls raten wir dem „Deutschen", sich über den Verlauf der schwarz-braunen Verhandlungen bei Herrn Stegerwald genauer als bisher zu informieren und über die Vorstellungen Strassers bei Schleicher bei Herrn Imbusch sich die notwendigen Informationen einzuholen.

Sozialistische Minderheits-Regierung in Schweden

Am Donnerstag hielt die schwedische Sozialdemokratie zur Feier des Wahlsieges im Stockholmer Konzerthaus einen Festabend ab. Im Verlauf des Abends machte Per Hansson die Mitteilung, daß eine rein sozialdemokratische Regierung zustande gekommen sei. Die Ministerliste werde am Freitag veröffentlicht.

Die Nazis müssen warten

und erst brav werden, sagt Papen — Kerrl wieder zu Papen gelaufen

Der nationalsozialistische Präsident des Preußischen Landtages, Kerrl, ist, wie das Dortmunder Zentrumsorgan „Tremonia" meldet, sofort, nachdem die Nazis im Landtag vor der Papenfront den Rückzug angetreten hatten, zu Papen gelaufen, um sich wieder mit den „feinen Leuten" zu vertragen. Er wollte nochmals eine Rücksprache mit Papen wegen der Verhältnisse in Preußen führen. Der Reichskanzler soll, wie die „Tremonia" mit Bestimmtheit versichert, dem Präsidenten Kerrl nahegelegt haben, bis nach den Reichstagswahlen zu warten. Dann werde sich sicher schon ein Weg zur Verständigung zwischen Reichsregierung und Nationalsozialistischer Partei finden lassen.

Nach den Wahlen wird das Kriegsbeil zwischen Papen und Hitler begraben werden. Das Spiel mit verteilten Rollen kann dann in neuer Form vor sich gehen.

Natürlich entlassen!

Königsberg, 22. September. (Eig. Drahtber.)

Der Rittergutsbesitzer Albert von Perbandt, Pomedien und Helfershelfer der Königsberger SA.-Bombenwerfer ist wegen Nervenleidens aus der Haft entlassen worden.

Der ostpreußische Junker wurde vor einigen Wochen wegen Begünstigung der Königsberger Attentäter und Mörder festgenommen. Auf seinem Schloß hatten die Hitlerbanditen nach der blutigen Nacht vom 1. August Unterschlupf und Schutz gefunden. Gegen Perbandt-Pomedien wurde deshalb die Anklage der Begünstigung erhoben. Sie kann vom Sondergericht, nach der Terrorverordnung des Herrn von Papen, mit hoher Zuchthausstrafe bestraft werden. Trotzdem ist der Rittergutsbesitzer freigelassen worden.

Imán Kampf um Marokko

Roman von Ramon J. Sender

Berechtigte Uebersetzung
aus dem Spanischen von G. H. Neuendorff

16] (Nachdruck verboten)

Sie schweigen. Ein Maschinengewehr rattert wie der Auspuff eines Kraftwagens. Leise bewegen sich die Marokkaner in ihren Gräben; sie wissen, daß die abgelöste Truppe jetzt abrückt. Hinter den Staubwänden, die der Wind emporweht, sieht man dunkle Gestalten nach rechts eilen und sich von der spanischen Stellung entfernen. Sie wollen die Abziehenden überholen, die immer noch unter der schweren Last des Gepäcks, mit gekrümmtem Rücken und vorgestrecktem Kopfe, wie müde Landstreicher dastehen und warten.

Von Schlafsucht und Durst gequält, starren manche in die Weite und schlucken Tränen hinunter, als ob sie Schnupfen hätten. Ordonnanzen führen drei Pferde vor. Offiziere gehen mit Papieren hin und her. Zum letzten Male wird wer-weiß-was nachgesehen.

Wenn man das Schweigen und die gemacht energischen Schritte beobachtet, mit denen der Leutnant dem Hauptmann, der Hauptmann dem Kommandanten seinen militärischen Geist zeigen will, kommt man zu dem Schluß, daß das ganze Zeremoniell mit Nicht euch, Läusen, Hunger, Lumpen, Elend aller Art ein übler Witz von Tollhäuslern sei. Im Grunde weiß jeder Bescheid. Nicht ein einziger glaubt an die Notwendigkeit von alledem. Alle wissen, was sie draußen erwartet. Sie haben Lust, zu schreien: „Es ist das Beste für uns alle, wegzutreten und sich eine Kugel in den Kopf zu schießen!"

Unser diensttuender Feldwebel gibt die Papiere mit den Bescheinigungen einem Offizier; der reicht sie weiter an den bisherigen Kommandanten, der sie entfaltet und unterschreibt, ohne sie gelesen zu haben. Der Feldwebel der alten Besatzung sieht ungeduldig zu. Ob sie was merken, — ob der ablösende Kamerad an das Oel denkt? Aber der neue Kommandant blättert die Papiere nur flüchtig durch, steckt sie in die Brusttasche und dankt seinem Kameraden. Dann tritt er an den Wall heran und sieht lange durchs Fernglas. Die weißen Hügel färben sich golden. Seltsame Einsamkeit schweigt rundum. Ueber die Ebene streicht verhalten der Atem des Todes, der bald nach dem Ausmarsch, pfeifend und brüllend wie ein Nordsturm, ausbrechen wird.

Jetzt merkt man, daß manche ernüchterten Offiziere — schlechte Offiziere! — darunter leiden, sich selber eingestehen zu müssen, daß sie für eine karge Monatslöhnung und den Ruhm eines uneigennützigen, romantischen Soldatentodes zu sterben haben.

Wieder tackt das Maschinengewehr an der Ecke des Walls. Alle suchen eine gewisse Unruhe zu verbergen. Es ist schon spät, kaum anderthalb Stunden bleibt es noch hell. Die Mannschaften warten immer noch, auf die Gewehre gestützt. Hin und wieder wischt sich einer mit dem Ellenbogen eine Fliege aus Nase oder Auge. Das Traggerüst drückt auf die Lungen; um das dauernde Schnaufen zu unterdrücken, das an Schmiedepfeifen und alte Blasebälge erinnert, räuspert man sich alle Augenblicke.

„Banderin!"*)

Der vom Kommandanten Angerufene reckt den kleinen Kopf mit dem grünlichen Gesicht aus dem Marschgepäck heraus und tritt vor.

„Sagen Sie Herrn Leutnant Ifierna, daß der Signalschuß abgegeben werden soll!"

Dann gibt der Kommandant dem ältesten Hauptmann einen Wink; die Offiziere begeben sich an ihre Plätze. In das Schweigen klingt dumpf das Stampfen der Offizierspferde.

Der Nachmittag ist jetzt honigfarben. Man vergißt alles für einen Augenblick und versenkt sich in die milde Harmonie von Himmel, Luft und eigenem reinem Bewußtsein. Man sehnt sich danach, die Herdenglocken in der spanischen Ebene zu hören. Vielleicht hört sie mancher Soldat wirklich in der letzten Tiefe der Gleichgültigkeit und Ermüdung nach drei schlaflosen Nächten, drei fast wasserlosen Monaten und zweitausend Jahren sozialer Ungerechtigkeit.

Der Hauptmann hebt sich auf den Fußspitzen, drückt die Hände an die Hosennaht.

„Herdören! — Still — stand!"

Was jetzt folgt, ist kein kräftiger Ruck, sondern ein langes Gleiten und Scharren. Die Truppe ist ausgerichtet. Plötzlich steckt einer den Kopf aus der Front und fällt vornüber, ohne mit den Beinen einzuknicken. Als er mit der Stirn auf den Erdboden schlägt, gibt es einen lauten, trockenen Hall. Der Hauptmann bleibt auf seinem Platze und befiehlt: „Aufheben! Hakt ihm das Riemenzeug auf! Er bleibt mit den Verwundeten bei der dritten Kompagnie, bis ihn der Transport abholt. Dann, zum Unteroffizier vom Dienst: „Sobald wie möglich ins Lazarett schaffen!"

Der Signalschuß ertönt. Unmittelbar darauf belegen die Batterien in Annual die gefährdetsten Punkte der Marschstrecke treffsicher mit Granaten. Eine Patrouille rückt als Spitze zuerst ab, dazu zwei Gruppen in Schwarmlinie als Seitendeckung. Die Leute trotten mühsam dahin und richten sich am Janken des Lederzeugs und am Klappern des Gepäcks auf, was an jämmerlichen Gäule beim Stiergefecht erinnert. Unsere eigenen Geschütze feuern jetzt ebenfalls auf nahe Entfernung; schon nach wenigen Einschlägen sieht man auseinanderspritzende dunkle Gruppen, die unsere Maschinengewehre zu fassen suchen. Außerhalb der Stellung, in dem Grabengewirr, das das Tor zu Schüssen sichert, tritt der Feldwebel der abrückenden Truppe an unseren zu, drückt ihm die Hand und sagt leise: „Danke, Kamerad. Also, wenn der Kommandant was sagen sollte, bezahl' ich das Oel".

Während die Kompagnien den Drahtverhau passieren, wird der Sicherungsdienst eingeteilt. Hinter dem letzten Mann schließt sich der Verhau. Ungefähr dreihundert Mann sind ausgerückt, ebenso viele bleiben zurück. Die kleine Kolonne marschiert jetzt ohne auf ein Hindernis zu stoßen, flott und voll Ungeduld vorwärts. Zur Rechten sieht Viance die Erde unter den einschlagenden Granaten aufspritzen. Weiter weg, bereits in der Ebene, taucht ein Reitertrupp auf, klein wie Bleisoldaten. Maschinengewehre reichen nicht bis dahin, aber man hat ihn auch in Annual bemerkt, und die überaus beweglich und wirksame Schnellfeuerartillerie setzt eine Gruppe Schrapnells hin. Unter ihren weißen Wölkchen bäumen sich die Gäule auf und schlagen. Ueber den Reitern stehen dauernd neue Flocken, wie Wattebäusche, immer zu vieren. Die beiden Geschütze unserer Stellung bestreichen jetzt die Gräben, in denen uns die Marokkaner am Vormittag aufgelauert haben, mit Granaten. Tieftönende, weiche Abschüsse, als ob die Geschützrohre in Watte gewickelt seien, — und dann, einen Meter vom Erdboden entfernt, oberhalb der Furchen, die die feindlichen Gräben darstellen, zweimal ein heller, trockener Knall.

*) Unteroffizier, der Befehle weitergibt und Munition verteilt. Er trägt am aufgepflanzten Seitengewehr eine kleine Fahne — banderin —, daher der Name.

Preußische Verwaltungsreform

Von Dr. Ernst Hamburger, M. d. L.

Dem Reichskommissar in Preußen fehlt es nicht an Lobrednern, die die Verwaltungsreform vom 1. September 1932 als ein großes Werk preisen. Die Bürokratie kann nicht nur verwalten, sondern auch regieren und reformieren, das Parlament konnte es nicht: das ist der Ton, auf den die öffentliche Meinung durch Rundfunk und Presse gestimmt wird, und der die laute Frage nach der Verfassungsmäßigkeit auch dieser Reform der Kommissare übertönen soll. Und doch ist nichts trügerischer und unwahrhaftiger als diese Gegenüberstellung. Die Aeußerung Papens, daß die jetzige Regierung durch ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der Verwaltungsreform den Beweis erbringe, daß sie mehr zu handeln wisse, als jede andere Regierung der letzten 14 Jahre, spekuliert auf das kurze Gedächtnis der Menschen. In Wirklichkeit hat der Preußische Landtag auf dem Gebiet der Reform der Verwaltung Leistungen vollbracht, die die Beziehungen zwischen Volk und Verwaltung viel stärker und nachhaltiger beeinflußt und umgestaltet haben, als es diese notverordnete Reform tun wird. Von der Auflösung der Gutsbezirke bis zum rheinisch-westfälischen Umgemeindungsgesetz, vom Polizeibeamtengesetz bis zum Beamtendisziplinargesetz, von den Aenderungen der Gemeindeverfassungsgesetze bis zum Polizeiverwaltungsgesetz hat das Parlament sich seiner gesetzgeberischen Aufgabe gewachsen gezeigt. Die Annahme, daß mit der jüngsten Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung etwas ganz Neues und Großes geschaffen worden sei, hält nicht einmal der ersten kritischen Prüfung stand. Die Ministerialdirektoren von Leyden und Klausener, die in der Börsenzeitung und in der Vossischen Zeitung die Reform als die größte Tat seit dem Werke des Freiherrn vom Stein priesen, haben mit diesem Dithyrambus sogar Herrn Dr. Bracht erschreckt, der in seinem Rundfunkvortrag den Vergleich ablehnte und die allzu laute Begeisterung dämpfte.

In der Tat ist seine Bescheidenheit durchaus angebracht. Die drei großen Aufgaben, deren Lösung dem Parlament bisher nicht gelungen war, obwohl die republikanischen Regierungen Preußens wiederholt entsprechende Vorlagen eingebracht hatten, sind die Vereinheitlichung des kommunalen Verfassungsrechts, die Neuregelung der Beziehungen zwischen Selbstverwaltung und Staatsverwaltung und die Vereinheitlichung der Mittelinstanz in Preußen unter Beseitigung der Doppelarbeit, die von den beiden Behörden, Oberpräsidium und Regierung geleistet wird. Aber eben diese Aufgaben hat auch die Notverordnung nicht gelöst, ja nicht einmal angepackt. Dafür mögen ihre Väter diese oder jene guten oder schlechten Gründe anführen. Aber wenn sie selbst sich an diese Probleme zurzeit nicht heranwagen, haben sie am allerwenigsten Veranlassung, die früheren Regierungen und das Parlament zu schmähen, in dem auch gerade die Rechte das Zustandekommen dieser Reformgesetze sabotiert hat. Was in Wirklichkeit die Verordnung enthält, stellt nicht die Lösung der wirklich wichtigen und entscheidenden Probleme, sondern von Aufgaben zweiten, dritten und vierten Ranges dar.

Damit soll nicht behauptet werden, daß diese neuen Regelungen völlig nebensächlich sind, es soll auch nicht bestritten werden, daß manche Aenderung eine Verbesserung darstellt. Aber das Studium der Reform zeigt dem Kenner der Entwicklung der Vorarbeit mit erschreckender Deutlichkeit, wie weit sich die Beschlüsse der Kommissare von den Gedankengängen entfernt haben, in denen Severing und Grzesinski in ihrer Amtstätigkeit eine Lösung der großen Komplexe der Verwaltungsreform erblickt haben. Glaubte man nicht die Möglichkeit nicht, eine der beiden Mittelinstanzen zu beseitigen, so mochte man in der Tat an die Vereinigung der Tätigkeit der allgemeinen Landesverwaltung beim Regierungspräsidenten und die Zurückführung des Oberpräsidenten auf sein ursprüngliches Arbeitsfeld der Beobachtung und Beeinflussung der einheitlichen Verwaltung in der Gesamtprovinz denken. Aber dieser Plan ist ja gar nicht durchgeführt worden; denn man hat dem Oberpräsidenten, den man als künftigen Chef der Reichsverwaltungen nach durchgeführter Reichsreform von allen Einzelaufgaben entlasten wollte, nur einige Dinge in zweiter Instanz abgenommen, ihm dagegen eine Fülle von Arbeitsgebieten belassen oder neu gegeben: höhere Schulen und höhere Landwirtschaftsschulen, die Aufsicht über den Provinzialverband, Landwirtschafts-, Handwerks-, Aerzte- und Apothekerkammern, sowie die zahlreichen anderen Körperschaften und Einrichtungen, die sich über die ganze Provinz erstrecken, Wasserstraßen- und Polizeiverordnungsrecht; auch in das Siedlungswesen bleibt er eingeschaltet. Die geplante Eingliederung der Sonderverwaltungen in die Regierungen erstreckt sich in der Mittelinstanz in erster Linie auf die Landeskulturbehörden; und da diese bisher provinziell organisiert sind, so bekommt man mit Recht Angst vor der eigenen Courage, große Verwaltungskörper zu zerschlagen und will einem der einzelnen Regierungspräsidenten die Landeskultur für mehrere Bezirke oder für eine ganze Provinz geben. In der Mittelinstanz hat man also hier und da Reibungen vermindert, um neuen Anlaß für Gegensätze anderer Art zu schaffen.

Die Vereinigung der Sonderbehörden in der Kreisinstanz mit den Landratsämtern hat man nicht in der von den Verwaltungsbeamten geforderten krassen Form der Unterstellung der Kreisschulräte, Kreisärzte usw. unter den Landrat vollzogen. Aber es wird außer der Herbeiführung einer engeren Fühlungnahme, die zu begrüßen ist, ein wenn auch begrenztes Aufsichts- und Weisungsrecht des Landrats geschaffen, das der Zusammenarbeit nicht förderlich sein wird. Ueberhaupt ist überall eine Verstärkung der Rechte des politischen Beamten gegenüber den „Technikern" zu erkennen. Der Verwaltungsjurist, der alles kann, hat sich gegenüber dem „technischen" Beamten in den zwei Monaten des Kommissariats in einer Weise durchgesetzt, wie man es noch vor kurzem nicht für möglich halten konnte. Auch die Auflösung der Provinzialschulkollegien und Schulabteilungen der Regierungen und die Bearbeitung dieser Angelegenheiten unter alleiniger Verantwortung des Chefs der Behörde, ohne Entscheidungen durch ein mehrköpfiges Kollegium, fällt in dieses Gebiet. Das hängt mit der „autoritären Staatsführung" zusammen, die bis zur Prinzipienreiterei ausartet. Es ist durchaus richtig, Entscheidungen in der Exekutive, z. B. auf polizeilichem Gebiet auf zwei Augen zu stellen, was der Landtag im Polizeiverwaltungsgesetz auch uneingeschränkt anerkannt hat. Die Aufhebung des dem Ausgleich dienenden Kollegialsystems in der Schulverwaltung kann jedoch angesichts der konfessionellen und weltanschaulichen Zerrissenheit nur als ein sehr bedenkliches Symptom für eine Abkehr von der Pflege des Toleranzgedankens gewertet werden.

Herr Dr. Bracht hat in seinem Rundfunkvortrag in Wendungen, die in der Sprache der „konservativen Oberschicht" unmißverständlich sind, erkennen lassen, daß die in § 48 enthaltene Auswirkung der Verordnung auf die Verminderung der Beamtenzahl wiederum zu einer Siebung des Verwaltungskörpers unter parteipolitischen Gesichtspunkten benutzt werden wird. Abermals werden Sozialdemokraten und Republikaner den personalpolitischen Konsequenzen der Reform zum Opfer fallen, abermals werden Beamte aus dem Verwaltungskörper entfernt werden, die der Idee der Schaffung einer besseren Wirtschafts- und Gesellschaftsform durch Zusammenfassung aller mit Hand und Kopf Tätigen nachstreben. Von der Organisationskraft des Freiherrn vom Stein weit entfernt, seinem Geiste entgegengesetzt; ohne große Zielsetzung; in dem freiwillig begrenzten Rahmen unvollkommen und mit schweren Mängeln behaftet; in ihren personellen Absichten engherzig und reaktionär: so stellt sich die Verwaltungsreform dem deutschen Volke außerhalb des Herrenklubs dar.

Namenlose Roheit der Nazis

Was sie als ihre Kampfmittel ansehen

Rohe Mißhandlungen an einem Kriegsbeschädigten

Aachen, 22. September (Eigener Drahtbericht)

In dem nationalsozialistischen „Westdeutschen Grenzblatt" waren unter den sportlichen Mitteilungen folgende „Verteidigungsbewegungen" gegen die Eiserne Front empfohlen worden: **Beintreten, Beinstellen, Faustschläge nach dem Magen, nach der Leber, Milz und nach den Augen, „auch Tritte gegen den Unterleib bewähren sich gut".** Die Folgen dieser Belehrung zeigten sich am gleichen Tage, als **sechs Nazis über einen Kriegsbeschädigten, Vater von vier Kindern,** herfielen, weil er ein Flugblatt der Nazis nicht angenommen hatte. **Die Nazis versetzten dem Ueberfallenen den berüchtigten Kehlkopfschlag und mit einem harten Gegenstand Schläge über den Kopf, so daß der Kriegsbeschädigte zusammenbrach.** Nach ihrer feigen Tat flüchteten die Nazis. Der Ueberfallene wurde von Straßenpassanten in seine Wohnung gebracht.

Deutsche Sozialistische Kampfbewegung

Die APK. meldet:

Am Freitag, dem 23. September, wird die „Deutsche Sozialistische Kampfbewegung", die von ehemaligen führenden Mitgliedern der NSDAP. gegründet worden ist, mit einer Versammlung vor die Berliner Oeffentlichkeit treten. Als Redner ist der Kapitänleutnant von Mücke angekündigt.

Aus der Entstehungsgeschichte und über die Ziele dieser Organisation erfahren wir u. a. folgendes: die Bemühungen um eine Einigung und um eine organisatorische Zusammenfassung der einzelnen Gruppen, die sich im Laufe der Zeit von der Hitler-Partei getrennt haben, ohne den Anschluß an eine andere Partei zu gewinnen, sind durch die seit dem 13. August erfolgten **Massenaustritte aus der NSDAP. (die auf rund 35 000 geschätzt werden!)** in ein akutes Stadium getreten. Die maßgebenden Leute der neuen Gruppe, die sich von Dr. Otto Strasser scharf distanziert, sind vor allem der **frühere braunschweigische Staatsminister Franzen,** der frühere sächsische Landtagsabgeordnete von Mücke, der frühere Redakteur des Dresdener Naziblattes, Franke, der frühere Redakteur des Hamburger Naziblattes, Dr. Krebs, der frühere Berliner Nazi-Redakteur Oldenburg, der frühere Reichsredner Klute und der Stadtverordnete Schild. In diesen Tagen ist die grundsätzliche Einigung der verschiedenen Gruppen erzielt worden; der organisatorische Zusammenschluß ist nur noch ein technisches Problem.

Ueber die Ziele der neuen Organisation teilt Herr von Mücke unserem Mitarbeiter mit, daß es sich für ihn und seine Freunde vor allem darum handle, die sozialistischen Elemente aus der Hitlerpartei loszulösen und sie an die sozialistischen Parteien der Linken und an das Reichsbanner heranzuführen.

Es bleibt abzuwarten, wie weit die Franzen, Mücke und Genossen imstande sein werden, dieses Ziel zu erreichen und — zunächst einmal — in sich die sozialistische Romantik zur Klarheit zu bringen.

Die Untersuchung des Ueberwachungsausschusses

Hat Papen sich rechtzeitig zum Wort gemeldet?

Am Donnerstag tagte der Ueberwachungsausschuß des Reichstags unter dem Vorsitz des Abgeordneten Löbe als Untersuchungsausschuß. Er will zwei Fragen klären: 1. in welchem Zeitpunkt ist in der letzten Sitzung des aufgelösten Reichstages die Wortmeldung des Reichskanzlers erfolgt, vor oder nach Eintritt in die Abstimmung? 2. zu welcher Zeit und in welcher Form erfolgte die Uebergabe der Urkunde über die Auflösung des Reichstages und welches war das Verhalten des Präsidenten bei der Entgegennahme der Urkunde.

Als Zeugen sollen auch der Reichskanzler, der Reichsinnenminister und der Staatssekretär der Reichskanzlei gehört werden. Ihnen hat der Vorsitzende Löbe die Ladung mündlich überbracht und sie gleichzeitig auf ihre gesetzliche Zeugenpflicht aufmerksam gemacht. Sie haben gebeten, zuerst die anderen objektiven Zeugen zu vernehmen. Der Ausschuß hat sich damit einverstanden erklärt. Die Minister sollen jedoch noch einmal schriftlich geladen werden. Dagegen sprachen sich nur die Deutschnationalen aus. Das Zentrum nahm an der Abstimmung nicht teil.

Der deutschnationale Abg. Laverenz erklärte im Verlauf der Zeugenvernehmung, der Reichskanzler habe sich vor der Abstimmung über den Mißtrauensantrag der KPD. zum Wort gemeldet. Die Zeugen, Abg. Schwarz (Ztr.) und Lindner (Nazi) sagten, bei der Wortmeldung Papens hätte die Abstimmung bereits begonnen. Reichstagspräsident Goering selbst wiederholte seine bekannte Ansicht und erklärte, es habe ihm fern gelegen, den Reichskanzler nicht zu Wort kommen zu lassen. Er habe von einer rechtzeitigen Wortmeldung nichts gemerkt und die Auflösungsorder sei ihm von dem Reichskanzler mit zitternden Fingern **mit der unbeschriebenen Seite nach oben** auf den Platz gelegt worden. Goering dachte, es sei eine Wortmeldung, weshalb er das Blatt Papier dem Schriftführer zugeschoben habe. Inzwischen sei die Abstimmung im Gang gewesen und von ihm zu Ende geführt worden.

Als Goering von einem Deutschnationalen gefragt wurde, ob es wahr sei, daß er sich am gleichen Abend bei einem Diner in der italienischen Botschaft über die Reichstagsauflösung ausführlich gegenüber Ausländern geäußert und dabei gesagt habe, es sei von vornherein seine Absicht gewesen, den Reichskanzler unter keinen Umständen reden zu lassen, wurde Goering sehr erregt. Er bestritt dies gesagt zu haben, aber es sei sein Recht, ebenso wie es Papen getan, mit Ausländern über die Vorgänge zu sprechen.

Die weiteren Zeugenaussagen ergeben ebensowenig ein klares Bild, wie die Grammophonplatten, die von der letzten Sitzung des aufgelösten Reichstags aufgenommen worden sind und dem Ausschuß vorgeführt wurden. **Der Reichskanzler hat zu seiner Wortmeldung nicht gesprochen, sondern den Finger erhoben.** Am Dienstag sollen der Reichskanzler und die Reichsminister vernommen werden.

Für das Opfer der Sonder-Justiz

Kundgebung aller Berliner Jungbannerführer für Max Rothe

Die Führer des Berliner Jungbanners im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold haben an ihren Kameraden **Max Rothe,** der jetzt im Zuchthaus Luckau die vom Sondergericht verhängte Strafe von fünf Jahren Zuchthaus angetreten hat, einen Brief gerichtet, in dem es heißt: „Wir geloben, alle Kräfte anzuspannen und nicht eher zu ruhen, bis der Augenblick da ist, da Du und alle Kameraden, die für uns in den Gefängnissen und Zuchthäusern leiden, wieder als freie Menschen in der Front der Freiheit wieder neben uns stehen. Von Deiner Schuldlosigkeit überzeugt, senden wir Dir in Verbundenheit und echter Kameradschaft die Grüße des Berliner Jungbanners. Unsere Unterschriften sollen Dir ein Pfand unserer Treue sein. Es lebe die soziale Republik! Es lebe die Freiheit!"

Das Schreiben, das Max Rothe durch seinen Verteidiger zugeleitet werden wird, **trägt die Unterschriften sämtlicher Führer des Berliner Jungbanners.**

Röhm soll gehen!

München, 20. September.

Auf Grund des für den Hauptmann Röhm vernichtenden Ausgangs des Prozesses gegen Dr. Klotz ist dem Stabschef dringendst nahegelegt worden, sein Amt niederzulegen und aus der NSDAP. auszuscheiden. Herr Röhm hat dieses Ersuchen maßgebender Funktionäre der Hitlerpartei jedoch abgelehnt und erklärt, daß für ihn nicht der geringste Anlaß zum freiwilligen Rücktritt gegeben sei, „man müsse ihn schon gewaltsam entfernen, das aber würde niemand wagen!" — Herr Hitler, der um ein Einschreiten gebeten wurde, hat es verweigert, irgendetwas gegen Röhm zu unternehmen. Hierzu wird uns ferner berichtet, daß das Drängen zahlreicher Unterführer der NSDAP. auf eine Absetzung des Röhm sich zu ultimativen Drohungen zu verdichten beginnt und daß man im „Braunen Haus" über seltsame Beziehungen zwischen Hitler und Röhm munkelt.

Neuer Rundfunkreferent

Zum Rundfunkreferenten im Reichsinnenministerium wurde als Nachfolger des Reichsrundfunkkommissars Scholz, Oberregierungsrat Dr. Konrad, ernannt. Bisher war der Rundfunkkommissar zugleich sein eigener Referent.

In die von Scholz organisierte Programm-Abteilung der Reichsrundfunk-Gesellschaft wurde der Leiter der Literarischen Abteilung des Mitteldeutschen Rundfunks in Leipzig berufen. Außerdem ist der Sohn des Direktors der Berliner Funkstunde, Fritz Knöpfke, der bisher das Schallplatten-Archiv der Funkstunde betreute, in die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft übergetreten.

Solange der Reichsrat das Gesetz, das den einzelnen Landessendern kulturpolitische Selbständigkeit zusichert, noch nicht verabschiedet hat, hat die neue Funk-Personal-Politik nur einen stark provisorischen Charakter.

Ein aufrechter Mann

Die Sitzung des Ueberwachungs-Ausschusses des Reichstags begann am Donnerstag mit einem Zwischenfall, der verdient, in der Oeffentlichkeit bekannt zu werden. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbat Oberregierungsrat Dr. Radlauer das Wort zu folgender Erklärung:

„Seit zwölf Jahren habe ich als Delegierter der Presse-Abteilung der Reichsregierung die offiziöse Presseberichterstattung über die Sitzungen der Reichstags-Ausschüsse ausgeübt. Da jedoch der politische Kurs der jetzigen Reichsregierung meiner politischen Ueberzeugung widerspricht, habe ich mich entschlossen, daraus die Konsequenzen zu ziehen und meine vorgesetzte Behörde gebeten, mich zur Disposition zu stellen. Die Arbeit in Ihrem Kreise war nicht immer ohne Schwierigkeiten; handelte es sich doch um eine möglichst objektive Berichterstattung, die über den Parteien stehen mußte. Wenn ich diese Schwierigkeiten überwinden konnte, so verdanke ich das in erster Reihe Ihrer Mithilfe und Ihrem Wohlwollen. Ich bitte Sie, mir ein freundliches Andenken zu bewahren."

Der Vorsitzende des Ausschusses, Reichstagsabgeordneter Löbe, dankte dem aufrechten Republikaner und Beamten für seine Worte und für seine in vorbildlicher und parteiloser Weise geleistete Arbeit. Auch die Presse muß Herrn Dr. Radlauer ihre Anerkennung aussprechen. Daß für einen solchen Mann und seine Arbeitskraft unter der Papen-Regierung kein Platz mehr ist, kennzeichnet die neuen Regierungsmethoden und bestätigt den Geist und die Luft, die hinter den Kulissen herrschen.

Wasserstand

	22. 9.	23. 9.		22. 9.	23. 9.
Ratibor	0.90	0.78	Kanitzen (Unter-Pegel)	1.40	1.40
Neisse (Stadt)	—0.82	—0.80	Dachenfurth	0.68	0.67
Neissemünd. (Unt.-Pegel)	1.56	1.62	Durchflußmenge sekundl.	48	47
Brieg (Kaltenkran)	1.67	1.94	Fürstenberg vom 21. 9. 0.19		
Treschen	0.94	0.87	Wasserwärme +15,5°		

Kleiner Posten **vollgroße Männer-Berchenthemd.** hellgestreift Stück **1.18**

Kunstseidene Damen-Unterkleider gesticktes Motiv, alle Farben, bis Größe 48 Stück **1.28**

Einige hundert Damen- u. Kinder- **Strick-Mützen** Wolle und Wolle mit Kunstseide, zum Aussuchen! Stück **18** Pf.

Warme, gestreifte **Flanell-Damen-Blusen** mit langem Arm Stück **95** Pf.

Einz. u. paarweise kleines Quantum **Künstler-Garnituren** z. T. kl. Fehler u. angest., Elem.-Tüll usw., Garnit. **4.95** **2.95**

2 Stände. zurückg. **Wollstoff-Frauen-Kleider** alles gute u. richtige Sachen, teilweise a. Kollekt. und durch Dekoration angest. bis **50%** heruntergesetzt

Nur n. v. Gr. 46/52 imprägnierte **Frauen-Herbst-Mäntel** Sattelfutter, ganz schwere Ware, Stück durchweg **9.50**

Damen-Herbst-Lodenmäntel haupts. best. grünl. Farben, mit Gürt., bis größte Weiten Stück **12.50**

Großer Posten Knaben-Stoff-Leibch.-Hosen für 2 Jahre, für 2-8 Jahre Paar **95** Pf. Steigerung 15 Pf.

Einzelne Kleinkinder-Mäntelchen für 1—2 Jahre, in allen möglichen Ausführungen Stück **1.95**

Klein. Quantum einzelne Knaben-Stoffanzüge f. 3-6 Jahre, hochgeschloss. u. Sportform, z. Aussuch., Stück **5.50, 4.50** **3.95**

Zurückgesetzte **Übergangs-Mädch.-Mäntel** darunt. Trenchcoat und Gummi usw. f. 5-12 J., z. Auss., St. 4.50, 3.50, 2.50 **1.50**

Stickerei-Dam.-Barchent-Hemden Achselschluß Stück **1.58** **1.28**

Restbestand Weißwaren mod. **Kragen-, Westen-Garnit.** in all. nur erdenkl. Ausf., St. 38, 18 **8** Pf.

Extra schwere, kunstseidene **Damen-Futterschlüpfer** bis Gr. 48, alle gut. Farben, durchweg Paar **1.25**

Fabrikposten **Herr.-Filzhüte** mit Rollrand, gute Formen u. Farben, mit klein. Fehlern, alle Weiten Stück **1.45**

Nur soweit Vorrat!

Einmalige Angebote!

Nicht für Wiederverkäufer!

Mengenabgabe vorbehalten!

MESSOW G. m. b. H. Schmiedebrücke WALDSCHMIDT

130/180 gr. warme **Bettlaken** für Siedlungs- und Kind.-Betten a. als Matratzenschoner verwendbar Stück **88** Pf.

Frauen-Barchenthemd. weiß, Köp.-Barch. alle Weiten, Sattel- u. Bündchenform Stück **1.95**

Reinwollene 2x2 gestrickte **Strickstrümpfe** kamelhaarfarb. u. grau, alle verstärkt Paar **58** Pf.

1x1 gestrickte **Kinder-Herbst-Strümpfe** Bwll. teilw. 2 fädig Mako, alle Größen Paar 39, 29 **20** Pf.

Damen- u. Herren- **Taschentücher** alles ganz feine gebrauchsfert. Qual. mit schönen bunt. Kant., z. Aussuch. Stück **16** Pf.

120 cm breite echtfarbig **Schwedenstreifen** moderne Ausmust. Meter **65** Pf.

Gelegenheitspost. **100 cm breite Wachstuche** auf Barchentrück. blau-weiß gemust. im Rest od. Coup. Meter **90** Pf.

80 cm breiter **Möbel-Kretonne** gedeckte Muster Meter **48** Pf.

Nur kleine u. mittlere Weiten bis 42 durch Dekoration angestaubte **Oberhemden** weiß, bunt u. Sportform, z. Aussuchen, durchweg Stück **1.88**

Jünglings-Herbstanzüge 3teil. lange Hose od. Knickerbocker englisch gemustert **9.35**

Herren- u. Burschen- **Trenchcoat-Mäntel** mode und marine, mit Rundgurt, impr., Stück **5.00** **3.00**

Extraposten blaue **Kinder-Trainings-Anzüge** mit Reißverschluß für 10—12 Jahre Stück 3.55, 3.25, für 8—9 J. St. 2.95, 2.70, für 4—6 Jahre, St. **2.45**

Warme **Hausschuhe** dickes Tuch, leicht. Ledersohle, Herr. Paar **1.10** Damengröße Paar **95** Pf.

Posten **Damen-Tuch-Pantoffeln** feste Spaltleder-Sohle u. -Absatz. Größe 36/42 Paar **68** Pf.

Einige hundert **wollgemischte Herren-Normal-Hosen** in 3 Größ., teilw. angest., durchweg Paar **1.25**

Mit **bunten Kanten Damen-Regenschirme** 12teilig, moderne Griffe Stück **2.75**

STADTTHEATER

Freitag, 20 bis 22.45 In vollständiger Neuinszenierung **Der fliegende Holländer**

Sonnabend, 20 bis 22.30 **Der Opernball**

Sonntag, 15 bis 17.45 (Ermäßigte Preise) **Die verkaufte Braut**

19.30 bis gegen 23 **Der Zarewitsch**

LOBETHEATER

Freitag, 20.15 bis 22.40 **Schuster Anton Sitt**

Sonnabend, 20.15 (u. tägl.) Neueinstudierung! **Spiel im Schloß** Lustspiel von Franz Molnar

GERHART-HAUPTMANN-THEATER

Täglich 20.15 bis 22.20 **Die versunkene Glocke**

CIRKUS BUSCH SCHUMANNSTR. 9

Heute Freitag ringen:

Entscheidung **Sasorski - Cziruchin**

Entscheidung **Reiber - Nagy Sandor**

Entscheidung **Schulz — Döring**

Tel. 29 35

ASTORIA-PALAST Fürstenstraße 32

Wochent. 4½, Sonnt. 3, letzte Vorstell. 8¼ Uhr

Die große Operetten-Festwoche Geza von Bolvarys berühmte Tonfilm-Operette

Ein Lied, ein Kuß, ein Mädel

Die lustige Operette der vier populärst. Schlager des Jahres mit **Martha Eggerth Gustav Fröhlich**

Ferner: **Die goldene Peitsche** 6 Akte aus der Welt des Turfs.

Auf der Bühne: Claire Ronning eine Humoristin von Format.

5. Woche Der große Werbefilm der Henkel & Co. AG. in der **WELTBÜHNE**

Die Würfel sind gefallen

Breslaus Operettenfreunde wählten Die **Csardasfürstin**

Eröffnung der neuen Operettenspielzeit im **Schauspielhaus**

Am Mittwoch, den 28. September abends 8.15

ATLANTIK

Gräbschener Straße 74 Tel. 58508

Das Bombenprogramm!

Felix Bressart in dem zwerchfellerschütternden Tonlustspiel **Holzapfel weiß alles**

Dazu: **Erigitte Heim — Gustav Fröhlich** in **Gloria**

Der Roman eines jungen Amerika-Fliegers **Ufa-Tonwoche** 2796

Auf der Bühne: **Das weltberühmte Bayris-Trio** in ihren russischen National-Tänzen

Anfangszeiten: 4.50 Uhr — Letzte Vorstellung 9 Uhr

Henkner's Festsäle :: Morgenau

Heute Freitag: Verkehrter Ball

Morgen Sonnabend: Vereins-Vergnügen

Achtung! Achtung!

An alle Hausfrauen!

Jede Woche 2779

3 billige Fleischtage

Donnerstag, Freitag und Sonnabend

Pa. junges Rindfleisch zur Suppe 60 ₰

Schmorbraten 70 ₰ Rouladen 75 ₰

Kalbfleisch zu billigsten Tagespreisen

M. Nebel Schweidnitzer Str. im Bahnbogen

Tel. 33960 Tel. 33960

Gesetzlich geschützt

. . . . und ich sage Ihnen auf Ehrenwort, wenn Sie

Herzbergs Lebenstropfen

probieren, so werden Sie diese stets im Hause halten, weil sie bei Erkrankung durch Genuß von rohem Obst, Grippe, verdorbenem Magen und Uebelkeit ein wirklicher Wohltäter der Menschheit sind.

Tausende Anerkennungen liegen vor.

1/1 Flasche 50% . . . . . RM 4.00
1/2 Flasche 50% . . . . . RM 2.15
1/4 Flasche 50% . . . . . RM 1.25

In Orten, wo noch nicht vertreten, wird Alleinverkauf gegeben

Alleinige Fabrikanten **Herzberg & Co., Breslau 13**

Filialen in allen Stadtteilen

Alles was Sie brauchen an **Schuhbedarfsartikeln, Ledersohlen usw.** kaufen Sie am besten bei **Walter Neuser, Neumarkt 2**

Jeder Reichsbannermann und treue Republikaner

liest die älteste und einzige Illustrierte Republikanische Zeitung

I·R·Z

Anerkannt hervorragend redigiert! Reichstes aktuellstes Bildmaterial! Modernste Drucktechnik!

Und dabei nur 20 Pf.

Alle Reichsbannergruppen, Kolporteure, Volksbuchhandlungen nehmen Bestellungen an

Primus-Palast Hubenstraße 10

Achtung!

Nur für starke Nerven!

Das Ereignis der Saison!

Frankenstein

Der spannendste u. meist umstrittendste Tonfilm der Welt

Diesen Film müssen Sie unbedingt sehen!

Ferner: Die tollste aller Tonfilmpossen

Der Storch streikt!

Siegfried der Matrose mit **Siegfried Arno Fritz Schulz, Ursula Grabley** usw.

Ufa-Wochenschau

Täglich ½5 Uhr. Erwerbslose wochentags halbe Preise.

Sonntag 3 Uhr: Große Jugend-Vorstellung

1. Die spannende Filmerei-Serien **„Der fliegende Pfeil"**
2. Der große Tonfilmschlager **„Siegfried, der Matrose"**

TAUENTZIEN THEATER

Tauentzienplatz 11 • Fernruf 26026

Das neue TT. Das Tagesgespräch Breslaus **Zweite Woche!**

Johann Strauß **Die Liebesabenteuer des Walzerkönigs**

Der deutsche Spitzenfilm mit **Michael Bohnen, Lee Parry, Paul Hörbiger**

Publikum und Presse ist begeistert! Schles. Ztg.: . . . der Beifall war spontan und herzlich!

Br. NN.: „Das Premierenpublikum gab seiner Begeisterung laut Ausdruck!"

Versäumen Sie nicht dies außergewöhnliche Filmereignis

Wochent. 5, 7, 9 Sonnt. 3, 5, 7, 9 Uhr

Vorverkauf 11 bis 1 Uhr a. d. Theaterkasse

Ihr T.T. erwartet Sie!

Zentral

Theater — Wandstraße 20

Bis Donnerstag, den 29. September

Das Glanzen- und Sensationsstück erregende Tonfilm-Doppelprogramm und die Ufa-Bühnenschau!!

1. Der große Ufa-Tonfilm der neuen Produktion: **Der Schuß im Morgengrauen** mit Carl Ludwig Diehl, Ery Bos, Karl Vanpernaan, Th. Loos
2. Der lachsturmumbrauste und beste aller bisherigen Militär-Tonfilme: **Zu Befehl, Herr Unteroffizier.** Tränen werden gelacht über Ralph A. Roberts, Henry Bender, Paul Westermeier, Lotte Werkmeister, Harry Hardt, Margot Walter usw.
3. Als Tonfilm-Einlage: **Der Stimme von Portici.** Die zwerchfellerschütt. Tonfilm-Groteske d. Ufa.
4. **Ufa-Wochenschau!** Volles Orchester.
5. Auf d. Bühne: Das Variété-Programm d. Sonderklasse
6. **Robert Stolz,** der Mann, d. Puppen sprechen läßt
7. **2 Sommers Z,** in ihrem komisch. Comedy-Excentrik-Akt.

Beginn tägl. 4.30 — Letzte Vorstellung 8.45 Uhr.

WAPPENHOF

Heute Freitag:

4.45 Uhr: **2 Vorstellungen** 8.30 Uhr:

Hermann Mestrum * Alfons Loessig u. 16 Solisten * Cerils Bangs * Barring Brothers * Will und Will * Irmi Byrd Fredy Moreno * Irmgard Meinardi

Nachmittags 30 Pf., abends 50 Pf.

Täglich ab 6 Uhr: Breslaus größter und vielseitigster 2 Kapellen — BALL — Vollprogramm

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Proletarier! Beseitigt die Hindernisse der Sprachschranken! Lernt die Weltsprache **Esperanto,** die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird

30 Jahre Edeka-Großhandel in Breslau 2789

Edeka-Jubiläums-Woche

vom 24. September bis 1. Oktober 1932

Während dieser Zeit auf Edeka-Artikel doppelte Gutscheine. Ebenso wird in den Edeka-Geschäften das Edeka-Preisrätsel verausgabt.

Edeka-Großhandel Breslau e. G. m. b. H.

Für die Redaktion verantwortlich: Walter Ludwig; für die Anzeigen: Max Tockus. — Redaktion: Gräbschener Straße 3. Hauptexpedition: Ohlauer 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau

Nazis gegen die Unterstützungs-Empfänger

in der gestrigen Sitzung des Stadtparlaments

uch die National„sozialistische" „Arbeiter"partei an Seite Papens gegen den „Wohlfahrtsstaat" — Große ntrüstung darüber im ganzen Hause — Debatten über die Wiederbesetzung einer Stadtratsstelle — Die arlehnskürzungen für erwerbslose Kleingärtner — Praktische Winterhilfe für Erwerbslose und leeres Gewäsch der Kommunisten

Obwohl die gestrige Tagesordnung nicht allzu bedeutsam r, gestaltete sich die Sitzung doch außerordentlich lehrreich. nächst gab es einmal eine ganz fürchterliche Naziblamage. Bei er Verstärkung des Wohlfahrtsetats wurde von dem Nazi urzer ein Brief verlesen, den Genosse Tilch an den Stadtrat nossen Wohlweber gerichtet hat, worin er auf die schwere lage eines Kriegsbeschädigten aufmerksam machte. Der iegsbeschädigte ist hundertprozentig erwerbsunfähig, lungenkt, hatte eine kranke Frau, die inzwischen verstorben ist und nf unversorgte Kinder. So war die Not in der Familie außerentlich groß, und auf den Brief des Genossen Tilch hat der iegsbeschädigte in vier Jahren 760 Mark nicht etwa geschenkt, dern im Wesentlichen als Rentenvorschuß erhalten. m großen Teil ist der Vorschuß inzwischen bereits abgezahlt, übrigen wird er laufend abgezahlt. Aber der Kriegsschädigte ist Sozialdemokrat und zugleich Jude. Tilch und öhlweber sind auch Sozialdemokraten, also muß Korruption rliegen. In Wirklichkeit ist natürlich jede Partei in erster ihe verpflichtet, Notstände in nächster Nähe lindern zu helfen. n Notleidender kann sich doch unmöglich zuerst an die anderen nden. Den Nazis fiele doch schließlich auch die Aufgabe zu, en Notleidenden mit Rat und Tat zu helfen, oder soll der ann in Honighosen in seinen Nöten zuerst den Weg zu uns men? Die Genossen Wohlweber und Tilch wiesen den Vor- der gemeinen Nazigesinnung gegenüber einem Schwerkriegsschädigten entschieden zurück. Man merkte schließlich der ganzen rsammlung ein deutliches Abrücken von der naziotischen meinheit an. Doch wehe den Kriegsopfern, wenn ihr Geschick einmal von jener Sorte naziotischer Untermenschen abhängig cht. Der Gipfel der Gemeinheit lag schließlich noch darin, daß Name des Kriegsbeschädigten von dem Dreckmaul offen nannt wurde, während es sonst bei den Stadtverordneten üblich persönliche Verhältnisse von Bürgern nur in geheimer sung zu beraten.

Die Wahlperiode des Stadtrats Genossen Landsberg ft demnächst ab. Die Frage einer Wiederwahl oder Neuwahl nd gestern in bezug auf die Gehaltsfestsetzung zur Verhandlung. n bürgerlicher Seite wurde nochmalige Ausschußberatung ünscht. Merkwürdig war die Haltung der Sapler. Fritz ietsch ist für „Einsparung" dieser Stelle. Genosse Landsberg zwar zur Zeit der einzige Arzt im Magistrat und verwaltet sehr umfangreiche Gesundheitsdezernat, aber Pietsch ist der einung, daß es dazu keines Arztes bedürfe. Das Dezernat ne auch von einem beamteten Nichtfachmann verwaltet rden. Fritz Pietsch ist Lehrer, sogar Rektor, und dürfte analog Meinung sein, daß man auch das Schulwesen einem Büroten ausliefern könnte. Der Nichtfachmann, der Nichtfachmann Wir glauben, daß sich Lehrer und Eltern dafür bedanken rden. Aber die Kranken und das Gesundheitswesen dürfen h Meinung der Sapler getrost dem Bürokratismus ausiefert werden — aus Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie! Nichtwiederwahl würde übrigens die Stadt nicht lliger, sondern teurer zu stehen kommen, denn Landsg müßte Pension erhalten und mindestens wäre bei seinem bau eine Stadt-Medizinalratsstelle neu zu schaffen. Zunächst d also der Ausschuß nochmals beraten.

Bei der Frage der neuen Erwerbslosenkleinrten kritisierte Genosse Tilch, daß unter der Papenierung zur Einrichtung der Gärten nur noch 75 Mark, statt ber 100 Mark Darlehen gegeben werden sollen, womit sich ordentliche Laube nicht mehr erstellen läßt.

Ein kommunistischer Antrag, das Gelände nicht im Ausschwege zur Bebauung freizugeben, sondern den Schrebernern auf weitere drei Jahre zu verpachten, wurde zwar genommen, wir raten aber den Kleingärtnern, sich darauf ein nicht zu verlassen, sondern das Kleingartenriedsgericht auf alle Fälle anzurufen.

Die SAP. hatte noch einen Antrag eingebracht, dieselben interhilfsmaßnahmen für die Schützlinge des Wohlrtsamts durchzuführen, wie im Vorjahre. Daß dies geschehen ß, halten wir für selbstverständlich. Unsere Genossen haben Mittel hierfür auch bei der Etatsberatung mitbewilligt. Die mmunisten brachten einen langen unsachlichen Zusatzantrag und schimpften auf die Sapler, weil sie den Antrag nicht terstützten. Aber was soll man z. B. sagen, wenn die Sozialiner nach dem kommunistischen Antrag in die „gehobene Fürge" kommen sollen, in der sie schon seit Kriegsende sind. Doch elt schweigt und seine Fraktionskollegen blamieren sich mit er Unkenntnis der Dinge. Uebrigens hörte man von ntrumsseite auch, daß Kommunisten mit großem Fleiß die ohltaten der christlichen Nächstenliebe in Anspruch nehmen. n großer Konsequenz der Gesinnung spricht das jedenfalls cht.

* * *

Die erste Sitzung nach verhältnismäßig langer Ferienpause rde pünktlich um 17 Uhr vom Vorsteher Dr. Friedrich öffnet. Es wäre nicht mit rechten Dingen zugegangen, wenn zu Beginn nicht gleich zwei kommunistische Redner zur schäftsordnung zum Wort gemeldet hätten. Brodde (KPD.) wenkte ein Blatt Papier und schimpfte auf die SAP., die „eine chtarbeiterpartei sei, weil sie ihm die Unterschriften für seinen trag verweigert habe. Stadtv. **Fritz Pietsch** (SAP.) meinte gegen, daß er den Unsinn der KPD. nicht mitmachen könne. r kommunistische Antrag verlange nämlich nicht mehr und nicht weniger, als daß der Magistrat der Stadt Breslau die Notverordnung nicht durchführen soll.

Es wurden sodann

einige kleine Vorlagen

erledigt und die SAP. bekam im Verlaufe dieser Beratung ausreichende Gelegenheit, auch uns gegenüber zu beweisen, wie sehr sie sich bemüht, eine Aucharbeiterpartei zu sein. Bei der Wahl mehrerer Deputationsmitglieder griff sich Stadtv. **Pietsch (SAP.)** auch den vorgeschlagenen Kollegen Meise heraus, verdächtigte ihn und Stadtv. Kirstein konnte sich in Zwischenrufen gar nicht genug tun. Pietsch forderte alle freien Mandate für sich und wetterte über die Einheitsfront von rechts bis zur SPD., die gewillt sei, sozialdemokratische Kandidaten zu wählen.

Der sozialdemokratische Fraktionsführer, Genosse **Karl Pietsch**, gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß sich die SAP. so eindeutig auf die parlamentarische Linie zurückgezogen habe und formaljuristisch paktiere, nachdem es vor nicht allzulanger Zeit hieß, das Erscheinen in der Stadtverordnetenversammlung sei überhaupt für die Katz. Sehr eindeutig verbat sich Genosse Pietsch die Verdächtigungen des vorgeschlagenen Parteifreundes und stellte fest, daß von der SAP nach den letzten Wahlergebnissen eigentlich nicht viel mehr, wie eine Stadtverordnetenfraktion vorhanden sei. Die vom Ausschuß vorgeschlagenen Kandidaten Kraftdroschkenbesitzer Klose, Lehrer Tschöpe und Gewerkschaftssekretär Meise wurden gegen die Kandidaten der SAP. gewählt.

Die Vorlage „Verstärkung des Haushaltsplanes des Wohlfahrtsamtes für 1931" wurde durch das Eingreifen der Nazis mit einer großen im Mittelpunkt der ganzen Sitzung stehenden Debatte verbunden, in der die „deutschen Sozialisten" ungewollt einmal ihr wahres Gesicht über ihre Einstellung zu den Kriegsopfern enthüllten und sich eine so schmähliche Niederlage holten, daß es ihnen noch bis zur nächsten Stadtverordnetenwahl in den Ohren klingen wird.

Der Nazistadtverordnete **Kurzer**, der diese Attacke ritt, schien wohl im letzten Augenblick zu merken, daß er auf das falsche Pferd sich gesetzt hatte, aber die Zurufe des Stadtv. Tilch zwangen ihn, den ganzen Brief vorzulesen und dieses Vorlesen brachte ihm den Zuruf ein:

„Schämen Sie sich nicht, die persönlichen Verhältnisse eines bedauernswerten Menschen hier aufzurollen?"

Es handelt sich nämlich, wie wir bereits mitteilten, darum, daß Stadtv. Tilch den Stadtrat auf einen besonders schlimmen Fall eines hundertprozentigen Kriegsverletzten aufmerksam machte.

Kurzer, der als „Volksvertreter" dieses Verfahren der Rentenvorschüsse, die nur gegen Verpfändung der Rente an Schwerkriegsbeschädigte bewilligt werden, nicht kennt, ist dem Schwindel aufgesessen, daß es sich bei diesen Beträgen um Beihilfen handelt und deshalb schloß er an die Verlesung seines Briefes die Behauptung, es würden öffentliche Steuergroschen in schamloser Art und Weise noch dazu an Juden verschleudert. In seiner schäumenden Naziwut führte er eine Sprache gegen die Kriegsverletzten, die es wünschenswert machte, daß alle Kriegsopfer den Herren hätten hören können.

Stadtrat Wohlweber ging ausführlich auf die völlig unberechtigten Angriffe ein und wies vor allen Dingen darauf hin, daß die Rentenvorschüsse in dem fraglichen Falle zu 80 Prozent wieder zurückgezahlt worden sind. Dem Bedauernswerten ist inzwischen die Ehefrau und Mutter der 5 Kinder gestorben, er war infolge der Krankheit seiner Frau und seines eigenen Leidens mit der Miete in Rückstand gekommen, so daß ihm Exmittierung drohte und die Stadt sah sich vor die Frage gestellt, die 5 Kinder ins Waisenhaus aufnehmen zu müssen.

Dies hätte für die Stadt eine ständige beträchtliche Ausgabe erfordert. Da sich der Vater aber gar nicht von seinen Kindern trennen wollte, gewährte ihm die Fürsorgestelle mehrere Rentenvorschüsse, so daß er in eine kleinere Wohnung umziehen konnte. Acht Zehntes dieser Vorschüsse sind inzwischen von dem Kriegsverletzten zurückgezahlt worden.

Nach dieser amtlichen Klarstellung nahm der angegriffene Stadtv. **Tilch** das Wort und erklärte, daß er nicht erwartet hätte, daß sich die Nazis als Partei mit diesem Angriff solidarisieren würden, der vorige Woche bereits in der „Schlesischen Tageszeitung" erfolgte. Es könnten den Nazis Namen genannt werden, die ihnen verflucht in den Ohren klingen würden. (Kurzer und Steffens brüllten: Nennen Sie doch Namen!) Ich überlasse es den Nazis, die furchtbare Notlage einzelner Bürger vor dieses Forum der Oeffentlichkeit zu zerren. Wir besitzen nicht den traurigen Mut, zu erklären, daß eine Rente von 250 Mark für einen hundertprozentigen Kriegsverletzten mit 5 Kindern zu viel ist. Solche Gemeinheit und Lumperei steht den National„sozialisten" nur allein an. (Der Vorsteher wendet ein, daß solche Ausdrücke die Grenzen der Ordnung des Hauses überschreiten!)

Wir rücken in aller Oeffentlichkeit von dieser Art der Kriegsverletztenfürsorge, wie sie die Nazis wünschen, weit ab. Es bleibt dieser sogenannten „Arbeiterpartei" überlassen, die heute noch vorhandene primitive Fürsorge als Verschleuderung öffentlicher Mittel zu bezeichnen. (Händeklatschen und Bravorufe im ganzen Hause.)

Als sich der zurechtgerückte und seiner Wohltätigkeitsmaske entlarvte Kurzer in seiner Wut nicht mehr zu helfen wußte, brüllte er mehrmals etwas von infamen Verdrehungen und erhielt zwei Ordnungsrufe.

Auch Stadtv. **Stope (SAP.)** gab dem wilden Kurzer einen Aufklärungsunterricht und erklärte ihm, daß der Fond, aus dem die Rentenvorschüsse gezahlt werden, vor Jahren durch die Initiative der SPD. eingeführt worden ist.

Als auch Stadtv. **Brodde** die von den Nazis gewünschte Kriegsopferversorgung kennzeichnet, brüllt Kurzer: „Sie haben gar nichts mitzureden, Sie sind Vertreter einer fremden Nation" Als Brodde auf die netten Renten der Ritter von Epp und Röhm hinweist, die den Nazis noch nie zu hoch gewesen sind, und auch das Wort „Maulhelden" gebraucht, erhält auch er einen Ordnungsruf.

Stadtv. **Tilch** bittet sodann die zuständigen Dezernenten, daß dem Stadtverordneten Kurzer die Protokolle des Darlehens-Ausschusses zur Einsichtnahme vorgelegt werden, damit er sich einmal davon überzeugen kann, wie vielen seiner eigenen Parteifreunde auch in dieser Beziehung bereits gedient worden ist, selbst in Fällen, in denen die Unwirtschaftlichkeit der Familien feststeht.

Ein tapferes Schneiderlein

Wie der deutschblütige Barde Barczyk den Wahltag verlebte

Das Breslauer Sondergericht verurteilte den nationalsozialistischen Schneidermeister Alois Barczyk aus Breslau wegen doppelten Verstoßes gegen die Notverordnung vom 14. Juni 1932 gegen politische Ausschreitungen sowie wegen Vergehens gegen die Schußwaffen-Anmelde-Verordnung des Breslauer Regierungspräsidenten zu acht Monaten Gefängnis.

Endlich, nach langen Wochen kam am Donnerstag auch wieder einmal ein Nazi vor das Breslauer Sondergericht. Man merkte gleich den Unterschied, den die Anklagebehörde zu machen pflegt. Wenn jemand auf seinem Balkon steht und auf der Straße eine Menge zusammengeballt ist, dann ist der Mann auf dem Balkon ein Rädelsführer des schweren Landfriedensbruches. Wenn aber ein Schneidermeister mit Pistole und Gummiknüppel bewaffnet, aus seiner Wohnung auf die Straße herausstürzt und über einen jugendlichen Angehörigen der Eisernen Front herfällt, den bereits eine im Auto anrückende Nazihorde verfolgt, dann kommen die Verfolger auf die Zeugenbank und der schwer bewaffnete Nazi wird wegen einfachen Waffenbesitzes angeklagt.

Meister Barczyk, der nach einer Bemerkung des Nazianwalts Rebitzki nicht fließend deutsch sprechen kann, ist begeisterter Hitlermann und dachte am Mittag des Wahltages, daß das Dritte Reich auf dem Boberplatz in Breslau bereits anfange. Um diese Zeit kam unser Jugendgenosse Kranz mit dem Rade die Queisstraße entlang. Ihm folgte ein Naziauto, das mit dem Oberinspektor Krebs aus der Saganer Straße, dem Sozialpraktikanten Jonas vom Bodelschwinghweg, dem Oberpostsekretärssohn Willi Heller aus der Glogauer Straße und dem Geschäftsführer Ludwig Guhr aus der Liegnitzer Straße besetzt war. Diese „Arbeiterparteiler" waren auf dem Sprunge, über den Jugendlichen herzufallen, weil er sich erdreistet hatte, sich nach der Nummer des hinter ihm kommenden Wagens umzusehen. Die Hitlerkämpfer, die teilweise schon in sehr eindeutiger Aufmachung auf dem Trittbrett standen, quetschten den Radfahrer schließlich an den Bürgersteig, so daß er stürzte und über den Boberplatz flüchtete. Im Hause Nr. 3 wollte er zu einem dort wohnenden Genossen, aber Meister Barczyk hatte bereits vom Fenster gesehen, daß er einmal seine Tapferkeit beweisen kann.

Mit Gummiknüppel und Revolver stürzte er heraus, sein Sprößling kam mit einer Axt und da auch vor der anderen Seite noch der Hitlerheld Josef Herbst aus der Pilsnitzer Straße kam, gelang es dieser Horde, über unseren Freund herzufallen. Barczyk fuchtelte mit dem Revolver herum, so daß Krebs erst rufen mußte: „Nicht schießen!"

Dann hielten einige Autobanditen den jungen Kameraden der Eisernen Front fest und Barczyk ließ den Gummiknüppel in Aktion treten.

Nur dem Umstand, daß Polizei hinzukam, war es zu danken, daß unser Jugendgenosse Kranz nicht ganz elend zusammengeschlagen wurde. Als sogleich bei Meister Barczyk eine Haussuchung gemacht wurde, fand man den Gummiknüppel, eine Revolvertasche, die erkennen ließ, daß kurz vorher eine Schußwaffe darin war und dann standen an der Tür bereitgestellt 2 Aexte, eine Brechstange und ein großer Schraubenschlüssel. Die Polizei fand die Schußwaffe zwar nicht, aber aus der Erklärung des Schneiders: „Ich weiß nicht, wo Pistole ist", ging schon hervor, daß er eben einen Revolver hatte.

Dem Gericht erzählte er das Märchen, daß er die leere Ledertasche vor vielen Monaten vom Boden heruntergeholt hat, um daraus für sein Eichhörnchen eine Schlafstelle anzufertigen. Wahrscheinlich hielt er das Gericht für so beschränkt, daß es dieses Märchen glauben würde. Trotz zahlreicher Zeugenaussagen, daß B. einen Revolver hatte, versuchte der Verteidiger den Revolver in eine Schere zu verwandeln, allerdings ohne Erfolg.

Staatsanwalt Beyer sah sich veranlaßt, die Anklage wesentlich zu erweitern. Er beantragte 9 Monate Gefängnis. Das Gericht unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Kaempf sah drei selbständige Handlungen für erwiesen an:

Vergehen gegen § 13 der Notverordnung, Mindeststrafe 6 Monate Gefängnis, Vergehen gegen § 12 der gleichen Verordnung, Mindeststrafe 3 Monate Gefängnis und Vergehen gegen die Anmeldeverordnung des Regierungspräsidenten, Mindeststrafe 3 Monate Gefängnis. Die Strafen wurden zu einer Gesamtstrafe von 8 Monaten zusammengezogen.

Gegen den axtschwingenden Sprößling des Meisters Barczyk soll ein besonderes Verfahren eingeleitet werden. Die Autobesatzung marschierte, wie bereits erwähnt, als Zeuge auf, allerdings wurden einige dieser feinen Leute nicht vereidigt. Wären sie vom Reichsbanner gewesen, dann hätte sie die Staatsanwaltschaft sicher wegen schwerer politischer Ausschreitungen gemeinsam mit dem Waffenhelden auf die Anklagebank gesetzt.

Wie üblich, wurde der Verurteilte sofort abgeführt.

Nach Schluß dieser für die Nazis vernichtenden Debatte mußte Stadtv. Kurzer eifrig die vielen Adressen aufschreiben, die ihm von den Stadtv. Tilch und Stope in persönlicher Unterredung genannt wurden. Wir hoffen, daß diese Fälle demnächst mit ebenso eindringlicher Klarheit in der „Schlesischen Tageszeitung" erörtert werden, damit die Mitwelt erfährt, daß auch kriegsverletzte „Pg.s" die von der SPD. geschaffene Einrichtung gern in Anspruch nehmen.

Wiederbesetzung einer Stadtratsstelle

Eine Debatte gab es dann noch bei der Vorlage über die Wiederbesetzung der Stadtratsstelle beim Städtischen Gesundheitsamt. Kommunisten, Sapler und Nazis wollen die Einsparung der Stelle, weil es sich um einen sozialdemokratischen Stadtrat handelt.

Brodde entdeckte schließlich, daß sich die Vorlage zu einer kleinen Agitation eignet, weshalb er beantragte, daß das durch die Nichtbesetzung freiwerdende Gehalt in eine Wirtschaftsbeihilfe für die Gemeindearbeiter umgewandelt wird. Aber selbst den Saplern war dieser Vorschlag zu blöde, so daß er ohne Unterstützung blieb. Die Vorlage wurde wieder in den Ausschuß verwiesen.

Neue Erwerbslosen-Kleingärten

Bei dem Magistratsantrage, daß die Stadtgemeinde als Schuldnerin für die Reichsdarlehen zur Errichtung von Erwerbslosen-Kleingärten auftritt und neues geeignetes Gelände bereitgestellt wird, wünschte Stadtv. **Tilch** als Berichterstatter, daß das einzelne Darlehen von 75 auf 100 Mark erhöht werde. Stadtv. **Baier** (Soz.) brachte in diesem Zusammenhange auch ein eigenartiges Vorgehen des Kleingartenamtes gegen den 36 Kleingärtnern des Vereins „Immergrün" zur Sprache, die am Schwarzwasser ihre Kolonie errichtet haben, nachdem sie von dem Gelände fort mußten, auf dem das Magdalenengymnasium errichtet worden ist. Am 19. September hat man diesen Kleingärtnern mitgeteilt, daß sie das Gelände bis zum 30. September zu räumen haben.

Stadtrat Lesse sprach zunächst gegen die Erhöhung der Darlehen und beschäftigte sich dann mit dem Verein „Immergrün", der auf die Vinzenz-Elbing-Aecker umgesiedelt werden soll, wobei auch die den Gärtnern entstehenden Schäden erstattet würden.

Die Vorlage des Magistrats wurde angenommen. Auch die Anträge der Linken, den Einzelbetrag je Garten auf 100 Mark zu erhöhen, und den Austausch des Geländes des Schrebergartenvereins „Immergrün" nicht vorzunehmen, fanden eine Mehrheit.

Winterhilfsmaßnahmen für Arbeitslose

Zum Schluß traten die Kommunisten mit dem Reichskanzler von Papen noch einen netten Konkurrenzkampf an. Wie der gegenwärtig amtierende Reichskanzler in seiner Rundfunkrede nach der Auflösung des Reichstages etwas gesagt hatte von erhöhter Hilfe für die Arbeitslosen, so wünschten das gestern auch die Kommunisten. Beide Helfer stimmen gewiß in der Auffassung überein, daß es bei schönen Reden bleiben soll.

Im Haushaltsplan sind bekanntlich bei der Verabschiedung Mittel vorgesehen worden, während der Wintermonate Kohlen- und Lebensmittelscheine an die bedauernswerten Opfer der Krise auszugeben.

Die SAP. stellte deshalb in der gestrigen Sitzung den Antrag, diese Winterhilfsmaßnahmen im gleichen Umfang des Vorjahres durchzuführen. Das konnten sich die Kommunisten nicht gefallen lassen. Zylla und Brodde schmiedeten schnell einige Anträge, die geeignet sind, jedem Erwerbslosen das Wasser im Munde zusammenlaufen zu lassen. Wenn man es ausrechnen würde, käme sicher ein Zehnmillionen-Betrag zusammen. Jeder Arbeitslose könnte sicher die Dinge sehr gut gebrauchen, die da beantragt wurden. Aber darauf kommt es ja nicht an.

Wichtiger ist, daß die Erwerbslosen neben einer kommunistischen Rede auch tatsächlich Kohle bekommen. Es entstand ein Streit zwischen Kommunisten und Zentrum, ob nun der Reichskanzler von Papen oder die KPD. mit diesen großartigen Versprechungen eine Wahlagitation betreiben. Unstreitbar war lediglich die Tatsache, daß sich keine Partei dazu hergab, den umfangreichen KPD.-Antrag zu unterstützen. Der Antrag, die Winterhilfsmaßnahmen in der Höhe des Vorjahres zu halten, fand dagegen eine große Mehrheit.

Um 20,15 Uhr war die Tagesordnung aufgearbeitet. Es folgte noch eine geheime Sitzung.

Arbeiter! Dein Kind gehört in die weltliche Schule

Melde es also sofort in der nächsten Sammelschule an

Familientragödie

Die Wohnung in Brand gesetzt und sich dann erhängt

In der vergangenen Nacht gegen 2,30 Uhr bemerkte der Hausmeister des Grundstücks Alsenstraße 6 einen intensiven Brandgeruch, der aus der Wohnung des 42jährigen Bäckers Karl St. herauskam. Die alarmierte Feuerwehr öffnete die Wohnung und fand den Wohnungsinhaber erhängt am Gaszähler vor. Im Zimmer war an fünf verschiedenen Stellen Feuer angezündet worden, besonders in der Nähe von Möbelstücken und auch in einem Kleider- und Wäscheschrank, in den vorher Papier hineingesteckt worden ist. Obwohl das rechtzeitige Eintreffen der Feuerwehr eine große Ausdehnung des Brandes verhüten konnte, ist doch der größte Teil der Möbelstücke ein Raub der Flammen geworden. Wahrscheinlich ist St. durch seine zerrütteten Familienverhältnisse veranlaßt worden, das Feuer anzulegen und sich selbst zu erhängen.

Salzsäure getrunken

Gestern nachmittag um 14 Uhr wurde im Hausflur des Grundstücks Heilige Geiststraße 9 ein etwa 20jähriges Mädchen bewußtlos aufgefunden, das in selbstmörderischer Absicht Salzsäure getrunken hatte. In einem herbeigerufenen Krankenwagen wurde die Lebensmüde in das Allerheiligen-Hospital geschafft. Es handelt sich nach den Feststellungen der Polizei um die 21jährige Haustochter Käthe W.

Bewegungschor des Stadttheaters

Völlig kostenloser Unterricht

Auf vielfache Anregung hat die Intendanz des Stadttheaters bereits vor einigen Jahren eine Einrichtung getroffen, die jungen, am Bühnenwesen interessierten Menschen, insbesondere Studenten und Schülern, ermöglicht, den Betrieb eines großen Theaters aus eigener Anschauung kennenzulernen. Diese Interessenten erhalten als der sogenannte Bewegungschor eine grundlegende mimische und gymnastische Ausbildung durch die Balletmeisterin sowie die Tanzsolisten. Dieser Unterricht ist völlig kostenlos. Ueber dies hinaus wird den Mitgliedern des Bewegungschors auch die Gelegenheit geboten, sich in kleinen Aufgaben auf der Bühne zu versuchen.

Der Andrang zu den beschränkten Plätzen innerhalb des Bewegungschors ist in allen Spielzeiten naturgemäß sehr stark gewesen. Zu Beginn dieses Wintersemesters ist jedoch erstmalig die Situation eingetreten, daß eine größere Anzahl studentischer Mitglieder durch Verlegen des Studienortes nach außerhalb den Bewegungschor verlassen hat. Dadurch bietet sich neuerdings wieder Gelegenheit für eine kleine Anzahl theaterfreudiger junger Menschen, in den Bewegungschor aufgenommen zu werden. Eine schauspielerische oder tänzerische Vorbildung ist nicht erforderlich; selbstverständlich muß die Zahl der Bewerber auch für den Fall, daß sie wider Erwarten diesmal kleiner sein sollte, begabungsmäßig gesichtet werden. Obwohl bei der Intendanz schon eine Anzahl Bewerbungen für die erledigten Stellen vorliegen, so soll doch nicht verfehlt werden, hiermit auch denen Gelegenheit zur Bewerbung zu geben, die vielleicht mit der Einrichtung des Bewegungschors noch wenig vertraut sind. Schriftliche Meldungen bis 1. Oktober an die Intendanz des Stadttheaters, Breslau, Agnes-Sorma-Straße.

Achtung, Dresdenfahrer!

Da die Ankunftszeit in Dresden bereits gemeldet werden mußte, ersuchen wir sämtliche Fahrtteilnehmer folgendes zu beachten: Abfahrt Sonnabend, den 24. September. Stellplätze in Breslau: 1. Ring, Tankstelle, Abfahrt 3,30 Uhr früh; 2. Striegauer Platz, Abfahrt 3,40 Uhr früh; 3. Letzter Heller, Abfahrt 3,50 Uhr früh; in Deutsch-Lissa: Deutsches Haus, Abfahrt 4 Uhr. — Die genannten Zeiten sind Abfahrtszeiten. Wir bitten um Pünktlichkeit. Den Anweisungen der Fahrtleiter ist unbedingt Folge zu leisten. Beim Besteigen des Wagens ist die Fahrtteilnehmerkarte dem Leiter vorzuzeigen. Ohne Karte keine Fahrtberechtigung.

Ringkämpfe im Zirkus Busch

Entscheidung auf Entscheidung bringt den internationalen Ringerwettstreit um die Mittelgewichts-Europameisterschaft im Breslauer Zirkus Busch schnell dem Finale näher. Nur noch ein paar Tage, und der Meister wird aus den noch unbesiegten Ringern Döring (Deutschland), Nagy (Ungarn) und Sasorski (Polen) festgestellt worden sein. Am Donnerstag erlitt der Russe Czirychin die zweite Niederlage durch den Ungarn Szandor Nagy. Aber erst nach 1:04 Stunden war der Ungar durch Ueberroller erfolgreich. Der Hamburger Schulz brachte dem Russen Sugakoff die zweite Niederlage durch Armzug aus dem Stand nach 39 Minuten bei. Der mit Spannung erwartete Kampf Döring (Bremen) gegen Sasorski (Polen) fiel nach 59 Minuten Gesamtringzeit der Polizeistunde zum Opfer. Vorher mußte sich der Münchener Reiber dem Können des Deutschen Meisters Ahrens nach 55 Minuten durch doppelten Armzug aus dem Doppelnelson heraus beugen.

Die letzten Tage dürften sensationelle Kämpfe bringen. Heute Freitag ringen bis zur Entscheidung: Sasorski (Polen) gegen Czirychin (Rußland), Schulz (Hamburg) gegen Döring (Bremen), Reiber (München) gegen Szandor Nagy (Ungarn).

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 107–110
Telefon-Nummern 590 00 – 590 01
Geöffnet außer Sonnabend vor 9–1 und 4–7 Uhr

Distrikt 27. Dienstag 20 Uhr bei Zeuke, Ofener Straße 2, Frauenversammlung. Rednerin Genossin Prochownik: Unsere Fürsorge für unsere Gefangenen.

Distrikt 38. Heute Freitag, 19 Uhr, wichtige Funktionärsitzung im Jugendheim. Kein Funktionär darf fehlen!

Distrikte 44 und 54. Sonntag 15 Uhr im Lokal Zappe, Schweidnitzer Straße, Frauenversammlung. Rednerin Genossin Kunert, M. d. L.

Distrikt 52. Sonnabend Frauenabend, zu welchem alle Genossinnen und befreundeten Frauen eingeladen sind. Beginn 20 Uhr, bei Owiezto. Nach Heiteres.

Sozialistische Arbeiterjugend

Heute 20 Uhr Mitgliederversammlung im Jugendheim Friedrich-Wilhelm-Straße 45. Mitgliedsbücher zur Kontrolle vorlegen.

Heim 1 (Innere Stadt). Wir treffen uns heute 19,15 Uhr am Königsplatz.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

Malerjugend. Heute sind wir alle im Jugendheim des Gewerkschaftshauses und beginnen unseren Heimabend pünktlich um 20 Uhr. Wir zeigen Lichtbilder. Neue Vorlagen und ihre Anwendung.

Bekleidungsarbeiterjugend. Geselligkeit und Brettspiele werden im heutigen Heimabend, der um 20 Uhr im Jugendheim des Gewerkschaftshauses beginnt, durchgeführt.

Buchdruckerjugend. Sonnabend 19 Uhr im Galeriezimmer des Gewerkschaftshauses Singeabend und Sprechchorprobe. Alle, welche Lust haben, in einem Jugendchor mitzuwirken und an der Ausgestaltung unseres diesjährigen Stiftungsabends mitzuwirken, müssen an diesem Abend erscheinen. Wir besprechen auch unser Winterprogramm.

Sattlerjugend. Sonntag früh 7 Uhr treffen wir uns am Ring (Stauparkuhr) zu einer Fahrt ins Blaue.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau

Abteilung 3. Briegjahrer! Wir treffen uns morgen pünktlich 15 Uhr am Waterlooplatz. Falkenkleidung mit weißem Schillerkragen und dunkle Hose. Warme Unterkleidung! Mantel oder Windjacke nicht vergessen! Wer das Fahrgeld noch nicht abgeliefert hat, bringt es bestimmt morgen mit. Restkarten gegen Sonntag auf Fahrt. Treffpunkt 9 Uhr vormittags am Trebnitzer Platz. Rückkehr gegen 16 Uhr. Warme Unterkleidung und Falkenkleidung.

Abteilung 8 (Zimpel). Heute Freitag, 16 Uhr, alle Falken im Heim.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Unser Kamerad Julius Fritsch vom Banner 5 (Abteilung Ost) ist gestorben. Die Einäscherung erfolgt heute 17 Uhr von der Gierthschen Kapelle. Die Fahnen und die Kameraden des Ortsvereins stehen um 16,45 Uhr am Eingang zur Gierthschen Kapelle.

Abteilung West. Heute 20 Uhr in Hoffmanns Festsälen Abteilungsversammlung. Referent Kamerad Dr. Grabowski.

Abteilung Zimpel. Heute 20 Uhr bei Wittke Abteilungsversammlung. Referent Kamerad Macke.

Banner 6 (Rathenau). Heute 20 Uhr bei Haschke, Kronprinzenstraße, Abteilungs- und Gruppenführersitzung mit Abrechnung.

Banner 11 (Reuter). Heute übliche Zusammenkunft.

Banner Sandfeld. Morgen 20 Uhr „Blauer Hirsch": Mitgliederversammlung. Referent Kamerad Faulhaber. Mitglieder und Angehörige der Eisernen Front sind eingeladen.

Banner Kattern. Die heute angesetzte Mitgliederversammlung fällt wegen der morgen stattfindenden Abteilungsversammlung aus.

Jungbanner. Dienstag 20 Uhr sind alle Jungkameraden in der Turnhalle Fürstenschule.

Schülergruppe Süd. Sonntag ist alles zur Halbtagsfahrt früh 8 Uhr Oleytank Hohenzollernstraße, Ecke Reichstraße.

Reisezuschüsse für Arbeitsdienstwillige

Ein Rundschreiben des Reichskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst an die Bezirkskommissare befaßt sich mit den Reisekosten und Fahrpreisermäßigungen für Arbeitsdienstwillige. Bisher konnten derartige Reisebeihilfen nur für solche Arbeitsdienstwillige gewährt werden, die im Rahmen eines landwirtschaftlichen Siedlungsverfahrens eingesetzt wurden. Die neuerdings nach den Ausführungsbestimmungen für den freiwilligen Arbeitsdienst erlassenen Vergünstigungen kommen allen geförderten Arbeitsdienstwilligen zugute. Die Bewilligung der Reisekosten ist aber nur in den Fällen zulässig, wenn auswärtige Arbeitsdienstwillige auf Veranlassung des Bezirkskommissars einer Maßnahme zugewiesen werden, weil entweder ihre Entfernung aus der bisherigen Umgebung im Interesse der Ziele des freiwilligen Arbeitsdienstes liegt oder der Bedarf an geeigneten Arbeitskräften nicht am Dienstort oder in dessen Nähe gedeckt werden kann. Innerhalb dieses Personenkreises ist die Reisekostenbewilligung wiederum abhängig von der Anerkennung der Maßnahme durch den Bezirkskommissar und ihrem volkswirtschaftlich wertvollen Charakter, sowie davon, daß die Reisekosten anderweitig nicht aufgebracht werden können und die vorgesehene Maßnahme voraussichtlich länger als acht Wochen dauert. Die Reisekosten, die als verlorener Zuschuß gegeben werden, sind nur für die einmalige Hinfahrt vom Wohnort zum Dienstort unter Berücksichtigung der Fahrpreisermäßigungen zu gewähren. Bezüglich der Rückreise ist die Verpflichtung zur Rückbeförderung der Dienstwilligen dem Träger der Arbeit in der Anerkennung aufzuerlegen. Die Bewilligung des Reisezuschusses erfolgt auf Antrag des Trägers der Arbeit oder des Dienstes durch den Bezirkskommissar. Sie wird gewährt in der Form der Erstattung. Eine Vorauszahlung kommt also nicht in Frage.

Theater und Musik

Stadttheater

„Der Zarewitsch."

„Der Zarewitsch", musikalisch bestimmt eine der besten Leharschen Operetten, war im ehemaligen Schauspielhaus eine große Zugnummer, und es läßt sich nach der am Stadttheater herausgebrachten Neuinszenierung vermuten, daß das Werk auch im neuen Heim eine kassenfüllende Abendunterhaltung wird. In der rührenden Geschichte von dem russischen Thronerben, der die Frauen mied oder meiden wollte, gibt es natürlich genug Fadheiten; aber die Musik, so verzuckert sie ist, verzeiht manche Sünde der Textdichter. Das Stück gedeiht und lebt, wenn es so lebendig und quick herausgestellt wird, wie es durch Otto Dewald geschehen ist.

Ellen Pfitzner, über die wir nach der ersten Begegnung im „Opernball" reichlich enttäuscht waren, hat mit der Darstellung der Sonja unsere Sympathien gewonnen. Der Schleier ist gefallen: Der unansehlichen Puppe ist ein hübscher Schmetterling entschlüpft, über den wir unsere Freude nicht verheimlichen wollen. Recht muß Recht bleiben und eine Richtigstellung ist niemals ein Fehler. Fräulein Pfitzner entwickelte viel Anmut und zeigte, daß sie über gar nicht so üble Stimmittel verfügt. Schön ist besonders ihre Tiefe. Der Weg zu den höheren Lagen ist noch nicht frei, die Höhe selber muß mehr Ruhe gewinnen. Es ist nicht nötig, an der darstellerischen und stimmlichen Entwicklungsmöglichkeit unserer neuen Operettendiva zu zweifeln, vorausgesetzt, daß sie künstlerisch gut betreut wird, was wir wünschen und beobachten werden. Benno Arnold gefiel mir als Zarewitsch ausnehmend gut. Ein Richard Tauber und auch ein Serge Abramowitsch ist er freilich nicht, aber er hat doch zeitweise recht gute Momente. Eine so abgerundete gesangliche Darbietung wie das „Wolgalied" habe ich meines Erinnerns noch nie von ihm gehört. Wenn Herr Arnold, was im Verlauf des Abends immerhin zwei- oder dreimal passierte, mit Spitzentönen Parade machen wollte, verfiel er in alte Fehler, brüllte mit Bruststimme und zerstörte damit selbst seine günstigen Eindrücke. Zum Forcieren aller Sänger, die nicht, wie etwa Herr Rudow, von Natur aus gewaltige Stimmittel einzusetzen haben, verleitet meines Erachtens einzig und allein Herr Kapellmeister Wetzlar, der mir nicht Gewalt über seine Spieler zu haben scheint. Gewiß wird sauber und exakt gespielt, das ist aber bei einem solchen Klangkörper wie dem unseren kein besonderes Verdienst des Dirigenten. Wo hingegen bleibt das Ausgleichen zwischen Bühne und Orchester? Dieser Aufgabe muß sich Herr Wetzlar endlich mit eiserner Energie widmen. Er allein ist der Schuldige für das überanstrengte Singen unserer Künstler. An ihm liegt es endlich einmal in sich zu gehen, Solisten und Chor zu schonen und ausgewogene, fein abgestimmte musikalische Aufführungen herauszubringen. Wir werden nicht eher ruhen, diese Forderungen zu stellen, bis sie erfüllt sind.

Neben Fräulein Pfitzner und Herrn Arnold treten noch Karl Rudow, Leo Klaka, Hans Baron und Erwin Frim in guter Form auf. Otto Dewald brilliert nicht nur als Spielleiter, sondern auch als trotteliger Iwan, ihm zur Seite, in Munterkeit, Anny Kunze. In einer netten Episode erfreut J. Wilhelmi. Zu dem Erfolg der Neueinstudierung tragen die froh bewegten und von V. Krattina einstudierten Tänze Wesentliches bei, hingegen die fast gar nicht in Erscheinung tretende Patschenkosche Balalaika-Truppe völlig überflüssig.

Die zweite Aufführung, der beizuwohnen ich erst Gelegenheit hatte, wurde zwischendurch und am Ende der Akte mit herzlichem Beifall bedacht. p—l

Aquarell-Ausstellung L. V. Kowalski

Den Besuchern des Stadttheaters sei die Besichtigung der im Foyer gezeigten Ausstellung empfohlen. Die Eigenart des Künstlers kommt darin zu schöner Geltung. Es heben sich einige Gruppen besonders heraus, so einzelne starkfarbige Blumenstilleben, vor allem aber die „Sonnenrosen", für die Kowalski eine eigene schwere Stimmung, die den Ausdruck beherrscht, gefunden hat. Farbenprächtig und sehr lebendig, dabei von großem Zuge sind die Hühnerbilder. Ein „Pflügender Bauer" strebt in Monumentale, die Streifung der Ackerfurchen gibt dem Aquarell eine zwingende Bewegung. Endlich sind noch die Landschaften aus dem Süden zu nennen, Schrägsichten über das Meer, in denen die steil abfallende Küste wirkungsvoll spricht. Ein nachhaltiger Eindruck geht aus von einem Aquarell, sehr tiefer Färbung, in dem dunkles Grün der Strandvegetation und dunkles Blau ernst zusammenklingen. Die Formgebung der Aquarelle im Verein mit der flächigen Gesamtanordnung und der Farbe, die sehr konzentriert genannt werden muß, verleiht den Aquarellen von Kowalski eine auf starkem Gefühl beruhende sichere Haltung. — n —

Proleton

Tonfilmbühne

Gabitzstr. 20, Höfchenstr. 49 Beginn 4,30 Uhr, letzte Vorst. 8,30

Ab Freitag, den 23., bis Donnerstag, den 29. September

Willy Fritsch, Käthe v. Nagy in der reizenden Operette

RONNY

Musik: Emmerich Kálmán — Kapelle: Marek Weber

Und Lachsalven über Buster Keaton in:

Buster rutscht ins Filmland

Neueste Tonwochenschau!

Thermitschlacht im Stillen Ozean

Sonntag: Kinder-Vorstellung. 1½3 Uhr

Buster rutscht ins Filmland

Arbeiter-Sport-Karten

Bücherfreunde!

Die Arbeiter-Zentral-Bibliothek, Margaretenstraße 17, besitzt hervorragende Werke aus dem Gebiet der Memoiren-Literatur, von denen wir eine Auswahl unseren Lesern in Erinnerung bringen.

3,151 **Adler**, Viktor, Aufsätze, Reden und Briefe.
3,148 **Amundsen**, Roald, Mein Leben als Entdecker.
3,133 **Balabanoff**, Aug., Erinnerungen und Erlebnisse.
3,188 **de Balzac**, Honore, Hippolyte Taine.
3,36 **Bamberger**, Ludw., Bismarcks großes Spiel.
3,164 **Baudelaire**, Ch., Raketen.
3,86,1 **Bernstein**, Ed., Sozialdemokratische Lehrjahre.
3,86,2 **Bernstein**, Ed., Entwicklungsgang eines Sozialisten.
3,134 **Blos**, Anna, Frauen der deutschen Revolution 1848.
3,165,+/1 **Bonen**, H. v., Denkwürdigkeiten und Erinnerungen. 1771 bis 1813. 2 Bände.
3,174 **Brandes**, Georg, Cajus Julius Caesar.
3,25,5 **Brandes**, Georg, Goethe.
3,193 **Brentano**, Bettina, Frau Aja, Goethes Mutter.
3,172 **Broido**, Eva, Wetterleuchten der Revolution.
3,132 **Carnegie**, Andrew, James Watt. Erfinder der Dampfmaschine.
3,171+/1 **Casanova**, Giacomo, Erinnerungen. 2 Bände.
3,171,2—1 **Casanova**, Abenteuer und Erlebnisse in Frankreich und Italien.
3,140 **Credé**, Carl, Vom Corpsstudenten zum Sozialisten.
3,194 **Conrad**, Josef, Lebenserinnerungen.
3,200 **Corwin**, D., v., Ein Leben voller Abenteuer.
3,157 **Conzetti**, Verena, Erstrebtes und Erlebtes.
3,192 **Douglas**, Lord, Alfred, Freundschaft mit Oskar Wilde.
3,118,1 **Ebert**, Friedrich, Kämpfe und Ziele.
3,25 6+7 **Eckermann**, P., Gespräche mit Goethe. 1823—1832. 2 Bände.
3,153 **Engel**, Eduard, Menschen und Dinge.
3,159 **Fechenbach**, F., Der Revolutionär Kurt Eisner.
3,173 **Fechter**, Paul, Frank Wedekind.
3,129 **Figner**, Wera, Nacht über Rußland, Lebenserinnerungen.
3,129,1 **Figner**, Wera, Nach Schlüsselburg.
3,191 **Forster**, Georg, Das Abenteuer seines Lebens.
3,113 **Frank**, Ludwig, L. Frank, ein Vorbild der deutschen Arbeiterjugend.
3,131 **Freytag**, G., Erinnerungen aus meinem Leben.
3,177 **de Goncourt**, E. u. J., Marie Antoinette.
3,177,1 **de Goncourt**, E. u. J., Die Du Barry.
3,135 **Grube**, A. W., Biographische Miniaturbilder.
3,176 **Grusdew**, Ilja, Das Leben Maxim Gorkis.
3,197 **Guilbert**, Yvette, Lied meines Lebens.
3,175 **Gorki**, Maxim, Erinnerungen an Zeitgenossen.
3,138 **Hamilton**, Marg., J. R. Macdonald, sein Werk und sein Charakter.
3,158,2 **Harris**, Frank, Jahre der Reife.
3,158 **Harris**, Frank, Oskar Wilde. Eine Lebensbeichte.
3,161 +/1 **Hebbel**, Fr., Tagebücher. 2 Bände.
3,137,1 **Hoek**, M., Vom weißen Kreuz zur roten Fahne.
3,137 **Heelz**, Max, Briefe aus dem Zuchthaus.
3,167 **Hoffmann**, C., Briefe der Liebe.
3,150 **Humboldt**, W., v., Briefe an seine Freundin.
3,184 **Kautsky**, Luise, Rosa Luxemburg.
3,04,1 **Kersten**, K., Michael Bakunins Beichte.
3,117 +/1 **Landauer**, G., Briefe aus der französischen Revolution. Band 1 und 2.
3,117,2+3 **Landauer**. G., Sein Lebensgang in Briefen. Bd. 1 u. 2.
3,181 **Landquist**, J., Knut Hamsun.
3,198 **Langspeer**, Häuptling Büffelkind, Langspeer.
3,144 **Leipart**, Th., Carl Legien. Ein Gedenkbuch.
3,130 **Lindbergh**, C. A., Wir zwei. Im Flugzeug über dem Atlantik.
3,139 **London**, Charm., Jack London, sein Leben und Werk.
3,120,2 **Ludwig**, Emil, Bismarck.
3,120,6 **Ludwig**, Emil, Michelangelo.
3,195 **Maurios**, André, Benjamin Disraeli.
3,199,1 **Meier-Graefe**, Julius, Dostojewski (Der Dichter).
3,72,1 **Menzel**, Hans, Karl Severing, Lebensbeschreibung.
3,199 **Nötzel**, K., Das Leben Dostojewskis.
3,145+/1 **Ognjew**, N., Das Tagebuch des Schülers Kostja Rjaleew. Band 1 und 2.
3,168,2 **Planer-Reißmann**, Johann Gottfr. Seumee.
3,186+/1 **Pleß**, Fürstin v., Tanz auf dem Vulkan. 2 Bände.
3,152 **Pollak**, M., Irrfahrten.
3,183,1 **Reinhardt**, E., Napoleon III. und Eugenie.
3,183 **Reinhardt**, E. A., Das Leben der Eleonore Duse.
3,136 **Reventlow**, Franziska, Gesammelte Werke.
3,136,1 **Reventlow**, Else, Briefe der Gräfin Franziska Reventlow.
3,203 **Rene**, Fülöp-Miller, Der heilige Teufel. (Rasputin.)
3,25,8 **Riemer**, Friedr. W., Mitteilungen über Goethe.
3,201 **Robespierre**, Erinnerungen von ihm selbst.
3,90,1 **Rolland**, Rom., Michelangelo.
3,142 **Sawinkow**, B., Erinnerungen eines Terroristen.
3,178 **Schikowski**, John, Stürmer gegen das Philistertum.
3,39,4 **Schirokauer**, Arno, Lassalle. Lebensbeschreibung.
3,149 **Sheridan**, Claere, Ich, meine Kinder und die Großmächte der Welt.
3,72 **Severina**, Karl, Im Wetter und Watterwinkel. 1919—20.
3,24,4 **Soret**, Fr., 10 Jahre bei Goethe.
3,202 **Steffen**, Hans, Otto Braun. Lebensbeschreibung.
3,180 **Storm**, G., Theodor Storm.
3,189 **Strauß**, David, Voltaire.
3,170 **Textilarbeiter-Verband**, Mein Arbeitstag — mein Wochenende.
3,163 **Thoma**, A., Johannes Gutenberg.
3,147 **Trotzki**, Leo, Mein Leben.
3,166 **Turi**, J., Das Buch des Lappen J. Turi.
3,190 **Uhle**, P., Schiller im Urteil Goethes.
3,185,2 **Varnhagen**, Ense v., Rahel v. Varnhagens Freundeskreis.
3,185+/1 **Varnhagen**, Ense v., Denkwürdigkeiten des eigenen Lebens. 2 Bände.
3,03,1 **Vehse**, Ed., Maria Theresia und ihr Hof.
3,54,3 **Weidenmann**, Dr. Jak., Heinr. Pestalozzis soziale Botschaft.
3,182 **Weininger**, Otto, Taschentuch und Briefe an einen Freund.
3,162 **Wendel**, H., Kämpfer und Künder.
3,29 **Wilbgans**, Anton, Musik der Kindheit.
3,179 **Woytinsky**, Wlad., Der erste Sturm.
3,146 **Zola**, Denise, Mein Kampf um Wahrheit und Recht.
3,151 **Zweig**, Stefan, Josef Fouché.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Wochenprogramm vom 23. bis 28. September

Auch in der zweiten Woche nach der Eröffnung bringt das Tonkino ein ausgezeichnetes Doppel-Programm. Als Hauptfilm: „Ehe Mit Beschränkter Haftung". Aus einer witzigen Zeitungsanekdote ist ein entzückendes Lustspiel geworden. Diese Affäre der Anwaltsfirma, die Ehen auf Erden koppelt, und nach Bedarf wieder scheiden läßt, wird immer im Publikum Anklang finden.

Als zweiter Schlager: „Der brave Soldat Schwejk an der Front". Ein Film, über den man im voraus weiß, daß er die Lachmuskeln in Bewegung setzt. Der Name „Schwejk", eine Blüte des österreichischen Militärs, bürgt dafür.

Auf der Bühne: „Canovas lebende Tierbilder". Erstklassige Dressurleistungen, denen der Besucher bestimmt Beifall zollen wird.

Kinovorstellungen an allen Tagen außer Montag ab 5,30 (17,30) Uhr, letzte Vorstellung 8,30 (20,30) Uhr. Billigste Eintrittspreise. Erwerbslose zu allen Vorstellungen 30 Pf., 3. Platz 60 Pf., 2. Platz 80 Pf. und 1. Platz 1 Mark; Besucherkreis 50 Pfennige.

Nach Schluß der Vorstellung ins Gewerkschaftshaus-Restaurant. Jeden Sonntag Freikonzert und im kleinen Saale Tanz.

Proleton-Wochenspielplan

Emmerich Kalmans Operette: „Nanny" und Lachsalven über „Buster rutscht ins Filmland"

Lustigkeit und Fröhlichkeit löst das Programm ab Freitag im Proleton wieder aus. „Nanny" eine reizende Filmoperette, die Musik ist von Emmerich Kalman, wird mit einschmeichelnden Schlagern großen Publikumsanklang finden. Marek Weber spielt mit seiner Kapelle auf, Käthe v. Nagy und Willy Fritsch haben die Hauptrollen unter Leitung von Reinhold Schünzel besetzt. Der Inhalt, die Geschichte von einem Fürstentum „Permia" ist ein satirisches Lustspiel auf Zeiterscheinungen. — Sonntag findet um 2.30 Uhr wieder die beliebte Kindervorstellung mit „Buster rutscht ins Filmland" statt. Alles nähere ist aus den Inseraten zu ersehen.

Silberhochzeit

Genosse Karl Kliche, Vinzenzstraße 15, beschäftigt in der Kipke-Brauerei, feiert heute mit seiner Frau Elisabeth geb. Pusch seine Silberhochzeit. Seit seiner Verheiratung ist der Kollege Parteigenosse, Gewerkschaftler und Volkswachtleser. Wir gratulieren!

Ausstellung „Gesunde Frau — Gesundes Volk"

Am Freitag, dem 23. September, finden im Rahmen der Ausstellung wieder turnerische Vorführungen statt, und zwar werden diesmal Ausschnitte aus dem Breslauer Schulturnen gezeigt. Die Sanderschule unter Leitung von Fräulein Kirstein führt Medizinball-Uebungen, Fräulein Fleger orthopädisches Sonderturnen vor. Diese Vorführungen dürften eine gute Vorbereitung sein, für den um 18,30 Uhr beginnenden Vortrag des Dr. Hans Legal, des bekannten Facharztes für orthopädische Chirurgie, der über „Verkrümmung der Gliedmaßen und Wirbelsäule, ihre Entstehung, Verhütung und Behandlung" mit Lichtbildern sprechen wird.

Humboldt-Verein für Volksbildung

Wie seit Jahren erhalten unsere Mitglieder auch in diesem Jahre wieder für die volkstümlichen Sinfonie-Konzerte der Schles. Philharmonie Eintrittskarten zu bedeutend ermäßigten Preisen. Das erste Konzert ist Montag, den 26. September. Die nächsten Konzerte sind Montag, den 31. Oktober, 21. November, 5. Dezember und 16. Januar. Eintrittskarten zu einem oder mehreren Konzerten nur in der Geschäftsstelle Sadowastraße 60. Daselbst Aufnahme neuer Mitglieder.

Sonntagskarten nach Berlin und Oberschlesien

Das Reisebüro der Hamburg-Amerika-Linie, Gartenstraße 60, teilt uns mit, daß mit sofortiger Wirkung auch Sonntagsfahrkarten nach Berlin, Beuthen, Hindenburg, Ratibor und Kreuzburg verkauft werden. Da die Reichsbahn die Ausgabe nur versuchsweise gestattet hat, wird hoffentlich von dieser Vergünstigung eifrig Gebrauch gemacht, damit der Verkauf nicht wieder eingestellt wird. Verkauf bei genanntem Reisebüro.

Die 25. offene Singstunde der Volkshochschule

(Leitung: Studienassessor W. Erzgraeber) findet nach langer Sommerpause am Sonnabend, den 24. September, 20 Uhr, im Magdalenengymnasium, Parkstraße, statt. Alle Freunde des Volksliedes und des frohen gemeinschaftlichen Singens werden herzlich eingeladen, singenderweise Begegnung zu feiern mit der Welt der Goethe-Lieder und mit den Tonsetzern, die dem Dichter nahestanden. Allen, die noch nicht eine „offene Singstunde" besucht haben, sei gesagt, daß nicht Notenkenntnis oder besondere Musikalität, sondern nur Freude am gemeinsamen Singen vorausgesetzt wird. Der Eintritt kostet 10 Pf. (zur Deckung der Unkosten). Die Singstundenblätter werden kostenlos verteilt. — Die „offenen Singstunden" werden künftig in Abständen von drei Wochen stattfinden.

Konzerte · Theater · Vergnügungen

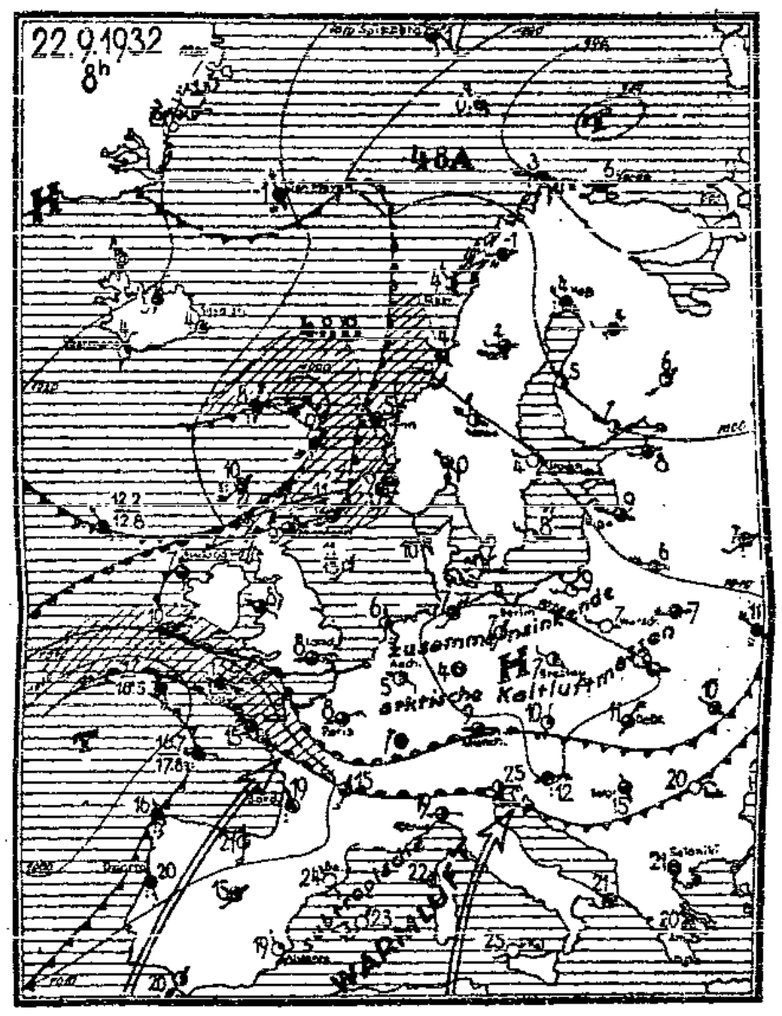
Schlesische Philharmonie. Das erste Volks-Symphoniekonzert der Schlesischen Philharmonie findet bereits am kommenden Montag statt (Anfang 20 Uhr, großer Konzerthaussaal). Das Programm sieht für diesen Abend die Aufführung folgender Werke vor: Brahms: Symphonie Nr. 3 in F-dur, Tschaikowsky: Klavierkonzert in b-moll op. 23, Wunsch: Kleine Lustspiel-Suite (zum ersten Male). Leitung: Hermann Behr. Solist: Hermann Hoppe. Ueber diesen jungen Pianisten schreibt die Allgemeine Musikzeitung: „Erneut erbrachte der hochbegabte und technisch bestens verfügte junge Künstler Beweise seiner reich entwickelten Kunst. Er ist gerade der Typ des gesunden, freidichtenden deutschen Musikers." — Die gegenüber dem Vorjahr stark gesenkten Eintrittspreise betragen 2 RM., 1,60 RM., 1,25 RM. und (für Stehplatz) 70 Pf. Kartenverkauf täglich in der Geschäftsstelle der Philharmonie (Stadttheater) sowie an der Abendkasse.

Breslauer Volksbühne. Für die Gerhart-Hauptmann-Ausstellung im Kunstgewerbemuseum, Graupenstraße, erhalten unsere Mitglieder — gegen Vorzeigen der Mitgliedskarten — ermäßigte Eintrittskarten zum Preise von 20 Pf. statt 30 Pf. Die Ausstellung ist geöffnet wochentags von 9 bis 14 Uhr und Sonntags von 11 bis 14 Uhr. — Für die Volks-Sinfoniekonzerte stehen allen unseren Mitgliedern (auch denjenigen, die nicht in der Konzertgemeinde abonniert sind) zu den einzelnen Konzerten ermäßigte Eintrittskarten zum Preise von 1,35, 1,10 und 0,80 RM. in unserer Geschäftsstelle, Schweidnitzer Straße 3a, zur Verfügung.

Stadttheater. Heute Freitag, 20 Uhr, wird „Der fliegende Holländer" in der Neuinszenierung von Werner Jacob unter musikalischer Leitung von Generalmusikdirektor Franz von Hoesslin zum ersten Male gegeben. Die Bühnenbilder sind von Prof. Hans Wildermann entworfen. Richard Groß singt die Titelpartie, die übrigen Hauptpartien sind besetzt mit den Damen Bähke, Doerrer und den Herren Henseleit, Hiller und Singer. Morgen Sonnabend, 20 Uhr: „Der Opernball". Sonntag 15 Uhr (bei den für Nachmittags-Vorstellungen vorgesehenen ermäßigten Preisen): „Die verkaufte Braut". 19,30 Uhr: „Der Zarewitsch".

Lobetheater. Heute Freitag, 20,15 Uhr, letzte Aufführung von Hermann Heinz Orthers Schauspiel „Schuster Anton Hitt" in der Inszenierung von Paul Barnay und der Premierenbesetzung. Sonnabend 20,15 Uhr wird Franz Molnars Anekdote „Spiel im Schloß" in neuer Einstudierung (Harry Walton) in den Spielplan aufgenommen.

Gerhart-Hauptmann-Theater. Täglich 20.15 Uhr Gerhart Hauptmanns Märchendrama „Die versunkene Glocke" mit der Musik von H. Tonnebergen in der Inszenierung von Martin Wagner und der Premierenbesetzung.



Amtlicher Wetterdienst des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten)

Bei ungehinderter Ausstrahlung kam es auch in der vergangenen Nacht zu starkem Temperaturrückgang und im Flachlande trat vielfach Bodenfrost auf. Die von Südwesten anrückende subtropische Warmluft bringt den Sudetenländern zunächst Föhnwitterung. Noch im Laufe des Tages wird sich zunehmende Bewölkung einstellen; jedoch dürften Niederschläge erst späterhin folgen. Die Temperaturen steigen allgemein an.

Aussichten für das schlesische Flachland und Mittelgebirge:

Stark auffrischender Süd, zunehmende Bewölkung, Erwärmung, späterhin Niederschläge.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:

Stürmischer Süd, zunächst Föhnwitterung, späterhin zunehmende Bewölkung, Erwärmung.

Sonnenaufgang: 5,47 Uhr — Sonnenuntergang: 17,57 Uhr.

Am 18. September verschied unser langjähriges Parteimitglied, der Krankenkassen-Angestellte i. R.

Julius Fritsch

im 59. Lebensjahre. 2795

Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Ortsverein Groß-Breslau

Einäscherung Freitag, 23. September, 17 Uhr, von der Gierth'schen Kapelle in Gräbschen. Trauerhaus: Lohestraße 54. **Distrikt 32.**

Genossen! Es bleibt dabei!

Nur das **Fahrradhaus Sieg, Neumarkt 10,** das Haus aller Werktätigen, bietet Spitzenleistungen! Herrenräder, kompl., ab 35.00. Damenräder, kompl., ab 39.00. Rahmen, kompl., ab 13.50. Decken, nicht 2a-Waren, Fabrikat Conti, Dunlop, Odenwald usw. 0.80, 1.20, 1.50, 1.95, 2.50. Schläuche ab 0.65. Gabelschlüssel, Naturgummi, 3.50. Pedale 0.65. Sattel ab 0.50. Sättel ab 2.40. Felgen ab 0.60. Weitere Teile billigst. Genossen 5% Sonderrabatt! 2794

Buchhandlung Volkswacht

Modernes Antiquariat

Breslau 2 * Flurstraße 4/6

Billiges Fleischangebot fürs Ohlauer Tor

Suppenfleisch	55–65 Pf.
Schmorfleisch, ohne	80, 70 Pf.
Schweinebauch mit Beilage	55 Pf.
Schulter mit Beilage	68 Pf.
Schubbraten mit Beilage	70 Pf.
Gehacktes (gemengt)	60 Pf.
Rindsgulasch	60 Pf.
Kalbfleisch	60–75 Pf.

Stets frische Wurstwaren entsprechend billig nur bei

Wilhelm Land

Fleischerei und Wurstfabrik — Lösenstraße 19

Die **„Frauenwelt"** den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen!

Frauenwelt

eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf. Zu bestellen bei allen Zeitungsträgern

Im Fernen Osten brennt es! Die mongolische Welt formt sich um — eine neue Welt entsteht ... Und Du? Du ahnst nicht einmal, daß es dort auch um Deine eigene Haut geht! Orientiere Dich sofort! Lies das interessant, lebendig, spannend geschriebene Werk

Drittel der Menschheit

Ein Ostasienbuch von Otto Mänchen-Helfen

Es erschien eben im Verlag Der Bücherkreis GmbH, Berlin, und kostet in Leinen gebunden (195 Seiten) 4,30 RM (f. Mitglieder Sonderpreis)

Zu beziehen durch die

Volkswachtbuchhandlung

Breslau 2, Flurstraße 4

Frau: Behaupt nur Blücherplatz 20, I. Cafe Ring, früher Karlstr. 1.

Leihweise

Smoking u. Schreckanzüge Klapphüte • Tel. 57082

Echte Schweizer-Wolle

Lage 50 g 23 Pf., Pfd. 2.10 Mk. Friedländer, Sonnenstr. 30.

Fahrräder

Räder mit Freilauf	35.00
Mantel, schwarz	3.35
Mantel, rot	1.15
Schlauch	0.45
Rahmen-Pumpe	0.35
Leuchter, engl.	1.10
Gepäckträg. u. Klapp	1.80
Herr.-Sattel	3.85
Damen-Sattel	2.75
Herren-Sattel	2.90
Freilauf u. Rücktritt	4.85
10 Speichen m. Nip	0.15
Vorderradbre.	0.35
Kettenkämpfer, Handing	2.50

Reinmann, jetzt Radowaste. 9

Eine „kleine Anfrage"

dahinter sich ein großer Krach verbirgt

Die Auseinandersetzungen innerhalb der „nationalen Konzentration" nimmt von Tag zu Tag nun beinahe schon groteske Formen an. Während sich z. B. die „Schlesische Zeitung" noch immer ängstlich bemüht, nur nicht den Anschluß ans Dritte Reich zu verpassen, bekommt sie täglich von den Redakteuren der Nazizeitung einen Fußtritt nach dem andern und wird jetzt gleich den marxistischen Blättern bedient. Die Harzburger sind nicht nur auseinandergelaufen, sondern besitzen auch die anderen Eigenschaften der gleichbenannten Eßware. Stahlhelm gegen Nazis, Nazis gegen Deutschnationale und ihren Herrenklub und umgekehrt, täglich lesen wir darüber. Nachdem man dem Stahlhelmführer Duesterberg nachgewiesen hat, daß er ja eigentlich auch ein Jude sei, der also nicht viel anders als die marxistischen Juden auch zu behandeln ist, will man nun durch eine „Kleine Anfrage" im Preußischen Landtag dem deutschnationalen Balten und früheren zaristischen Staatsbeamten Freiherrn von Freytagh-Loringhoven attestieren lassen, daß er ein lästiger Ausländer sei. Der Naziabgeordnete Hinkler hat diese Anfrage eingebracht. Sie lautet:

„In Nummer 74 der in Strehlen erscheinenden Zeitung „Der Volksbote" befindet sich auf Seite 2 die Nachricht, daß der Preußische Universitätsprofessor Dr. Freiherr von Freytagh-Loringhoven in Breslau während des Krieges als zaristischer Offizier gegen Deutschland gekämpft hat. Angesichts der Not des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland und in Preußen erscheint die Tätigkeit eines ehemaligen Offiziers einer uns damals feindlichen Großmacht als Lehrer und Erzieher der deutschen Universitätsjugend einigermaßen befremdend. Mag auch der spätere Uebertritt des Dr. Freiherr von Freytagh-Loringhoven auf die deutsche Seite aus patriotischen Erwägungen erfolgt sein, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß Deutsche wahrscheinlich im Kampf gegen den heutigen preußischen Universitätsprofessor Dr. Freiherr von Freytagh-Loringhoven gefallen sind.

Ich frage das Staatsministerium:

1. Durch wen ist die Berufung des Universitätsprofessors Dr. Freiherr von Freytagh-Loringhoven an eine preußische Universität erfolgt?
2. Ist die Nachricht der Zeitung „Der Volksbote" zutreffend, wonach der Freiherr von Freytagh-Loringhoven als russischer Offizier gegen Deutschland gekämpft hat?
3. Um welchen Prozeß handelt es sich, durch den nach der Meldung des „Volksboten" die Tätigkeit des Freiherrn von Freytagh-Loringhoven für eine ehemals uns feindliche Macht festgestellt worden ist?
4. Wie hoch sind die Bezüge, die der ehemalige zaristische Offizier Dr. Freiherr von Freytagh-Loringhoven aus den preußischen Staatskassen jährlich empfängt?

Die schlesischen Deutschnationalen haben wirklich Pech mit ihrem Abgeordneten. Zuerst fingen vor Jahren die bösen Sozialdemokraten zu stänkern an und interessierten sich mehr als dem Breslauer Professor und seiner deutschnationalen Partei lieb waren für die Genesis dieses gerade noch von dem letzten preußischen Kultusminister zum Staatsbeamten ernannten Freiherrn. Vor wenigen Wochen mußte man sich mit dem Zentrum wieder wegen dieses Mannes herumbalgen, und nun, nun kommen sogar die bisher von dieser Seite so gehätschelten Lieblingskinder und wollen gar nicht glauben, daß Axel Freytagh-Loringhoven ein hundertprozentiger deutscher Musterprofessor ist.

Das hat man nun davon, Herr Professor, daß man in der Harzburger Front im falschen Gliede gestanden hat. Vielleicht, daß es ihnen mit hakenkreuzgezierter Brust ein Weilchen noch besser gegangen wäre? Aber wer weiß, das Strehlener Blättchen des sehr wandelbaren Mewius soll ja auch bereits in der „Schwarzen Front" der Nazi-Opposition neue Morgenluft wittern. Herr Loringhoven, Sie werden sich noch mit einer gewissen Wehmut jener Zeit erinnern, wo sie sich in einer Breslauer sozialdemokratischen Versammlung in ritterlicher Weise mit Gegnern ihrer Weltanschauung auseinandersetzen konnten. Das war damals, als es noch keine „nationale Konzentration" gab.

Der Schlesische Städtetag

und die Arbeitsgemeinschaft Oberschlesien

Der Vorstand des Schlesischen Städtetages teilt mit: Die außerordentliche Rührigkeit, welche die „Arbeitsgemeinschaft Oberschlesien" für die Ausbreitung ihrer Idee über Gesamt-Schlesien entfaltet, namentlich die Tatsache, daß nach dem Gedanken des Herrn Ing. Schmidt Kommunen und Kommunalverbände sich als Träger für die Durchführung der Idee der Arbeitsbeschaffung auf bargeldlosem Wege zur Verfügung stellen sollen, hat den Vorstand des Schlesischen Städtetages veranlaßt, die Gesamtfrage auf einer Schlesischen Bürgermeister-Konferenz, die am 15. Oktober d. J. in Breslau stattfindet, behandeln zu lassen, zu der neben den beiden Landeshauptleuten auch die Vorstände der drei Landkreisverbände wie der beiden Landgemeindeverbände, ferner die Vertreter der Staatsbehörden und der maßgebenden Wirtschaftsverbände um ihr Erscheinen gebeten worden sind. — Es wird dabei Gelegenheit gegeben, auf breiter interkommunaler Grundlage das interessante Problem der Beschaffung von Arbeit auf bargeldlosem Wege zu überprüfen und dazu sachlich Stellung zu nehmen. Das Referat hat Ingenieur Schmidt, Oppeln, das Korreferat Oberbürgermeister Dr. Berger, Oppeln übernommen. — Die Bürgermeisterkonferenz wird in diesem Punkte öffentlich sein, so daß auch der Presse zur Berichterstattung Gelegenheit geboten wird.

Der Ausbau der Oder

Die Arbeitspläne der Reichswasserstraßenverwaltung

WTB. meldet: Ueber die Arbeitspläne der Reichswasserstraßenverwaltung sind in den letzten Tagen in der Presse Mitteilungen erschienen, die in wesentlichen Punkten den Tatsachen nicht entsprechen. Was die Arbeitspläne der Reichswasserstraßenverwaltung anbetrifft, so sind an der Oder zwei Talsperren im Bau. Die eine, bei Ottmachau, wird im nächsten Jahre in Betrieb genommen werden. Die zweite Talsperre wird bei Serno gebaut, und zwar in drei Teilen. Für diesen Bau kommen nur laufende Haushaltsmittel in Frage, und zwar kann der Bau nur langsam weitergeführt werden, da die Becken nur dadurch entstehen, daß der oberschlesische Bergbau an dieser Stelle den Sand zum Grubenversatz entnimmt. Das erste Teilbecken wird nicht vor 1936, das zweite nicht vor 1944, das dritte nicht vor 1954 fertig werden. Das dritte große Staubecken für die Oder ist bei Turawa an der Malapane geplant. Ueber den Baubeginn schweben noch die Verhandlungen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm im Bereich der Oder-Strombauverwaltung

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm für 1932 enthält für die Oderstrombauverwaltung Breslau die Erhöhung eines Hochwasserschutzdammes in Koppen; die Gesamtkosten hierfür im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms sind mit 30 000 Mark eingesetzt; ferner die Fertigstellung der zweiten Schleuse in Ransern mit 2 300 000 Mark. Maßnahmen zum Zwecke des weiteren Ausbaus der Oder zwischen Breslau und Frankfurt, und zwar Regulierungsbauwerke im Strom mit 1 580 000 Mark, Abflachung der Stromkrümmung bei Dyhernfurth mit 145 000 Mark, Abgrabungen an der Katzbachmündung mit 85 000 Mark und einen Durchstich bei Klautsch (Kreis Glogau) mit 460 000 Mark. Weiter sieht das Programm vor, die Klodnitz-Verlegung (Staubecken Sersno) mit 587 000 Mark, während die Restkosten hierfür bis zur endgültigen Fertigstellung 175 000 Mark betragen, des weiteren Verbesserung eingesetzt sind, Vorflutverbesserung in der Warthe (Bez. Küstrin und Landsberg) mit 49 000 Mk., Verbesserung der Hochwasserführung an der Mündung der Netze in die Warthe bei Zantoch mit 73 000 Mark, schließlich noch Maßnahmen zur Erhaltung des Mittelwasserstandes im Bezirk Brieg, deren Kosten mit 90 000 Mark angesetzt sind.

Bergmannstod

Der Hauer Otto Ernst aus Schweinitz wurde im Grünberger Charlotten-Schacht durch herabstürzende Kohlenmassen tödlich verletzt. Seine Witwe verlor ihren ersten Mann gleichfalls durch ein Grubenunglück.

Zobten. Drei Schwerverletzte durch einen Achsenbruch. Bei Striegelmühle brach die Achse des Beiwagens eines Motorrades. Die drei mitfahrenden Personen, ein Herr und zwei Damen, wurden in hohem Bogen auf die Straße geschleudert und blieben mit schweren inneren und äußeren Verletzungen liegen.

Hirschberg. Schadenfeuer. In Bad Warmbrunn brannte die mit der gesamten Ernte gefüllte Scheune des Landwirts Seifert bis auf die Umfassungsmauern nieder. Auch einige landwirtschaftliche Maschinen fielen den Flammen zum Opfer. Die Ursache des Brandes ist noch ungeklärt.

Jauer. Das ganze Spalierobst gestohlen — die Kühe ausgemolken. Auf dem Nieder-Dominium Prausnitz wurde dem Inspektor das ganze Spalierobst gestohlen. Auf der Viehweide des Ober-Dominiums Prausnitz wurden mehrere Kühe von Dieben ausgemolken.

Sagan. Ein 2500jähriger Illyrierfriedhof. In Schönbrunn im Kreise Sagan wurden Grabungen auf dem früheisenzeitlichen Illyrierfriedhof, dessen Belegung von 800 bis 500 v. Chr. erfolgt sein muß, vorgenommen. Konservator Hoffmann vom Landesamt für vorgeschichtliche Denkmalspflege leitete diese, bei denen sechs neuentdeckte Gräber freigelegt wurden. Sie wiesen zum Teil eine reiche Ausstattung an verschiedenen Beigefäßen auf. Die Form der Haupturne ist vasenförmig und im Gegensatz zu den bisher an dieser Stelle gefundenen mit anderen Mustern geziert, die stark variieren. Zum erstenmal fanden sich hier Vasen mit Henkeln in Schnürösenform. Interessant ist weiter, daß die Lage der Haupturne in allen Gräbern nach Osten war. An der Grabungsstelle fand eine vorgeschichtliche Belehrungsstunde für die Schulen der Umgebung statt.

Striegau. Auto aus der Garage gestohlen. Aus der Garage des Hotels „Rautenkranz" wurde nachts ein Brennabor-Wagen gestohlen. Der Dieb stieß bei Rohnstock mit dem Auto des Dr. Risemann zusammen, dessen Wagen beschädigt wurde, entfernte sich aber sofort in rascher Fahrt.

Bolkenhain. Klage gegen den Staat wegen Auflösung des Kreises Bolkenhain. Der Kreisausschuß hat beim Staatsgerichtshof Klage auf Aufhebung der Notverordnung vom 1. August über die Auflösung des Kreises eingereicht und Erlaß einer Einstweiligen Verfügung beantragt, durch die die Auflösung bis zur Entscheidung ausgesetzt werden soll.

Genosse Bandmann in Klettendorf

Kritik am Kanther Prozeß

Es war ein glücklicher Gedanke, den Verteidiger im Kanther Prozeß vor der Klettendorfer Arbeiterschaft zu Wort kommen zu lassen. Hatte doch die hiesige Eiserne Front durch den feigen Naziüberfall in Kanth am 10. Juli 1932 die meisten und schwersten Opfer zu beklagen. Vier Schwerverwundete waren das Ergebnis dieser ruchlosen Tat, wovon einer, Kamerad Tille seinen schweren Verletzungen erlegen ist.

Daß diese Dinge die hiesige Arbeiterschaft außerordentlich erregt hatten, war nur zu begreiflich. Deshalb wünschte sie von berufener Seite Aufklärung über diesen Prozeß und der Verteidiger unserer Genossen, der Genosse Bandmann erklärte sich hierzu sofort bereit. Eine außerordentlich gut besuchte Versammlung begrüßte am Mittwoch beim Erscheinen den Genossen Bandmann mit stürmischem Beifall. Ihm und dem Genossen Schiwik wurde je ein Blumenstrauß überreicht.

Genosse Bandmann schilderte eingangs die Notverordnungsgesetzgebung bezüglich der Strafrechtspflege. Er zeigte, wie dadurch die Arbeiterschaft entrechtet werde. Die Sondergerichtsbarkeit ist mit außerordentlichen Gefahren für die Angeklagten verbunden, zumal es kein Rechtsmittel gibt, sondern nur noch den Rechtsbehelf, d. h., das Wiederaufnahmeverfahren. Deshalb muß sich jeder hüten, vor das Sondergericht zu kommen. Das Breslauer Sondergericht gibt sich in seiner jetzigen Zusammensetzung Mühe, die Wahrheit zu finden. Das kann man jedoch von der angeblich „objektivsten Behörde der Welt", der Staatsanwaltschaft, wie sich im Kanther Prozeß wieder gezeigt hat, nicht sagen. Während alle Zeugen und die Angeklagten von links von vornherein als unglaubwürdig hingestellt wurden, waren dem Staatsanwalt die Zeugen von rechts absolut glaubwürdig und die Naziangeklagten die reinsten Unschuldslämmer. Man hatte nämlich einige Nazis auch anklagen müssen, weil sie eben mit Waffen angetroffen wurden und geschossen hatten. Allerdings hatte Nazivater seinen Revolver bei seiner Schwiegermutter im Sofa gefunden, ein anderer im Hausflur usw. Aber alles Schwindeln half nichts, es wurde festgestellt, daß die Nazis bewaffnet waren, sich also auf den Ueberfall vorbereitet hatten. 123 Zeugen wurden in drei Tagen vernommen. Mit dem Ergebnis des Prozesses können wir zum Teil zufrieden sein. Die Hauptlandfriedensbrecher Blaschke-Beilau und Schiwik-Klettendorf, bei denen der Staatsanwalt mehrjährige Zuchthausstrafen beantragt hatte, wurden freigesprochen, Weiß erhielt eine allerdings hohe Gefängnisstrafe, obwohl ebenfalls Zuchthaus beantragt war, die anderen wurden zum Teil freigesprochen, erhielten zum Teil geringe Gefängnisstrafen, darunter das alte Mittel Kuhl aus Kanth, das der Rädelsführerschaft bezichtigt war. Auch die Nazis erhielten zum Teil Gefängnisstrafen. Die Lehre aus diesem Prozeß muß sein, alles daran zu setzen, daß solche Rechtspflege bald wieder verschwindet, der Notverordnungspolitik ein Ende bereitet wird. Hierzu bietet sich am 6. November Gelegenheit. Geben wir der Sozialdemokratie die Macht, die ihr zur Vertretung der Arbeiterinteressen zukommt, dann wird mit dieser Politik aufgeräumt.

Stürmischer Beifall dankte dem Genossen Bandmann für seine ruhigen und sachlichen Ausführungen. Einigen Kommunisten war es unangenehm, daß Genosse Schiwik durch den Genossen Mrosek seinen besonderen Dank an Genossen Bandmann übermitteln ließ.

Kattern. Ein schwerer Unfall ereignete sich um 13½ Uhr auf der Hauptstraße in Kattern. Beim Ueberholen eines Fuhrwerks, das, mit Kartoffeln beladen, nach Richtung Bahnhof Kattern wollte, kam dem Motorradfahrer Dr. Spaeth aus Kattern auf der rechten Seite der Motorradfahrer Kudras aus Sillmenau, Kr. Breslau, entgegen. Beide stießen zusammen. Sie wurden besinnungslos vom Platze getragen und ins Krankenhaus nach Breslau gebracht.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neuhaus), Zimmer 170—174
Telephon 59040, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag nur 9—12 u. 16—18 Uhr

Protsch-Weide. Freitag, 23. September, 20 Uhr, im Lokal Schneider, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Wilxen. Sonnabend, den 24. September spricht in einer Mitgliederversammlung Genosse Schiffer, 19 Uhr, im Lokal Rossa. Genossen seid vollzählig zur Stelle.

Arbeitsgemeinschaft Breslau-Land-Nordost: Zindel: Sonntag, den 25. September, 15 Uhr, bei Scheike Mitgliederversammlung. Als Redner erscheint Genosse Schiffer.

Klarenkranst. Sonntag, den 25. September, 18 Uhr, bei Michler: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Breslau-Land / Neumarkt

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsverein Neumarkt, Banner Löbe. Sonnabend, abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Goldener Löwe": Außerordentlich wichtige Mitgliederversammlung. Sämtliche Kameraden — Schufo, Stafo und Spielleute haben zu erscheinen.

Arbeiter-Sport

Handballserienspiele für den 2. Oktober

Männer-A-Klasse, Gruppe I

10,45: 5. Abteilung I — 1. Abteilung II; Brückenaue; 2.
10,45: Südost I — Silesia-Kickers I; Klettendorf; 6.
14,00: 9. Abteilung II — 6. Abteilung II; Ostpark; 44.
15,15: Ohlau I — Deutsch-Lissa I; Ohlau; 19.

Gruppe II

10,00: 1911 I — Freie Schwimmer II; Brückenaue; 5.
11,40: 2. Abteilung I — 7. Abteilung I; Ostpark; 17.
15,00: 1. Abteilung I — 8. Abteilung II; Eichenpark; 45.
15,15: 1925 I — 1897 I; Brückenaue; 9.

Gruppe III

10,00: 1925 II — Stabelwitz I; Brückenaue; 1.
15,00: Freie Schwimmer I — 5. Abteilung II; Stadion; 60.
15,15: 9. Abteilung I — 4. Abteilung I; Lohewiese; 54.
15,15: 6. Abteilung I — 8. Abteilung I; Ostpark; 19.

Männer-B-Klasse, Gruppe I

9,00: Südost II — Hundsfeld I; Klettendorf; 1897.
9,30: 5. Abteilung III — Strehlen I; Brückenaue; 2. Abteilung.
12,30: 6. Abteilung III — Stabelwitz IV; 2. Abteilung.
14,00: Ohlau II — Deutsch-Lissa II; Ohlau; 19.

Gruppe II

10,00: Silesia-Kickers III — 1897 II; Stadion; 4. Abteilung.
10,45: Marschwitz I — Nordost I; Marschwitz; Stabelwitz.
14,00: 2. Abteilung II — Stabelwitz II; Ostpark; Fr. Schwimmer.
14,00: 1925 IV — Strehlen II; Brückenaue; 5. Abteilung.

Gruppe III

9,30: Marschwitz II — 4. Abteilung II; Marschwitz; Deutsch-Lissa.
10,15: Fr. Schwimmer III — 1925 III; Stadion; 12. Abteilung.
10,40: 9. Abteilung III — 6. Abteilung IV; Ostpark; 1897.
15,00: 12. Abteilung I — Stabelwitz III; Stadion; Hundsfeld.

Jugendklasse

9,00: 12. Abteilung — 1. Abteilung; Stadion; 7. Abteilung.
9,00: Freie Schwimmer — 4. Abteilung; Stadion; 1. Abteilung.
10,30: 2. Abteilung — 5. Abteilung; Ostpark; 8. Abteilung.
14,00: Stabelwitz — Deutsch-Lissa; Stabelwitz; Marschwitz.

Sportlerinnen

9,40: 9. Abteilung — Silesia-Kickers; Ostpark; 2. Abt. Frauen.
15,00: 4. Abt. — 3. Abt. II; Eichenpark, Freie Schwimmer.
15,00: V.f.B. — 3. Abteilung I; Oltaschin; Südost.
15,00: F.S.V. — 2. Abteilung; Bebelpark; Silesia-Kickers.

Schüler-A-Klasse

8,50: 6. Abteilung I — 8. Abteilung; Ostpark; Verein.
10,00: 4. Abteilung — 5. Abteilung; Lohewiese; Verein.
10,10: 12. Abteilung — 1925 I; Stadion; Verein.

Schüler-B-Klasse

8,00: 6. Abteilung II — Deutsch-Lissa; Ostpark; Verein.
9,30: 9. Abteilung — Nordost; Brückenaue; Verein.
10,00: 7. Abteilung — 1925 II; Eichenpark; Verein.
15,15: Stabelwitz — 1925 III; Stabelwitz; Verein.

Sportlerjugend der Eisernen Front

Alle Briegfahrer treffen sich morgen Sonnabend, 20 Uhr, im Hofe des Gewerkschaftshauses. Nachmeldungen werden noch angenommen. Fahrgeld 70 Pf. mitbringen. Rückfahrt von Brieg Sonntag, 21 Uhr.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität"

Gau 8, Bezirk 1

Sonntag, 25. September, Bezirkszuverlässigkeitsfahrt: Dreimal rund um Oltaschin. Start 6 Uhr vormittags, Kilometer 7,0, Schalthaus Oltaschin. Kontrollen und Sicherheitsposten werden noch gebraucht und melden sich 5,40 Uhr beim Gen. Lorenz. Rennfahrer Mitgliedsbuch und Ausweis. Meldungen zum Fahrerinnen-Wettbewerb werden noch angenommen.

Eisenbahnanschlag vereitelt

Ein Lampenreiniger der Eisenbahnverwaltung fand heute auf der Strecke Gelsenkirchen—Wattenscheid—Kray-Nord bei Kilometer 44,2 zwei eiserne Feldbahnschwellen zwischen den Schienen und den Streckenbolzen des Gleises eingeklemmt auf. Auf die Ergreifung der unbekannten Täter hat die Reichsbahn eine Belohnung ausgesetzt.

Krauses Kronzeuge

Im Prozeß des Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß gegen die nationalsozialistischen Redakteure Lippert und Krause waren die Angeklagten hinsichtlich der Glaubwürdigkeit des Kronzeugen Bast am Mittwoch vom Pech verfolgt. Bast hatte am Montag ausgesagt, daß er in seinen Aussagen über seine angebliche Vermittlertätigkeit bei der Konzessionsaffäre „Café Minus" von der Polizei beeinflußt worden sei. Oberregierungsrat Hoppe führte nun aus, wie Bast in jeder Beziehung unglaubwürdig sei. Bast ist Inhaber von zwei Steigequartieren; augenblicklich schwebt gegen ihn ein Verfahren wegen Kuppelei. Einmal war er in der Landesheilanstalt Taupitz. Rechtsanwalt Arras: „Hat im Vorjahre gegen Sie, Herr Bast, ein Verfahren zur Ableistung des Offenbarungseides geschwebt und haben Sie in diesem Verfahren geäußert, daß Sie den Offenbarungseid nicht leisten könnten, weil Sie geisteskrank sind?" Bast: „Ja." Rechtsanwalt Arras: „Damals hatte Sie der Medizinalrat Dr. Lemer untersucht und als Gerichtssachverständiger erklärt, daß Sie völlig zurechnungsfähig seien? Stimmt das?" Zeuge: „Jawohl." Rechtsanwalt: „In dem Gutachten steht aber, daß Sie Geisteskrankheit nur vortäuschen. Sie haben von einer Kriegsverletzung gesprochen, deren Folge Ihr Aufenthalt in der Irrenanstalt war. Sind Sie eigentlich an der Front gewesen?" Zeuge: „Jawohl." Vorsitzender: „An welcher Front?" Zeuge: „An der dänischen Grenze und in Flandern . . . Rechtsanwalt: „Ist es richtig, Herr Zeuge, daß Sie im Jahre 1917 in Spandau eine einjährige Festungshaft abgesessen haben, weil Sie einen Brief eines russischen Offiziers befördert haben?" Zeuge: „Dessen entsinne ich mich nicht mehr." Vorsitzender: „Man vergißt doch eine einjährige Festungsstrafe nicht!" Zeuge: „Ich habe das vergessen!" Vorsitzender: „Na, dann kann ich Ihnen sagen, daß Ihre Glaubwürdigkeit erledigt ist."

Es wurde weiterhin gerichtlich festgestellt, daß im Gegensatz zu der Vermutung der Angeklagten der Berliner Kriminalkommissar Kanthak nicht wegen der Aushebung eines Spielclubs in Norderney versetzt wurde, sondern — ohne Wissen von Dr. Weiß — aus rein innerdienstlichen Gründen. Schließlich wurde am Mittwoch ein Zeuge über die Ursachen des persönlichen Gegensatzes zwischen Kriminalkommissar Greiner und Dr. Weiß befragt. Zeuge: „Ich habe den Eindruck gehabt, daß der Herr Vizepräsident dem Kriminalkommissar Greiner nicht sympathisch war." Angeklagter Krause: „Worauf haben Sie das zurückgeführt?" Zeuge: „Dr. Weiß ist Jude und Greiner ist Arier!" (Große Heiterkeit.)

Grubenunglück auf Zeche Holland

Zwei Knappen getötet

Auf der Zeche Holland der Herbeder Steinkohlenbergwerke ereignete sich ein schweres Grubenunglück. Der Bergmann Paul Kroll aus Witten und der Hauer Heinrich Balke aus Herbede gerieten plötzlich unter eine Rutschenstrebe und wurden von den hereinbrechenden Gesteinsmassen verschüttet. Bereits nach kurzer Zeit konnte einer der Verschütteten als Leiche geborgen werden. Nach halbstündiger Bergungsarbeit wurde der zweite Knappe, der noch schwache Lebenszeichen von sich gab, aus den Gesteinsmassen herausgeholt. Aber auch hier war ärztliche Hilfe vergebens. Wie die Ermittlungen ergaben, war an der Rutschenstrebe eine Störung eingetreten, wodurch sich das Gebirge verschoben hatte. Die beiden Verunglückten waren Familienväter.

Der kleine Moritz

Vor der 4. Großen Strafkammer des Landgerichts II Berlin hatte sich am Dienstag der sattsam bekannte Pamphletist Moritz, auch unter dem Pseudonym Zarnow bekannt, gemeinsam mit dem verantwortlichen „Sachsenspiegel"-Redakteur Häubler, unter der Anklage der üblen Nachrede zu verantworten. In erster Instanz war Zarnow zu drei Monaten Gefängnis, Häubler zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Das neue Urteil kann am Donnerstag zu erwarten.

Moritz ist der Verfasser des Buches „Gefesselte Justiz". Der Landtagsabgeordnete Erich Kuttner hatte auf Unterlassung in acht Stellen geklagt. Seiner Klage wurde im wesentlichen stattgegeben. Herr Moritz rächte sich, indem er in einem Schmähartikel Kuttner einen Meineid vorwarf. Erich Kuttner soll nach Zarnows Behauptung am Tage der Barmatverhaftung, am 31. Dezember 1924, in einer Besprechung mit Rudolf Heilmann, dem Vorsitzenden der preußischen Landtagsfraktion, mit dem „Vorwärts"-Redakteur Viktor Schiff eine Offensive zugunsten von Barmat verabredet haben. Kuttner soll daraufhin einen am 1. Januar 1925 im „Vorwärts" erschienenen Artikel, in dem einige Maßnahmen der Staatsanwaltschaft bei der Verhaftung der Barmats einer sachlichen Kritik unterzogen wurden, inspiriert haben. Daraus, daß Kuttner bereit war, den ihm zugeschobenen Eid zu leisten, daß diese Behauptungen nicht zutreffen, wollte ihm Moritz den Strick der Eidesverletzung drehen. Der Verleumder mußte sich aber durch die Aussagen des Nebenklägers Kuttner und der Zeugen Heilmann und Schiff darüber belehren lassen, daß der betreffende Artikel vor jener Zusammenkunft am Silvester-Abend 1924 von jenem „Vorwärts"-Redakteur völlig selbständig geschrieben und jener Satz gegeben worden war, und daß jene so verdächtige politische Besprechung nichts anderes war, als eine längst verabredete, seit Jahren im Kreise der Genannten übliche Silvesterbier. An jenem Abend ist nach der eindeutigen Aussage der Beteiligten wohl auch über den Fall Barmat, der damals unter Politikern naturgemäß das Tagesgespräch bildete, geredet worden: von der Verabredung einer Gegenaktion, deren meineidige Verschweigung Kuttner von Moritz zur Last gelegt wird, kann selbstverständlich keine Rede sein. In der ersten Instanz hatte sich Moritz noch auf „eine zweite Besprechung an jenem Tage" versteift. Kuttners Eid bezog sich, wie jetzt durch richterliche Aussage bestätigt wurde, darauf, daß diese „zweite Barmatbesprechung" nicht stattfand.

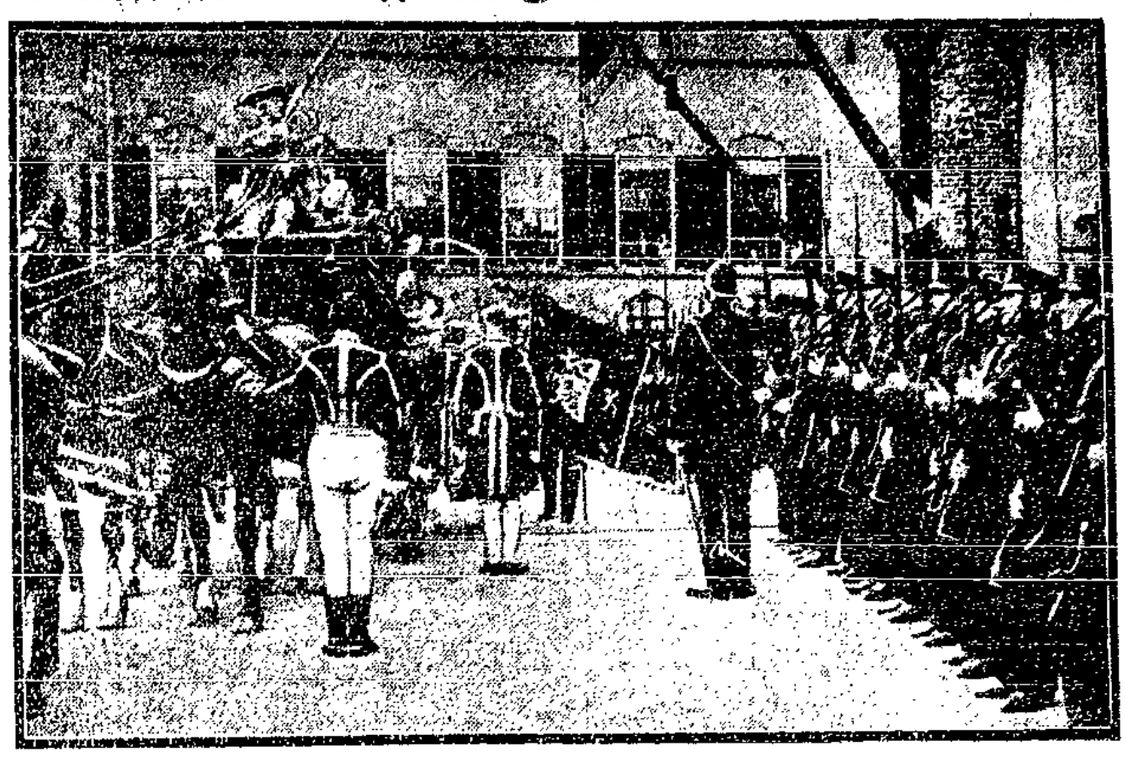
Als der kleine Moritz sich nicht mehr zu helfen wußte, nannte er Kuttner einen „Publizisten mit sämtlichen typischen, schlechten jüdischen Eigenschaften". Kuttner wies daraufhin, daß er den Krieg immerhin trotz seiner „schlechten jüdischen Eigenschaften" als Kriegsfreiwilliger an der Front mitgemacht habe. Er habe auch nicht so oft seine Gesinnung gewechselt wie der kleine Moritz, der z. B. nach Kriegsende in sozialdemokratischen Blättern Artikel schrieb über das Schlemmerleben der Offiziere.

* * *

Vor der IV. Großen Strafkammer des Landgerichts II Berlin wurde die Berufung der Angeklagten Moritz (auch Gottfried Zarnow) und Häubler, die in der Vorinstanz wegen Beleidigung des preußischen Landtagsabgeordneten Erich Kuttner zu drei Monaten Gefängnis bzw. 200 Mk. Geldstrafe verurteilt worden waren, verworfen. Das Urteil gegen Moritz erfolgte mit der Maßgabe, daß an Stelle der Gefängnisstrafe von drei Monaten eine Geldstrafe von 900 Mk. tritt; im Nichtbeitreibungsfalle bleibt die Gefängnisstrafe abzusitzen.

Moritz, sattsam bekannt als Verfasser des in zahlreichen Stellen unrichtigen Buches „Gefesselte Justiz", hatte in einem im „Deutschenspiegel" (Verantwortlicher Redakteur: Häubler) veröffentlichten Artikel Kuttner beleidigt, indem er von ihm indirekt behauptete, daß er in einer bereits bis ins Jahr 1924 zurückgreifenden Angelegenheit bereit gewesen sei, einen Meineid zu leisten. Nach der Urteilsbegründung des Vorsitzenden stellen diese Worte eine Beleidigung und im weiteren Sinne üble Nachrede (§§ 185, 186 St.G.B.) dar. Das Gericht stellte weiter fest, daß der von den Angeklagten versuchte Wahrheitsbeweis mißlungen sei. Ebenso wenig könnte bei Moritz und Häubler von einer Wahrnehmung berechtigter Interessen gesprochen werden.

Parlamentseröffnung wie vor 100 Jahren



Die Parlamentseröffnung des holländischen Parlaments geht noch immer nach den jahrhundertealten Zeremonien vor sich. Unser Bild zeigt die kostbare alte Staatskutsche, mit der Königin Wilhelmine von Holland in die Kammer fährt.

Rätsel der Röntgenstraße

In dem Berliner — gegen neun Kommunisten geführten — Totschlagsprozeß wegen der Schießerei in der Röntgenstraße ergab auch die Zeugenvernehmung am Donnerstag noch kein klares Bild. Die Aussagen der neutralen Zeugen lassen es sehr wahrscheinlich erscheinen, daß — falls nicht ausschließlich — jedenfalls auch von Nationalsozialisten geschossen worden ist, während die SA.-Zeugen und alle ihnen nahestehenden Personen mit merkwürdiger, oft allerdings schon im Gerichtssaal widerlegter Eindeutigkeit die kommunistischen Angeklagten als Täter bezeichnen.

Der verdächtigste Belastungszeuge ist eine Frau. Die den Nationalsozialisten sehr nahestehende Zeugin ist indes nicht nur in einem allgemeinen, sondern auch im strafrechtlichen Sinne verdächtig. Nach ihrer Vernehmung verkündet Landgerichtsdirektor Tolk, daß die Zeugin, die mit befremdendem Eifer inmitten der kämpfenden Gruppen stand, möglicherweise der Teilnahme am Landfriedensbruch schuldig sei. Aber so groß wie die Kampflust ist auch der Haß. Plötzlich behauptet die Zeugin von zwei Angeklagten, daß sie sie wiedererkenne. Am Morgen nach der verhängnisvollen Nacht habe sie die beiden als Teilnehmer der Schießerei verhaften lassen. Der Verteidiger dieser beiden Angeklagten stellt fest, daß seine Mandanten erst viel später verhaftet wurden; die auf Veranlassung von Frau X. festgenommenen jungen Leute waren ein Radrennfahrer und ein Mitglied eines katholischen Jugendverbandes, die ihre Unschuld durch ein Alibi nachweisen konnten und längst wieder aus der Haft entlassen sind . . .

In ihren Angaben, wen sie nun eigentlich von den anderen Angeklagten wiedererkenne, wechselt die Zeugin ständig. Mit kaltem Blick sucht sie sich aus, wer ihr nicht gefällt. Bösartigkeit, gepaart mit Intelligenz. Der Mund steht nicht still: fortwährenden Verhöhnungen des Verteidigers, der nach ihrer Meinung so originell aussieht, schließen sich anhaltende Beschimpfungen der Kommunisten an. Wie die Zeugin zum Verteidiger sagt: „Ich habe kein Interesse, Ihnen so lange zu antworten; reden Sie doch nicht so viel Schmus!", kann auch das Gericht nicht mehr ernst bleiben. —

Der SA.-Mann Holzmann gehört zu jener Gruppe von SA.-Zeugen, die jene geheimnisvollen Frauen gesehen haben wollen, die plötzlich ihre Handtaschen öffneten und ihren Männern etwas gaben, was Holzmann für Waffen hält. Wiedererkennen will er vor allem den Hauptangeklagten Calm: „Das Gesicht mit der etwas auffallenden Nase ist drin bei mir, das habe ich mir eingefressen und es geht nicht aus mir heraus." Wie der Zeuge die Kleidung, die gleichfalls als Moment des Wiedererkennens eine Rolle spielt, wiedergeben soll, ergeben sich merkwürdige Widersprüche: ein Experiment im Gerichtssaal beweist, daß Holzmann farbenblind ist. Aber ein kurzer Dialog beweist, daß er im eindeutigen Sprachschatz seiner Freunde um so sicherer ist: als die Rede auf ein nach seiner Meinung nach den ersten Schüssen eingetroffenes kommunistisches Rollkommando kommt, definiert er, befragt, das Wort „Rollkommando" mit den Worten: „das ist eine kleine Gruppe, die zur Begehung von Gewalttaten bestimmt ist." Einer der Verteidiger erwidert dem Zeugen: „Da möchte ich nur erwähnen, daß ihr oberster Führer kürzlich im Saale nebenan geschworen hat: ein Rollkommando ist eine zahlenmäßig kleine Gruppe ohne jede Nebenbedeutung".

Die neutralen, unpolitischen Zeugen machen ihre Aussagen sachlich, ohne den blinden Haß der Nazis, ohne Beschimpfungen. Eine Apothekerin hat gesehen, wie auf der Seite der SA. geschossen wurde. Ein junges Mädchen schildert, wie nach ihrer Meinung sogar alle Schüsse von der Seite des SA.-Lokals gekommen seien. Ein Zeuge, der den Vorfall von seiner, dem SA.-Lokal gegenüberliegenden Wohnung aus beobachtet hat, sah Schützen auf dem Fahrdamm: drei sollen nach den ersten Schüssen zum SA.-Lokal zurück, andere nach Süden fortgelaufen sein. Auch noch andere Aussagen bewegen sich in dieser Richtung.

Waffenschmuggel an der Westgrenze

Die Kölner Zollbehörde hat einen aus Belgien betriebenen Waffenschmuggel entdeckt. Drei Personen wurden verhaftet. Unter ihnen befindet sich eine Frau, bei der 13 neue Revolver belgischen Ursprungs beschlagnahmt worden sind. Einer der Verhafteten versuchte zu fliehen; er erhielt von einem Zollbeamten einen Oberschenkelschuß.

Polnischer Soldat als Spion erschossen

In der Warschauer Zitadelle wurde am Mittwoch abend ein 22jähriger Soldat des polnischen Funkentelegraphenregiments erschossen, nachdem er in einem zweitägigen Standgerichtsverfahren wegen Spionage zum Tode verurteilt worden war. Das Urteil wurde sofort nach der Urteilsverkündung vollstreckt.

Arbeitslosenunruhen in England

In Liverpool kam es zu neuen Zusammenstößen der Arbeitslosen mit der Polizei. Die Polizei wurde mit Schüssen empfangen. Mehrere Personen wurden verletzt.

König Dickerle und sein Söhnchen

Von G. Th. Rotman

37.

„Ich heirate heute, Pierewitt", sagte Dr. Schnüffelnase, während der Schwan weiterschwamm, „und du darfst mit mir zur Hochzeit kommen." Aber was du da von deinen Abenteuern unter Wasser erzähltest, davon glaube ich nichts. Wenn du ins Wasser gefallen wärst, dann wärst du ertrunken, und damit fertig!" — „Sieh", fuhr er fort", „die Braut und der ganze Besuch stehen schon am Ufer und warten.

38.

Schnell hatten sie das Ufer erreicht. Dr. Schnüffelnase überreichte seiner Braut den Strauß. Die Igel umarmen sich nicht, denn dann würden sie sich gegenseitig stechen. Darum machte Dr. Schnüffelnase nur eine tiefe Verbeugung. Dann setzte sich der Zug in Bewegung: Pierewitt an der Spitze, dann das Brautpaar und zuletzt die Gäste.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Handelsbilanzsorgen

Deutschland verliert durch seine Autarkieexperimente ¾ Milliarden Mark Warenausfuhr

Die deutsche Außenhandelsbilanz ergibt für den Monat August überraschenderweise einen Ausfuhrüberschuß von 97 Millionen Mark gegenüber 65 Millionen Mark im Juli. Aber das kann über die Gefahren für unseren Außenhandel nicht hinwegtäuschen. Der Ausfuhrüberschuß hat noch im Jahre 1931 pro Monat 300 Millionen Mark betragen und stieg sogar im Oktober 1931 auf seinen höchsten Stand von 396 Millionen Mark an.

In diesem Zusammenhang ist eine Veröffentlichung des Konjunkturforschungsinstituts zu erwähnen, wonach bei dem gegenwärtigen Stand des Welthandels Deutschland, auf das Jahr berechnet, von seinem Auslandsabsatz etwa 750 Millionen Mark an seine Konkurrenten verloren hat. Wohlgemerkt, dabei handelt es sich nicht um solche Ausfuhrverluste, die infolge der allgemeinen Absatzschwierigkeiten eingetreten sind. Es kommt vielmehr Absatzverlust Deutschlands an seine Konkurrenten auf den Weltmärkten in Frage. Deutschland muß diese Schlappe in seinem Export hinnehmen, trotzdem es in brutaler Weise die Löhne abgebaut hat, wovon man sich riesige Exporterfolge versprach. Also auch dieser Traum ist ausgeträumt. Des anderen muß in Rechnung gesetzt werden, daß die deutschen Exportpreise den durch die Pfundentwertung gesenkten englischen Exportpreise wohl ständig folgen, sie aber nicht erreichen konnten. Das ist aber nicht ausschlaggebend.

Ausschlaggebend ist ohne Zweifel die starke Abwehrbewegung gegen deutsche Waren in vielen, meistens europäischen Ländern, die durch unbegreifliche Experimente der deutschen Handelspolitik hervorgerufen ist. So rächt sich der deutsche Autarkiewahn. Er hat jetzt schon hunderttausenden von deutschen Arbeitern und Arbeiterinnen den Arbeitsplatz gekostet.

Die Wareneinfuhr während des Monats August liegt mit 331 Millionen Mark um 35 Millionen Mark unter dem Stand des Vormonats. Die Rohstoffeinfuhr ist der Menge nach nicht zurückgegangen. Dagegen sind die Einfuhren an Lebensmitteln um 18 und die Einfuhren an Fertigwaren um 16 Prozent gesunken. Die Rohstoffhausse hat sich bei den Rohstoffeinfuhren noch nicht ausgewirkt. Im durchschnittlichen Preisniveau ist bei den Rohstoffeinfuhren sogar ein Rückgang um 3 Prozent festzustellen.

Die Ausfuhr blieb im August mit 428 Millionen Mark nur um 2,5 Millionen hinter dem Julistand zurück. Bei der Fertigwarenausfuhr errechnet man sogar eine mengenmäßige Steigerung um 1 Prozent. Rechnerei ohne Sinn und ohne Trost! Wichtiger ist die Feststellung, daß die saisonmäßige Ausfuhrsteigerung, auf die man im August gewartet hat, nicht eintraf. Die Fertigwarenausfuhr wird mit 333,9 Millionen Mark angegeben gegenüber 615 Millionen Mark im Monatsdurchschnitt 1931 und 753,1 Millionen im Durchschnitt 1930. Im August 1931 machte die Fertigwarenausfuhr Deutschland noch 616,4 Millionen Mark aus.

In der oben erwähnten Veröffentlichung des Konjunkturforschungsinstituts wird versucht, ein Bild über die deutsche Handelsbilanz in Zukunft zu entwerfen. Man stellt dort Entlastungstendenzen Belastungstendenzen gegenüber. Entlastungstendenz erscheint dem Konjunkturforschungsinstitut die Einschränkung der Lebensmitteleinfuhr z. B. der Getreideeinfuhr. Auch rechnet das Konjunkturforschungsinstitut mit der Durchführung einer Kontingentierung der Lebensmitteleinfuhr. Muß aber zugleich einen Dämpfer aufsetzen. Diese Kontingentierung wird, da ja erst mit den betroffenen Staaten verhandelt werden muß, ab Ende 1933 in Kraft treten können.

Wer also Wunderwirkungen von einer Kontingentierungsliste erhofft, muß sich vom Konjunkturforschungsinstitut eines Besseren belehren lassen.

Sofort eintreten aber werden die nachteiligen Folgen einer solchen Kontingentierung. Das ist gerade der wunde Punkt der Autarkiepläne, daß viele in Deutschland von ihnen Vorteile erhoffen, die erst in Jahren unvollkommen oder gar nicht eintreten werden; daß man aber dafür sofort Nachteile in Kauf nehmen muß.

Nun die Belastungstendenzen. Dahin gehört die Steigerung der Rohstoffpreise, der ganze Komplex der Rohstoffhausse. Von dieser Rohstoffhausse haben zunächst die überseeischen Staaten eine Stärkung ihrer Kaufkraft zu erwarten. Nach diesen Ländern geht aber nur ein Fünftel der deutschen Warenausfuhr. Auch stößt Deutschland dort auf die äußerst starke Konkurrenz Englands, Amerikas und Japans. Die beginnende Hausse in den überseeischen Ländern dürfte also vorern keine größeren Auswirkungen auf die deutsche Warenausfuhr haben. Andererseits verärgern wir durch unsern Autarkiewahnsinn die europäischen Kunderländer, die unsere besten Warenabnehmer sind.

Die Rohstoffhausse wird sich in dem von Vorräten entblößten Deutschland nach Ansicht des Konjunkturforschungsinstituts so auswirken, daß wir mehr Rohstoffe brauchen — bei ansteigenden Preise werden die Läger gefüllt — und daß wir diese Rohstoffe teurer bezahlen müssen. Weiter werden die industriellen Fertigwarenpreise, also, vom Standpunkt Deutschlands gesehen, die Exportpreise, nur langsam den Rohstoffpreisen folgen können.

Während die deutsche Handelsbilanz bis jetzt davon profitierte, daß die Rohstoffpreise schneller sanken als die industriellen Exportpreise, tritt jetzt gerade das Gegenteil ein. Die bisher herrschende Entlastung in der deutschen Handelsbilanz muß sich in eine Belastung verkehren.

Die Not der Arbeitsinvaliden

Unter den Arbeitsinvaliden herrscht bitterste Not. Ihre Unterstützungsgroschen reichen nicht zum Leben und nicht zum Sterben. Der nicht unterstützte Arbeitslose oder ein jüngerer Wohlfahrtsunterstützungsempfänger kann wenigstens ab und zu einmal noch eine kleine Gelegenheitsarbeit auftreiben und sich so gerade noch über Wasser halten. Bei dem Arbeitsinvaliden ist auch diese letzte Hilfsmöglichkeit nicht mehr vorhanden. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands hat daher jetzt die Reichsregierung in zwei Eingaben mit schärfstem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß gegen das fürchterliche Elend der Invaliden nun bald etwas unternommen werden muß

In der Fürsorge macht die Senkung der Richtsätze weit mehr aus als die Senkung der Lebenshaltungskosten. Trotzdem werden neuerdings sogar Stimmen laut, die die Festlegung der Richtsätze ganz beseitigt wissen wollen, um so bei der Gewährung der Fürsorge überhaupt an keine Regelleistungen mehr gebunden zu sein. Auch wird die Aufhebung der Reichsgrundsätze als Rechtsverordnung und Mindestprogramm verlangt, und darüber hinaus wird weiter gefordert, alle Bestimmungen zu streichen, die die Fürsorgegewährung an die Klein- und Sozialrentner und ihre Kleinstgestelle nach den Reichsgrundsätzen regeln. Auch die soziale Fürsorge für die Opfer des Krieges soll beseitigt werden.

Der Zentralverband betont, er könne sich nicht vorstellen, daß die Reichsregierung solchen ungeheuerlichen Forderungen auch nur um ein kleines Stück entgegenkommt. Rücksichtslos müsse er sich gegen den Vorschlag des Deutschen Städtetages wenden, der die Differenz zwischen der allgemeinen und der erhöhten Fürsorge auf 7½ Prozent festsetzen wolle. Das gleiche gelte von der Anregung des Preußischen Städtetages, die Differenz zwischen der allgemeinen und erhöhten Fürsorge auf die Mietszuschüsse anzurechnen. Von den Gemeinden und Fürsorgeverbänden, die doch am besten wissen müßten, wie furchtbar die Lage der Hilfsbedürftigen ist, dürfe man wohl erwarten, daß sie nicht die Hand dazu bieten, grausames Elend noch weiter zu steigern; auf der anderen Seite dürfe natürlich die Reichsregierung auch nicht die Fürsorgebehörden durch Druck auf die Finanzen gewaltsam zum Abbau der Unterstützung zwingen.

In der Sozialversicherung hat der Abbau der Leistungen das traurige Los der Sozialrentner geradezu unerträglich gestaltet. Die Notverordnung vom 14. Juni hat die allerschlimmsten Wirkungen gehabt, weil durch sie jetzt auch alle Rentner, die bislang von den Kürzungsbestimmungen verschont waren, sehr hart getroffen wurden. Durch diese Verordnung wurden selbst die kleinsten Renten empfindlich gekürzt. Bei vielen Zehntausenden von Rentenempfängern lebt heute, nachdem auch die Richtsätze der Fürsorge herabgesetzt wurden, von der Sicherung auch nur des notdürftigsten Lebensunterhalts keine Rede mehr sein.

Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden fordert Beseitigung der schlimmsten Härten, die sich aus den bisherigen Kürzungsbestimmungen ergeben haben, vor allem Aufhebung der Kürzungen von 6, 5 oder 4 Mark durch die Notverordnung vom 14. Juni, Wiedergewährung der Kinderzuschüsse und Waisenrenten, insbesondere der Schul- und Berufsausbildung, Wiedergewährung der Altwitwenrenten, deren Männer vor 1912 gestorben sind, Wiederherstellung der Bestimmungen über den Doppelweg von Renten nach der alten Fassung, Aufhebung der Unfallrentenkürzung und Rückgängigmachung des Fortfalls der kleinen Unfallrenten. Zur Begründung dieser Forderungen verlangt der Zentralverband eine Aussprache mit der Regierung. Gegen jede weitere Rentenkürzung erhebt der Verband schärfsten Protest.

Mißglückter Angriff

Lohnabbauversuche in Berliner Betrieben von den Belegschaften erfolgreich zurückgewiesen

Die Abwehrbewegung der Arbeiterschaft gegen die Papen-Verordnung hat in verschiedenen Berliner Betrieben bereits mit voller Wucht und mit Erfolg eingesetzt. In den Niles-Werken in Weißensee war am Montag die Arbeit eingestellt worden, weil von der Direktion durch Anschlag für zehn Wochen-Arbeitsstunden ein Abbau der Tariflöhne um 50 Prozent verfügt worden war. Zur Begründung für ihr Vorgehen hat die Direktion geltend gemacht, sie habe seit dem 15. August über 40 Prozent neue Arbeiter eingestellt. Der entschlossene Widerstand der gesamten Belegschaft zwang die Direktion, nachzugeben. Die **Firmenleitung hat sich jetzt bereit erklärt, auf den Lohnabbau zu verzichten.** Daraufhin hat am Mittwoch die Belegschaft die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Der Beschluß ist bereits durchgeführt. Aehnlich ging es in der Maschinenfabrik Stock in Marienfelde. Hier verlangte die Firma für die 31. bis 40. Arbeitsstunde einen Tariflohnabbau von 20 Prozent, weil seit dem 15. August 15 Prozent neue Arbeiter eingestellt worden seien. Die Belegschaft beantwortete diese Forderung mit passivem Widerstand. Die Betriebsleitung sah sich veranlaßt, ihr Lohnabbau-Dekret zurückzuziehen. Bei der Firma Wolff, Netter und Jacobi in Adlershof ist der Versuch der Betriebsleitung, die Tariflöhne für zehn Wochen-Arbeitsstunden um 20 Prozent zu kürzen, ebenfalls mißlungen. Auch hier trat die Belegschaft in passive Resistenz. Der Erfolg war die Zurücknahme des Lohnabbauanschlags.

* * *

Die Abwehrkämpfe der Berliner Arbeiterschaft gegen den Lohnabbau haben weitere Erfolge gebracht. Die Kunststeinwerke Friesecke hatten einen Anschlag herausgebracht, worauf sie auf Grund der Notverordnung einen Abbau der Tariflöhne für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde um 20 Prozent ankündigten, und zwar mit der Begründung, sie hätten gegenüber dem Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August über 25 Prozent neuer Arbeiter eingestellt. Die Belegschaft verweigerte daraufhin die Arbeit. Die Firma sah sich gezwungen, den Anschlag wieder zurückzuziehen. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Bei der Metallfirma Callmann ging es ähnlich. Auch hier wurden 20 Prozent Lohnabbau wegen angeblicher Einstellung von mehr als 10 Prozent neuer Arbeiter gefordert. Die Arbeitsniederlegung zwang die Firma, ihr Lohnabbau-Dekret zurückzuziehen. In der Metallwarenfabrik Emmerich & Schöning, bei der die Belegschaft restlos im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert ist, scheiterte von vornherein der Lohnabbauversuch.

In der Spinnstoff-Fabrik Zehlendorf, die über 500 Arbeiter beschäftigt, verlangt die Firmenleitung einen Tariflohnabbau für zehn Arbeitsstunden um 40 Prozent. Die Streikabstimmung ist in Vorbereitung.

In der Buchdruckerei Eisner droht ein Streik des Hilfspersonals den gesamten Betrieb, dessen Belegschaft 800 Mann stark ist, zum Stillstand zu bringen. Der Streik hat seine Ursache in einem verbindlichen Schiedsspruch, der die Löhne um 4,76 Prozent bis 11,62 Prozent abbaut. Die Forderung des Personals, die Ankündigung des Lohnabzugs zurückzunehmen, wurde abgelehnt. Hierauf trat das Hilfspersonal am Donnerstag nachmittag in den Abwehrstreik.

Erfolgreiche Abwehrstreiks

Papenheimerische Not läßt sich nicht überall einfach verordnen.

Der Streik bei der Firma Gußstahlwerk Wittmann AG. in Hagen, der durch die Ankündigung eines Lohnabzuges auf Grund der Notverordnung ausgelöst worden war, und der alle gewerkschaftlichen Richtungen umfaßte, ist beigelegt. Die Firma hat ihre Ankündigung zurückgenommen. Da auch die frivolos Entlassenen wieder eingestellt wurden, haben die 400 Streikenden am Donnerstag die Arbeit wieder aufgenommen.

Den gleichen Ausgang nahm ein Streik, den die 350 Mann starke Belegschaft des Metallwerkes Reinshagen AG. in Wuppertal-Ronsdorf geführt hat, weil die Werksleitung unter Berufung auf die Notverordnung die Löhne kürzen wollte.

Auch hier wurde die ausgesprochene Kündigung zurückgenommen, so daß alles beim alten bleibt.

Metallarbeiterstreik in Hagen

Bei der Gußstahlfabrik Wittmann in Hagen-Haspe sind von 500 Mann Belegschaft über 400 in Streik getreten. Die Firma will zwecks Neueinstellung von Arbeitern auf Grund der Notverordnung die Löhne um rund 10 Prozent herabsetzen. Am Streik beteiligen sich auch die Anhänger der RGO. und der Nationalsozialisten. Die Firma hat die Entscheidung des Schlichters angerufen.

Arbeit Nordwest in Düsseldorf gegen DMV.

Eine Klage des Arbeitgeberverbandes abgewiesen

Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf entschied am Donnerstag in der Berufungsklage des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gegen Arbeit Nordwest in der Frage der Tarifzugehörigkeit der Heizungsmonteure zugunsten des DMV. Bei der Auflösung des Arbeitgeberverbandes der Heizungsindustrie Anfang dieses Jahres waren 36 Firmen dem Arbeitgeber-Verband Nordwest beigetreten, worauf Nordwest Anspruch auf die Zugehörigkeit der Monteure zum Nordwesttarif erhob. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband stellte sich jedoch auf den Standpunkt, die Heizungsmonteure nicht unter den Begriff der eisenverarbeitenden Industrie fallen.

In der Begründung des Urteils rechnet das Landesarbeitsgericht zwar die Heizungsmonteure zur eisenverarbeitenden Industrie, erklärte aber, daß bei Abschluß des Nordwesttarifs für die Heizungsmonteure ein Tarif schon lange bestanden habe, so daß an eine Hereinnahme in einen anderen Tarif, eben in den Nordwesttarif, nicht hätte gedacht werden können und zum mindesten von einer Tarifseite, dem DMV., auch nicht gedacht worden ist.

Nordwest will beim Reichsarbeitsgericht Berufung einlegen.

Darauf sollte sich die Reichsbahn nichts einbilden

Die Reichsbahn ist ein gerissener Wohltäter. Sie stellt ein und entläßt zu gleicher Zeit. Sie hat 52 000 Mann gekündigt. Diese Kündigungen sind bis heute nicht zurückgenommen. Sie laufen ab. Aber die Reichsbahn hat auch ein Herz. In den Wintermonaten sollen — wenn die Witterung es erlaubt — rund 30 000 Mann Beschäftigung erhalten, aber als Zeitarbeiter, d. h. ohne die sozialen Rechte, die sich die jetzt gekündigten Leute vielfach mit einem Dienstalter bis zu 35 Jahren vor allem in der Pensionsversicherung erarbeitet haben. Die Reichsbahn stellt also nicht nur nicht einen einzigen Mann mehr ein, im Gegenteil: sie baut ab, und auf den Arbeitsplätzen, die vielleicht besetzt werden, muß unter schlechteren Bedingungen gearbeitet werden.

Das ist keine Arbeitsbeschaffung, sondern ein unsauberes Geschäft. Und so etwas posaunt nun auch noch die Reichsbahn-Hauptverwaltung in die Welt hinaus als große Tat.

Die Vertreter des Afa-Bundes kündigten an, daß sie in der nächsten Sitzung zur Deckung des Fehlbetrages und zur Vermeidung des Rentenabbaus die Einführung einer Produktionsumlage beantragen wollten.

Der „Kongreß der christlichen Gewerkschaften" in Düsseldorf hat gegen die Politik der Herrenregierung schärfste Abwehr angekündigt. Die Mitarbeit der christlichen Gewerkschaften — betont der Kongreß in seiner Kampfentschließung gegen die Papenregierung — setze eine Staatsführung voraus, der die Gleichberechtigung und Gleichwertung aller Schichten des Volkes oberstes Gesetz sei. Die Herrenschicht, aus der die Regierung Papen komme, biete dafür keinerlei Gewähr. In schärfstem Nachdruck protestiert der Kongreß gegen die sozialen Ungeheuerlichkeiten der letzten Notverordnungen. Er warnt vor jedem Spiel mit verhüllter oder offener Diktatur und fordert die Bildung einer wahrhaft nationalen und sozialen, vom Vertrauen des Volkes getragenen Regierung.

Vorsicht, Schwindler!

Die Ortsgruppe München des Zentralverbandes der Angestellten teilt mit: Ein Münchener Warenversand und Reklameverlag Karl Emmerich, Gärtnerplatz 5, bietet im Anzeigenteil vor allem nordbayerischer Zeitungen an, daß er Heimarbeit durch Adressenschreiben bei einem Durchschnittsstundenverdienst von 3 Mark zu vergeben habe. Vor Uebersendung des Arbeitsmaterials verlangt er jedoch eine „Interessenschaft" von 3,50 Mark. Nachforschungen unter der genannten Anschrift ergaben, daß es sich um einen Mann handelt, für dessen „Geschäft" sich bereits die Münchener Polizei interessiert.